**Beschluss-
Sammlung
der
Wirtschaftsministerkonferenz
am 4./5. Juni 2025
in Stuttgart
(Baden-Württemberg)**

Briefpostanschrift:
c/o Bundesrat
11055 Berlin

Hausanschrift:
Leipziger Str. 3-4
10117 Berlin

Telefon: 030 18 – 91 00 - 0
Durchwahl: -200/-204/-203/-206
Telefax: 030 18 – 91 00 - 218
E-Mail: Mail-WMK@bundesrat.de
Internet: www.wirtschaftsministerkonferenz.de

**Hinweise zum Datenschutz finden Sie
unter**
www.bundesrat.de/datenschutz

Table Briefings

Beschluss
der Wirtschaftsministerkonferenz
am 4./5. Juni 2025
in Stuttgart

Punkt 1 der Tagesordnung:

Aktuelle wirtschaftspolitische Diskussion

1. Die Wirtschaftsministerkonferenz nimmt den Bericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWE) zur Kenntnis.
2. Die Wirtschaftsministerkonferenz begrüßt die im Koalitionsvertrag verankerten Vorhaben der Koalitionsparteien und stellt fest, dass einige dieser Vorhaben einer zügigen Umsetzung bedürfen, um ein positives Signal für die Wirtschaft in Deutschland zu setzen. Angesichts der aktuellen wirtschaftlichen Lage müssen Strukturreformen und Bürokratierückbau konsequent umgesetzt werden, die Rahmenbedingungen für unternehmerisches Handeln verbessert und effiziente Anreize für Investitionen und Innovationen gesetzt werden.
3. Die Wirtschaftsministerkonferenz unterstreicht die Relevanz von diversifizierten und zuverlässigen Lieferketten und Handelspartnerschaften für die deutsche Wirtschaft. Die Bundesregierung soll sich auf EU-Ebene für den Abschluss neuer Handelsabkommen einsetzen.
4. Die Wirtschaftsministerkonferenz begrüßt den unmittelbar erfolgten Kabinettsbeschluss der Bundesregierung zur Umsetzung des „Investitions-Boosters“, insbesondere die degressive Sonderabschreibung auf Ausrüstungsinvestitionen in Höhe von 30 Prozent für die Jahre 2025, 2026 und 2027.

5. Die Wirtschaftsministerkonferenz bittet die Bundesregierung, die folgenden Vorhaben prioritär zu behandeln:
 - a) Herbeiführung von international wettbewerbsfähigen Energiepreisen zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Deutschland.
 - b) Umsetzung einer Kraftwerksstrategie, die den Bau von ausreichenden Back-up-Kraftwerkskapazitäten, insbesondere wasserstofffähigen Gaskraftwerken, sichergestellt und die Basis für einen anschließenden Kapazitätsmechanismus legt.
 - c) Schaffung von Zukunftsperspektiven in Regionen, die besonders stark vom regionalen Strukturwandel betroffen sind, insbesondere gezielte Unterstützung innovativer Zukunftstechnologien und Erhalt von Guter Arbeit.
 - d) Umsetzung der nationalen Hafenstrategie mit See- und Binnenhäfen als gesamtstaatliche Aufgabe sowie Sicherstellung, dass ergänzend durch das Sondervermögen Infrastruktur auch Maßnahmen zum Erhalt und Ausbau von Hafeninfrastruktur, Schleusen und Wasserstraßen finanziert werden können.
 - e) Umgehende Vorlage des Errichtungsgesetzes zur Schaffung des Sondervermögens Infrastruktur und schnellstmögliche Operationalisierung der beschlossenen Maßnahmen, um insbesondere den Anteil der Länder aus dem Sondervermögen für diese kurzfristig bereitstellen zu können.
6. Die Wirtschaftsministerkonferenz weist daraufhin, dass die Kofinanzierungsanteile der Länder die Länderhaushalte nicht unverhältnismäßig belasten dürfen (siehe hierzu auch Beschluss der Amtschefskonferenz vom 14. Mai 2025, TOP 20). Dies betrifft nicht das Sondervermögen Infrastruktur, welches länderseitig nicht kofinanziert wird.
7. Die Wirtschaftsministerkonferenz bittet das BMWK um einen Bericht zu diesen und weiteren erforderlichen Maßnahmen und um entsprechende Einbindung der Länder bis zur kommenden Amtschefskonferenz im November 2025.

Beschluss
der Wirtschaftsministerkonferenz
am 4./5. Juni 2025
in Stuttgart

Punkt 2.1 der Tagesordnung:

Female Foundership/Entrepreneurship

1. Die Wirtschaftsministerkonferenz nimmt den Bericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWE) zur Kenntnis.
2. Die Wirtschaftsministerkonferenz begrüßt den vom BMWE initiierten Gemeinsamen Aktionsplan von insgesamt 41 Beteiligten aus Bundesministerien, Verbänden, Netzwerken, Finanzierungsinstitutionen und wissenschaftlichen Einrichtungen „Mehr Unternehmerinnen für den Mittelstand“.
3. Die Wirtschaftsministerkonferenz stellt fest, dass sich eine höhere Erwerbstätigenquote und höhere Beschäftigungsumfänge von Frauen positiv auf die Produktivität und das Wirtschaftswachstum auswirken. Erfreulich ist deshalb unter anderem, dass die Zahl der jungen Gründerinnen unter 45 Jahren stetig steigt, wie eine Sonderauswertung des Mikrozensus zeigt. Viele dieser jungen Gründerinnen haben Kinder, häufig Kleinkinder unter drei Jahren; Betriebs- und Familiengründung überschneiden sich also oft. Damit sind für beide Elternteile individuell, insbesondere jedoch vor allem für Frauen, regelmäßig große Herausforderungen verbunden, die dann noch weiter zunehmen, wenn Eltern oder andere nahe Angehörige betreut oder gepflegt werden müssen. Eine chancengerechte Beteiligung von Frauen und Männern am Erwerbsleben hängt deshalb insbesondere davon ab, dass Berufstätigkeit sowie Sorge- und Betreuungsarbeit gut miteinander vereinbar sind. Dies setzt ein ausreichendes und qualitativ gesichertes

Angebot an Betreuungsplätzen (auch in der Pflege) verbunden mit einer auch zeitlichen Verlässlichkeit, insbesondere in der vorschulischen und schulischen Kinderbetreuung, voraus. Im Beruf helfen Arbeitszeitflexibilität einschließlich Home-Office und mobiles Arbeiten sowie ein familiengerechtes Arbeitszeitrecht, den Spagat zwischen beruflichen und privaten Anforderungen zu meistern.

4. Die Wirtschaftsministerkonferenz stellt fest, dass die Kompetenzen gut qualifizierter Frauen ein großes Potenzial für die Wirtschaft haben. Wenn es gelingt, mehr Frauen in das Arbeitsleben zu integrieren, und wenn es gelingt, den Arbeitsumfang von Frauen im Arbeitsleben weiter zu erhöhen, hilft das nicht nur, den Fachkräftebedarf der Wirtschaft zu decken; es trägt auch dazu bei, die Innovationsfähigkeit der Unternehmen zu verbessern und damit den Wirtschaftsstandort insgesamt zu stärken. Gerade unternehmerisch selbstständige Frauen können einen großen Beitrag leisten. Der aktuelle Deutsche Start-up Monitor zeigt allerdings, dass Frauen insbesondere dann unterrepräsentiert sind und ihre Beteiligung an allen Gründungen weiter zurückgeht, wenn es um Start-ups geht, also um Gründungen, denen eine hohe Innovations- und Transformationsqualität beschieden wird. Lag hier der Anteil von Frauen im Jahr 2023 noch bei 20,7 Prozent, betrug er im Jahr 2024 nur noch 18,8 Prozent. Die Wirtschaftsministerkonferenz hält es für notwendig, gegenzusteuern und Maßnahmen zu ergreifen, mit denen Frauen ermutigt und bei Start-up-Gründungen gezielt unterstützt werden; dies gilt insbesondere auch für Unternehmensnachfolgen im Mittelstand und im Handwerk.
5. Die Wirtschaftsministerkonferenz hält es daher für geboten, die bestehenden Maßnahmen zur Förderung von „Female Foundership“ und „Female Entrepreneurship“ fortzuführen, zu verstärken und zu prüfen, ob mit neuen Ansätzen und Maßnahmen die Gründungsaktivitäten von Frauen weiter intensiviert werden können.

Dazu gehören alle Handlungsansätze im Gemeinsamen Aktionsplan „Mehr Unternehmerinnen für den Mittelstand“ wie beispielsweise

- die Verbesserung der Finanzierungsangebote für Gründerinnen, die keinen Börsengang oder Exit anstreben, sowie der Zugangsbedingungen für Frauen zu Wagniskapitalfinanzierungen;

- Transparenz hinsichtlich spezieller Förderangebote für Gründerinnen im Rahmen der Förderdatenbank des BMWF;
 - Informationen über Absicherungsmöglichkeiten für die Zeit des Mutterschutzes von unternehmerisch selbstständigen Frauen,
 - Motivierung von gründungsinteressierten und gründungsaffinen Frauen an Hochschulen,
 - Service-Angebote im Rahmen der Website „Starke Gründerinnen“ oder
 - Angebote für Handwerkerinnen im Kontext von Neu- und Nachfolgegründungen.
 - Selbstständige Frauen und ihre Leistungen müssen in Medien und Gremien sichtbarer, Netzwerke und Netzwerkstrukturen von und für unternehmerisch selbstständige Frauen gestärkt und junge Frauen und Mädchen mit Vorbildern von erfolgreichen Unternehmerinnen für die selbstständige Erwerbstätigkeit begeistert werden.
 - Eine zentrale Rolle kommt der Berufsorientierung zu. Sie muss klischeefrei und offen sein, jenseits von Geschlechterstereotypen agieren und in den vielen Formaten (z. B. Girls Days, MINT-Cluster, Netzwerk SchuleWirtschaft, Junior Schülerfirmen, Zukunftsdialog Handwerk usw.) auch die unternehmerische Selbstständigkeit von Frauen in den Blick nehmen.
6. Die Wirtschaftsministerkonferenz bittet das Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend, für Selbstständige während der Schwangerschaft und nach der Entbindung die gleichwertigen gesetzlichen Mutterschutzleistungen, wie es sie für Arbeitnehmerinnen gibt, zu schaffen.
7. Die Wirtschaftsministerkonferenz bittet das BMWF, den unter seiner Federführung koordinierten Gemeinsamen Aktionsplan „Mehr Frauen für den Mittelstand“ fortzuschreiben und zu verstetigen, die bundesländerübergreifende Zusammenarbeit zu unterstützen sowie über den Fortgang im Herbst 2025 zu berichten.

Table Briefings

Beschluss
der Wirtschaftsministerkonferenz
am 4./5. Juni 2025
in Stuttgart

Punkt 2.2 der Tagesordnung:

Unternehmertum in Berufsorientierung und (Aus-)Bildung

1. Die Wirtschaftsministerkonferenz nimmt den Bericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWE) zur Kenntnis.
2. Aus Sicht der Wirtschaftsministerkonferenz sind Gründerinnen und Gründer, die neue Märkte erschließen und zukunftsfähige Arbeitsplätze schaffen, von zentraler Bedeutung für ein starkes und dynamisches Wirtschaftswachstum. Um künftig mehr Gründerinnen und Gründer zu gewinnen, müssen Gründungsgeist und Gründungswille schon bei jungen Menschen frühzeitig geweckt und gestärkt werden. Die Thematisierung ist dabei eine schulische Querschnittsaufgabe. Auch die Berufsorientierung in Schulen bietet hierfür einen geeigneten Rahmen, in dem die Chancen von Selbstständigkeit, Unternehmertum und Gründungen möglichst praxisorientiert anschaulich und im Kontext sozialer und ökologischer Herausforderungen vermittelt werden können.
3. Die Wirtschaftsministerkonferenz hält es für notwendig, an den Schulen für die Stärkung und Vermittlung der beruflichen Orientierung, wirtschaftlicher Grundkenntnisse und unternehmerischen Denkens und Handelns mehr Unterrichtseinheiten zur Verfügung zu stellen. Dabei sollte bei Schülerinnen und Schülern auch der Gründungsgeist und Gründungswillen verankert und auch über die Chancen einer Unternehmensnachfolge informiert werden. Das Vorsitzland wird gebeten, diesen Wunsch der Wirtschaftsministerkonferenz an die Kultusministerkonferenz zu übermitteln.

4. Die Wirtschaftsministerkonferenz bittet das BMWK, sich innerhalb der Bundesregierung (insbesondere gegenüber dem Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend, aber auch in geeigneten Gremien (z. B. im Bund-Länder-Ausschuss Mittelstand) für die Stärkung der unternehmerischen Selbstständigkeit im Rahmen der Berufsorientierung sowie für die Themen Gründungsgeist und Gründungswille einzusetzen.
5. Außerdem setzt sich die Wirtschaftsministerkonferenz dafür ein, dass die Chancen einer Existenzgründung oder einer Unternehmensnachfolge auch in der Berufsberatung Berücksichtigung finden. Das Vorsitzland wird gebeten, diesen Wunsch der Wirtschaftsministerkonferenz dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales und der Bundesagentur für Arbeit zu übermitteln.
6. Für den Bereich Entrepreneurship Education gibt es unter der Federführung des BMWK den Initiativkreis „Gründung in school“ (ehemals „Unternehmergeist in die Schulen“). Der Initiativkreis „Gründung in school“ arbeitet mit seinen überregionalen und überwiegend privaten Initiativen bundesweit daran, Gründungsgeist und ökonomisches Wissen an Schulen zu fördern und so die Gründungskultur in Deutschland zu stärken. Aus Sicht der Wirtschaftsministerkonferenz fehlt es an einem Informations- und Austauschformat auf Bund-Länder-Ebene, in dem auch unter Einbeziehung der Kultusministerkonferenz die verschiedenen Initiativen bekannter gemacht und über das gegebenenfalls auch gemeinsame, länderübergreifende Initiativen auf den Weg gebracht werden können.
7. Die Stärkung des Unternehmertums, von Gründungsgeist und Gründungskultur in der beruflichen Orientierung, in Schule, Bildung und Ausbildung setzt eine enge Abstimmung und Zusammenarbeit zwischen den wirtschafts- und bildungspolitischen Akteuren voraus. Deshalb hält die Wirtschaftsministerkonferenz es für sinnvoll, das in der Vergangenheit praktizierte Jahresgespräch zwischen den Vorsitzenden der Wirtschaftsministerkonferenz und der Kultusministerkonferenz wieder zu beleben. Das Vorsitzland wird gebeten, ein solches Jahresgespräch, das spätestens ab dem Jahr 2026 wieder stattfinden sollte, zu initiieren.

Beschluss
der Wirtschaftsministerkonferenz
am 4./5. Juni 2025
in Stuttgart

Punkt 2.3 der Tagesordnung:

Bürokratieabbau für Start-ups und Unternehmensnachfolge

1. Die europäische Wirtschaft soll – so die Zielsetzung der Kommission – wieder wettbewerbsfähiger und innovativer werden. Auf der Grundlage einer Bestandsaufnahme und qualifizierten Schätzung der durch europäische Rechtsregelungen verursachten Belastungen muss der von der Kommission angekündigte Prozess zur Reduzierung der Berichts- und Dokumentationspflichten um bis zu 35 Prozent möglichst zügig in Angriff genommen werden.
2. Die Wirtschaftsministerkonferenz fordert die Bundesregierung auf, ihren Einfluss im Rahmen der europäischen Entscheidungsfindung konsequent und im Interesse der deutschen und europäischen Wirtschaft zu nutzen. Deutschland muss sich frühzeitig und geschlossen positionieren und dabei aktiv und mit klarer Priorisierung für Regelungen eintreten, die Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen und europäischen Wirtschaft nachhaltig fördern.
3. Die Wirtschaftsministerkonferenz begrüßt die Anstrengungen der Kommission, die ESG-Berichtspflichten, die sich aus der Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD), der europäischen Lieferkettenrichtlinie (Corporate Sustainable Due Diligence Directive – CSDDD) und der EU-Taxonomie ergeben, durch eine Omnibus-Verordnung zu konsolidieren und zu harmonisieren. Die Berichts- und Nachweispflichten müssen auf das Mindestmaß reduziert, sämtliche Regelungen praxistauglich und verhältnismäßig

ausgestaltet werden. Der Kreis der direkt berichtspflichtigen Unternehmen ist ebenso wie die Zahl der zu erhebenden Datenpunkte deutlich zu begrenzen. Außerdem muss die Belastung für kleine und mittlere Unternehmen, die von den Berichtspflichten durch den sogenannten „Trickle-Down-Effekt“ indirekt betroffen sind, reduziert werden. Die Omnibus-Verordnung zu den ESG-Berichtspflichten kann nach Auffassung der Wirtschaftsministerkonferenz jedoch nur ein erster Schritt sein; auch in anderen Richtlinien und Verordnungen enthaltene Berichts- und Nachweispflichten müssen am Maßstab der Verhältnismäßigkeit überprüft und mit dem Ziel der Entlastung der Wirtschaft auf ein Mindestmaß reduziert werden.

4. Die Wirtschaftsministerkonferenz begrüßt die Ankündigung der Bundesregierung, das deutsche Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) zu streichen und durch ein Gesetz über die internationale Unternehmensverantwortung, das die Europäische Lieferkettenrichtlinie (CSDDD) bürokratiearm und vollzugsfreundlich umsetzt, zu ersetzen. Nur so können Nachteile für deutsche Unternehmen wirksam im europäischen Wettbewerb vermieden werden.
5. Schon die bestehenden regulatorischen Vorgaben und Berichtspflichten stellen die Unternehmen vor erhebliche Herausforderungen. Zusätzliche Belastungen durch neue Regulierungen und Berichtspflichten verschärfen die Situation weiter und gefährden Investitionsbereitschaft und Wettbewerbsfähigkeit. Neue Regulierungsvorhaben mit zusätzlichen Berichts- und Nachweispflichten sollten ausgesetzt werden, bis eine umfassende Evaluierung bestehender Vorgaben erfolgt ist. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) und die gesamte Bundesregierung sollen sich in Brüssel aktiv dafür einsetzen, dass neue Berichtspflichten und regulatorische Vorhaben – insbesondere für die Wirtschaft – zunächst zurückgestellt werden und ein belastbarer Mechanismus zur Überprüfung bestehender Vorschriften etabliert wird.
6. Die Wirtschaftsministerkonferenz fordert die Bundesregierung auf, bei der innerstaatlichen Umsetzung europäischer Vorgaben streng darauf zu achten, dass Verschärfungen zu Lasten der Wirtschaft und der Unternehmen in Deutschland vermieden werden. Soweit die EU im Rahmen der angekündigten Überprüfung ihrer Regelungen zu Vereinfachungen und Erleichterungen kommt, müssen diese (soweit

notwendig) unmittelbar und ohne Verzögerung auch innerstaatlich in Deutschland umgesetzt werden. Die Wirtschaftsministerkonferenz fordert die Bundesregierung außerdem auf, auch das in Deutschland bereits geltende Recht umfassend daraufhin zu überprüfen, ob es Standards und Vorgaben enthält, die über das europäische Maß hinausgehen. Soweit im Rahmen der Überprüfung ein sogenanntes „Gold-Plating“ festgestellt wird, sollte eine Prüfung erfolgen, inwieweit die innerstaatlichen Regelungen kurzfristig an das europäische Mindestmaß angepasst werden können.

7. Die Gesetzgeber auf allen Ebenen haben sich in den vergangenen Jahren häufig zu wenig Gedanken über die administrative Umsetzbarkeit von rechtlichen Regelungen durch die unteren Verwaltungsbehörden gemacht. Das noch relativ neue Instrument der Praxischecks versucht, diesen Mangel zu beheben, indem sowohl betroffene Unternehmen als auch Vertreter des Verwaltungsvollzugs in agilen Formaten von Anfang an in die Überlegungen zu neuen Rechtssetzungen und denkbaren Vereinfachungen einbezogen werden. Die Wirtschaftsministerkonferenz fordert die Bundesregierung dazu auf, in der neuen Legislatur möglichst in allen Ressorts Praxischecks bei bestehenden aber gegebenenfalls auch neuen Rechtsregelungen vorzusehen, insbesondere bei denen nach Berechnungen des Nationalen Normenkontrollrats ein hoher Erfüllungsaufwand festgestellt worden ist.
8. Die Wirtschaftsministerkonferenz setzt sich für eine möglichst zügige und umfassende Umsetzung der Registermodernisierung ein. Nur dann kann gewährleistet werden, dass die Unternehmen in absehbarer Zeit nur noch einmal ihre Daten in Verwaltungsverfahren angeben müssen („Once Only-Prinzip“).
9. Die Wirtschaftsministerkonferenz begrüßt die Überlegungen der Bundesregierung, die Überprüfung und den Abbau von bürokratischen Regelungen als Daueraufgabe anzusehen und – ähnlich wie bei Anpassungen von steuerlichen Regelungen – jährlich mindestens ein Bürokratieentlastungsgesetz vorzulegen. Die Länder sind bereit, sich hier frühzeitig mit eigenen Vorschlägen und Ideen einzubringen. Die Bundesregierung sollte dabei außerdem die Vorschläge und Ideen derjenigen einbeziehen, für die die gesetzlichen und sonstigen rechtlichen Vorgaben bürokratische Belastungen begründen.

Bürokratieabbau für Gründer und Unternehmensnachfolge:

10. Die Wirtschaftsministerkonferenz begrüßt daher auch die laufende Prüfung durch das BMWK, einen One-Stop-Shop für Unternehmensgründungen im Sinne einer zentralen Online-Anlaufstelle zu schaffen. Das Projekt „Start-up in a day“ der Bundesnotarkammer gemeinsam mit dem Start-up-Verband untersucht derzeit die Beschleunigungspotenziale digitaler Gründungsprozesse. Entscheidend wird dabei sein, das Once-Only-Prinzip durch die Implementierung von digitalen Schnittstellen erfolgreich umzusetzen.
11. Die Wirtschaftsministerkonferenz sieht in einer vereinfachten und schnelleren Abwicklung einer Unternehmensnachfolge einen wichtigen Hebel, um dem durch den demographischen Wandel bedingten Anstieg von nachfolgesuchenden Unternehmen wirksam zu begegnen und die Anzahl der stillen Aufgaben von Unternehmen zu begrenzen.
12. Die Wirtschaftsministerkonferenz teilt zudem inhaltlich die Ergebnisse des Praxischecks „Einfach(er) gründen“, dass durch eine Vereinfachung und Digitalisierung der Prozesse eine Verbesserung des Datenaustausches sowie einer verstärkten Kundenorientierung eine Erleichterung des Gründungs- und Übernahmeprozesses erzielt werden kann.
13. Die Wirtschaftsministerkonferenz fordert das BMWK auf, die Handlungsempfehlungen des Praxischecks „Einfach(er) gründen“ konsequent auf ihre Umsetzungsfähigkeit zu überprüfen und geeignete Maßnahmen zur Umsetzung zeitnah in die Wege zu leiten.
14. Die Wirtschaftsministerkonferenz bittet das BMWK, zur nächsten Wirtschaftsministerkonferenz einen Bericht zum Umsetzungsstand der im Praxischeck „Einfach(er) gründen“ identifizierten Handlungsfelder vorzulegen.

Beschluss
der Wirtschaftsministerkonferenz
am 4./5. Juni 2025
in Stuttgart

Punkt 2.4 der Tagesordnung:

Unterstützung bei der Unternehmensnachfolge

1. Die Wirtschaftsministerkonferenz nimmt den Bericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWE) zur Kenntnis.
2. Die Wirtschaftsministerkonferenz beobachtet mit Sorge, dass für eine große Zahl von Unternehmen in den kommenden Jahren Unternehmensnachfolgen anstehen. Schon heute ist es in vielen inhabergeführten Unternehmen schwer, geeignete Nachfolgerinnen und Nachfolger bzw. Übernehmerinnen und Übernehmer zu finden. Angesichts einer demografischen Entwicklung, in der immer weniger junge Menschen neu in den Arbeitsmarkt eintreten, wird sich dieses Problem absehbar weiter verschärfen. Die Nachfolgeproblematik hat damit das Potenzial, Teile des insbesondere inhabergeführten Mittelstandes in Deutschland zu gefährden. Nach einer Studie des Instituts für Mittelstand (IfM) Bonn kommt mit ca. 79 Prozent der mit Abstand größte Anteil der übergabereifen und übernahmefähigen Betriebe aus dem Bereich der Kleinstunternehmen (bis zu 9 Mitarbeitende und maximal 2 Millionen Euro Jahresumsatz); aber auch kleine Unternehmen (bis zu 49 Mitarbeitende und maximal 9 Millionen Euro Jahresumsatz) sind mit ca. 17 Prozent betroffen. In vielen dieser Betriebe, in denen Eigentümerinnen und Eigentümer häufig geschäftsführend tätig und stark operativ in die Arbeit eingebunden sind, findet keine ausreichende strategische Vorbereitung auf die Übergabe statt; zudem ist die Zahl der familieninternen Übernahmen seit Jahren rückläufig, so dass mehr externe Nachfolgerinnen und Nachfolger benötigt werden.

3. Vor diesem Hintergrund setzt sich die Wirtschaftsministerkonferenz dafür ein, die Unternehmensnachfolge in Kleinstunternehmen und kleinen Unternehmen sowohl auf der Seite der Übernehmenden als auch der Seite der Übergebenden stärker zu unterstützen und zu fördern. Auch wenn viele Länder hier bereits Initiativen ergriffen haben, hält es die Wirtschaftsministerkonferenz für sinnvoll, dass sich auch die Bundesregierung dem Thema stellt und zusätzlich zu dem alle geeigneten Maßnahmen ergreift, um Nachfolgen insbesondere im Bereich der Klein- und Kleinstunternehmen besser und zielgerichteter zu ermöglichen. Dabei soll das Bundeswirtschaftsministerium auch prüfen, ob und wie an die Ergebnisse und Strukturen des Förderprojekts „Nachfolge – aus der Praxis für die Praxis“ sinnvoll angeknüpft werden kann.
4. Die Wirtschaftsministerkonferenz fordert das BMWK insbesondere auf, rasch eine Generalüberholung der Betriebsbörse „Nexxt Change“ auf den Weg zu bringen, damit die bundesweit wichtigste Plattform für die Suche und das Finden von Übergebenden sowie Übernehmenden in Hinblick auf Layout und Funktionen einen zeitgemäßen Auftritt erhält.
5. Weiter schlägt die Wirtschaftsministerkonferenz vor, eine bundesweite Kampagne für eine „Nachfolge-Offensive“ auszurollen. In den vergangenen Jahren ist es mit vereinten Kräften von Bund, Ländern, Kammern und Verbänden gelungen, die Chancen und Möglichkeiten, die in einer Unternehmensgründung (insbesondere von Start-ups) liegen, bekannter zu machen; für viele junge Menschen ist Selbständigkeit im Wege der Gründung eines eigenen Unternehmens eine zunehmend attraktive Option. Weniger bekannt sind dagegen häufig noch die Möglichkeiten und Chancen, die sich aus der Übernahme eines bestehenden Unternehmens ergeben. Es sollten deshalb gemeinsam zusätzliche Anstrengungen unternommen werden, diese Chancen und Möglichkeiten in Schule, Ausbildung und Weiterbildung zu vermitteln und zu zeigen, dass es in Bund und Ländern bereits vielfältige Instrumente und Unterstützungsmaßnahmen gibt, die bei der Übernahme eines Unternehmens in Anspruch genommen werden können (z. B. Nachfolgemoderatoren bei Kammern und Verbänden, geförderte Beratungsangebote für Übergeber und Übergeberinnen und Übernehmer und Übernehmerinnen, zinsvergünstigte Kredite, Bürgschaften, Beteiligungen, Tilgungszuschüsse usw.).

6. Aktuell bereitet der Abbau von Arbeitsplätzen, insbesondere in großen und mittleren Industrieunternehmen, große Sorgen. In vielen Regionen stehen auf dem Arbeitsmarkt gut ausgebildete Fach- und Führungskräfte zur Verfügung, die sich neu orientieren. Solche Fach- und Führungskräfte können nicht nur helfen, einen Fachkräftebedarf in anderen Branchen und Unternehmen zu decken. Für solche Fach- und Führungskräfte kann auch die Nachfolge in der Führung eines kleineren Unternehmens eine attraktive Option sein. Die mit einer Unternehmensnachfolge verbundenen Chancen und Möglichkeiten sollten deshalb insbesondere auch in der Beratung durch die Arbeitsagenturen berücksichtigt werden. Außerdem kann das Thema Unternehmensnachfolge auch ein Baustein sein, der bei der Vermittlung über regionale Arbeitsmarktdrehscheiben eine Rolle spielt. Der aktuelle Abbau von Arbeitskräften in Großunternehmen, der vielerorts Sorgen verursacht, bringt viele erfahrene und gut ausgebildete Fach- und Führungskräfte dazu, sich mit ihrem weiteren Karriereweg auseinanderzusetzen. Eine gelingende Übernahme kann früheren Fach- und Führungskräften ein hohes Einkommensniveau bei gleichzeitig mehr Freiheitsgraden im unternehmerischen Handeln bringen. Deswegen empfiehlt die Wirtschaftsministerkonferenz, diese Zielgruppe im Rahmen der unter Ziffer 6 beschriebenen Maßnahmen mit zu berücksichtigen.
7. Besondere Herausforderungen stellen sich bei der Sicherung von Unternehmensnachfolgen im ländlichen Raum. Hier ist die demographische Lücke regelmäßig noch spürbarer. Im ländlichen Raum hat der Verlust einzelner Betriebe außerdem häufig noch stärker als in den Städten Strukturprobleme zur Folge – mit Blick auf die Verfügbarkeit von Arbeitsplätzen, aber auch mit Blick auf die Versorgungslage oder die Lebensqualität in einer ganzen Region. Bei der Sicherung und Unterstützung von Unternehmensnachfolgen ist deshalb in besonderer Weise auch die Situation im ländlichen Raum zu berücksichtigen.
8. Die Wirtschaftsministerkonferenz bittet das BMWK, zur nächsten Amtschefs-Konferenz am 26. November 2025 einen Bericht zur Unterstützung bei der Unternehmensnachfolge vorzulegen.

Table Briefings

Beschluss
der Wirtschaftsministerkonferenz
am 4./5. Juni 2025
in Stuttgart

Punkt 2.5 der Tagesordnung:

Arbeitsrechtliche Erleichterungen für Start-ups

1. Die Wirtschaftsministerkonferenz nimmt den Bericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWE) zur Kenntnis.
2. Start-ups leisten einen entscheidenden Beitrag zur wirtschaftlichen Innovationskraft Deutschlands. Als junge und oft schnell wachsende Unternehmen sind sie in Teilen jedoch mit Herausforderungen konfrontiert, die sich von denen etablierter Unternehmen unterscheiden. Diesen besonderen Herausforderungen von Start-ups wird bei der Ausgestaltung der rechtlichen Rahmenbedingungen nicht immer in besonderer Weise Rechnung getragen. Dies gilt auch für das Arbeitsrecht, das derzeit kaum Privilegierungen für junge und – gerade im Personalbereich – oft dynamisch sich entwickelnde Unternehmen vorsieht.
3. In der Wachstumsphase müssen Start-ups regelmäßig schnell neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für sich gewinnen, ohne dass die wirtschaftliche Tragfähigkeit des Unternehmens über einen kurzfristigen Horizont hinaus schon hinreichend sicher abschätzbar wäre. Für diejenigen, die am Aufbau eines Start-ups mitarbeiten, ist dabei eine Beschäftigung in regulären, sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen vorteilhaft. Damit dies auch für Gründerinnen und Gründer attraktiv ist, muss die Begründung und Ausgestaltung solcher Arbeitsverhältnisse möglichst einfach und bürokratiearm möglich sein. Auf Bitte der Wirtschaftsministerkonferenz soll das BMWE

daher prüfen, welche Maßnahmen dazu beitragen können, die arbeitsrechtlichen Rahmenbedingungen für Start-ups durch Flexibilisierungen und Erleichterungen möglichst unternehmensfreundlich zu gestalten.

4. Die Wirtschaftsministerkonferenz ist der Ansicht, dass Studierenden aus Drittstaaten, die nach Abschluss ihres Studiums in Deutschland hiergründen wollen, so wenig Steine wie möglich in den Weg gelegt werden dürfen. Die Aufnahme einer gewerblichen oder freiberuflichen Selbstständigkeit ist schon heute grundsätzlich und weitgehend problemlos möglich, wenn die beabsichtigte selbstständige Tätigkeit einen Zusammenhang mit den Kenntnissen erkennen lässt, die in der Hochschulausbildung in Deutschland erworben wurden. Ist dies nicht der Fall, kann nach geltender Rechtslage im Einzelfall nicht ausgeschlossen werden, dass erst nach einer Ausreise und der Durchführung eines Visumverfahrens im Ausland die Wiedereinreise und die Erteilung eines Aufenthaltstitels zur Aufnahme einer selbstständigen Tätigkeit möglich ist. Die Wirtschaftsministerkonferenz bittet das BMWF, die Fälle, in denen eine sofortige Selbstständigkeit nicht möglich ist, darzustellen und gegebenenfalls Möglichkeiten aufzuzeigen, wie dieses Problem künftig vermieden werden kann. Die Wirtschaftsministerkonferenz bittet die Bundesregierung außerdem um Prüfung, inwiefern auch im Übrigen die nach wie vor hohen Hürden für Drittstaatler, eine Aufenthaltserlaubnis zur Ausübung einer selbstständigen Tätigkeit in Deutschland zu bekommen, weiter gesenkt werden können.
5. Die Wirtschaftsministerkonferenz bittet das BMWF, im Herbst 2025 einen Bericht hierzu vorzulegen.

Beschluss
der Wirtschaftsministerkonferenz
am 4./5. Juni 2025
in Stuttgart

Punkt 2.6 der Tagesordnung:

Zugang zu Kapitalmärkten für Start-ups

1. Die Wirtschaftsministerkonferenz nimmt den Bericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWE) zur Kenntnis.
2. Die Wirtschaftsministerkonferenz stellt fest, dass umfassende Investitionen erforderlich sind, um die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu erhalten. Die Transformation unserer Wirtschaft hin zu einer nachhaltigen und digitalen Wirtschaft bedarf neben dem Engagement der öffentlichen Hand vor allem eines großen Volumens an privaten Investitionen.
3. Die Wirtschaftsministerkonferenz bekräftigt daher den Beschluss der Regierungschefinnen und Regierungschefs vom 12. Dezember 2024 zur Stärkung des Finanzplatzes Deutschland. Demnach ist ein innovativer, leistungsfähiger, krisenresistenter und international wettbewerbsfähiger Finanz- und Kapitalmarkt eine entscheidende Voraussetzung für den wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands. Die Finanzierung der Realwirtschaft durch privates Kapital kann nur mit einem funktionsfähigen Kapitalmarkt am Finanzplatz Deutschland gelingen. Es müssen private Anleger ermutigt werden, die Chancen des Kapitalmarktes zu nutzen. Von dieser Bereitschaft kann die deutsche Wirtschaft insgesamt profitieren, indem sie Angebote macht, mit denen auch Kleinanleger am wirtschaftlichen Erfolg unserer starken mittelständischen Unternehmen partizipieren können. Die Länder schaffen dabei nicht

nur Infrastrukturen vor Ort, sondern gestalten durch ihre Aufsichtsbehörden den Erfolg des Finanzplatzes Deutschland maßgeblich mit.

4. Die Wirtschaftsministerkonferenz bittet die Bundesregierung darum, die Erleichterungen des MiFID II-Reviews und des „Listing Acts“ vollumfänglich und schnellstmöglich in nationales Recht umzusetzen. Besonders mit dem am 4. Dezember 2024 in Kraft getretenen Listing Act werden mit Blick auf eine Refinanzierung am Kapitalmarkt unionsrechtliche Erleichterungen auch für kleine und mittlere Unternehmen geschaffen. Dies umfasst unter anderem eine Änderung der Prospektverordnung, welche zu Erleichterungen bei Kapitalerhöhungen, Börsengängen, Sekundäremissionen und bei der Erstellung von Prospekten führt. Im Rahmen des MiFID II-Reviews sollten insbesondere die wegfallenden Berichtspflichten im Rahmen der Ausführungsqualität und der Best-Execution in nationales Recht umgesetzt werden, um durch weiteren Bürokratieabbau die Finanzunternehmen zu entlasten. Es gilt nun, diese Vorteile für die deutsche Wirtschaft schnellstmöglich verfügbar zu machen.
5. Die Wirtschaftsministerkonferenz stellt fest, dass die Attraktivität des deutschen Kapitalmarktes für in- und ausländische Investoren gesteigert werden muss. Ein wesentlicher Ansatzpunkt hierfür ist eine Vereinfachung und Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen. International ist die Klassifizierung von Beteiligungsfonds als „vermögensverwaltend“ vorherrschend, was nicht nur steuerliche Vorteile mit sich bringt, sondern auch die Handhabung des Fonds für alle Beteiligten erhöht. Im deutschen Steuerrecht ist die Klassifizierung als „vermögensverwaltend“ durch ein Anwendungsschreiben des Bundesfinanzministeriums aus dem Jahr 2003 geregelt, welches die zwischenzeitliche Fortentwicklung des Venture Capital-Geschäfts und seiner Marktrealität nicht mehr angemessen widerspiegelt. Die Wirtschaftsministerkonferenz fordert daher die Bundesregierung auf, die steuerliche Transparenz von Beteiligungsfonds und Wagniskapitalfonds gesetzlich zu verankern und klare Vorgaben für die Qualifizierung als „vermögensverwaltend“ zu definieren.
6. Regulierungsmaßnahmen wie Solvency II (Versicherungen), CRR III (Banken) oder die Anlageverordnung (Versicherungen, Versorgungswerke, Pensionskassen) ermöglichen zwar Investitionen in Private Equity und Venture Capital. Gleichwohl haben sie

grundlegende Lenkungswirkungen sowie Einfluss auf die Investitionsstrategien und die tatsächliche Investitionstätigkeit. Vermeintlich risikoreiche Anlagen werden dabei z. B. aus Gründen des Anlegerschutzes regelmäßig besonders restriktiv behandelt, etwa durch erhöhte Eigenmittelunterlegungen. Dadurch werden entsprechende Anlagen unattraktiver im Vergleich zu anderen Anlageklassen. Die strengen Vorschriften limitieren somit die Möglichkeiten für diese Institutionen, ihr Kapital flexibel anzulegen. Des Weiteren stellt das Fehlen steuerlicher Anreize für Beteiligungskapitalinvestitionen von institutionellen Investoren ein wesentliches Hindernis dar. Dies beeinträchtigt die Attraktivität entsprechender Engagements durch Kapitalsammelstellen und die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland im internationalen Vergleich.

Die Wirtschaftsministerkonferenz fordert deshalb, dass die regulatorischen Vorgaben (Anlageverordnung, CRR und Solvency) und ihre Ausführungsbestimmungen angepasst werden, um den Investitionsspielraum für Versicherungen, Banken und andere Kapitalsammelstellen zu erweitern und somit mehr (privates) Kapital in Innovation und Wachstum zu lenken. Bestehende Investorenregulierungen und auch zukünftige Anpassungen sollten kritisch nach ihrer Wirkung auf Asset Allocation und Investitionen der regulierten Investorengruppen untersucht werden. Übermäßige Einschränkungen und Belastungen professioneller, institutioneller Anleger gilt es ebenso zu vermeiden wie das sogenannte „Gold-Plating“ – also die Übererfüllung europäischer Vorgaben. Neue Regelungen bedürfen immer wieder der Überprüfung auf ihre Praxistauglichkeit durch ein regelmäßiges Benchmarking. Außerdem ist die Einführung steuerlicher Anreize für Beteiligungskapitalinvestitionen erforderlich, um das Investitionsklima zu verbessern und Deutschland als Investitionsstandort attraktiver zu machen. Beispielhaft ist hier die nachgelagerte Besteuerung der Erträge von Investoren bei Re-Investitionen zu nennen.

7. Die Wirtschaftsministerkonferenz begrüßt das bestehende Engagement des Bundes im Bereich der Wagniskapitalförderung. Es ist sicherzustellen, dass die jeweils geschaffenen Förderinstrumente verlässlich und über einen längeren Zeitraum zur Verfügung stehen sowie ihre Finanzierung mittelfristig gesichert ist. Die Beständigkeit der Förderpolitik schließt nicht aus, dass einzelne Instrumente – wie beispielsweise beim Zukunftsfonds – in regelmäßigen Abständen insbesondere hinsichtlich ihrer Fördereffizienz geprüft und erforderlichenfalls nachjustiert werden.

8. Die Wirtschaftsministerkonferenz betont die herausragende Rolle, die Business Angels bei der Finanzierung und Begleitung von Start-ups in einer frühen Entwicklungsphase spielen. Die Wirtschaftsministerkonferenz bittet daher das BMWF, die Rahmenbedingungen für Business Angels weiter zu verbessern, beispielsweise durch die Ermöglichung von Kofinanzierungen, durch Schaffung eines Sekundärmarktes für Beteiligungen von Business Angels sowie durch Evaluation der neuen Förderbedingungen des Programms INVEST. Zudem bittet die Wirtschaftsministerkonferenz die Bundesregierung, die Möglichkeit verbesserter steuerlicher Anreize für Investitionen von Business Angels zu prüfen. Aus Sicht der Wirtschaftsministerkonferenz gilt es insbesondere zu prüfen, wie die steuerliche Geltendmachung von Verlusten aus Investitionen in Start-ups verbessert werden kann.
9. Die Wirtschaftsministerkonferenz stellt fest, dass eine Mobilisierung des Kapitals auch von privaten Kleinanlegern den Wagniskapitalmarkt erheblich beleben könnte. Wagniskapitalinvestitionen erfordern allerdings eine hohe Risikobereitschaft, eine vertiefte Expertise und einen großen Betreuungsaufwand. Sie sind daher derzeit nahezu ausschließlich professionellen Anlegern vorbehalten. Investitionen von privaten Kleinanlegern sind allenfalls über Dachfonds denkbar, die wiederum in spezialisierte Beteiligungsfonds investieren würden. Derzeit sind solche mehrstufigen Investitionsstrukturen häufig noch mit zu hohen Kosten verbunden. Die Wirtschaftsministerkonferenz fordert daher die Bundesregierung auf, die Rahmenbedingungen für solche Dachfonds zu verbessern, beispielsweise durch ein Ankerinvestment der KfW in einzelne Dachfonds sowie durch regulatorische Erleichterungen und Verminderung des bürokratischen Aufwands für solche Dachfonds.
10. Gerade familien- und unternehmensnahe Stiftungen sind aufgrund ihrer Expertise und des unternehmerischen Kapitals prädestiniert für die Mittelstandsfinanzierung. Das aktuelle Stiftungsrecht schränkt jedoch Stiftungen in ihrer Möglichkeit noch immer erheblich ein, in vermögensverwaltende Strukturen zu investieren. Diese Einschränkung verhindert, dass Stiftungen ihr Anlagevermögen möglichst effektiv zur Förderung ihres Stiftungszwecks einsetzen können. Die Wirtschaftsministerkonferenz fordert daher die Bundesregierung auf, das Stiftungsrecht dahingehend weiterzuentwickeln, dass es

Stiftungen künftig erlaubt ist, unabhängig vom Stiftungszweck stärker in vermögensverwaltende Strukturen wie Private Equity-, aber auch Venture Capital-Fonds zu investieren, um ihre finanzielle Basis zu stärken und ihre Anlagestrategie zu diversifizieren.

11. Wie die Ministerpräsidentenkonferenz hält es auch die Wirtschaftsministerkonferenz für erforderlich, die Finanzbildung in Deutschland zu stärken. Der mit dem Entwurf eines Finanzbildungsstärkungsgesetz verfolgte Ansatz sollte schnellstmöglich umgesetzt werden. Die von der Bundesregierung beschlossene Einrichtung der Stiftung „Finanzbildung, Geld und Währung“ sollte als eine der zentralen Empfehlungen der OECD an Deutschland im Bereich der finanziellen Bildung zügig umgesetzt werden. Dabei gilt es, die Länder ressortübergreifend in den gesamten Prozess einzubinden.
12. Die Wirtschaftsministerkonferenz bittet das BMWF, zur nächsten Amtschefskonferenz am 26. November 2025 einen weiteren Bericht zum besseren Zugang zum Kapitalmarkt vorzulegen.

Table Briefings

Beschluss
der Wirtschaftsministerkonferenz
am 4./5. Juni 2025
in Stuttgart

Punkt 2.7 der Tagesordnung:

Finanzierungs- und Fördermöglichkeiten für Start-ups

1. Die Wirtschaftsministerkonferenz nimmt den Bericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWE) zur Kenntnis.
2. Die Wirtschaftsministerkonferenz stellt fest, dass die aktuelle Finanzierungssituation gerade für Start-ups und innovative Unternehmen mit erhöhtem Kapitalbedarf sehr herausfordernd ist, da deren Investitionspläne maßgeblich von externen Rahmenbedingungen wie beispielsweise der schwachen Konjunktur, den hohen Energiekosten oder dem Fachkräfteangebot abhängen. Daher ist aktuell eine große Zurückhaltung bei der Investitionsbereitschaft spürbar. Auch besteht der Eindruck, dass die Kreditwirtschaft in einem verschärften regulatorischen Umfeld vorsichtiger agiert. Den staatlichen Instrumenten zur Finanzierungsunterstützung kommt in einem solchen Umfeld daher noch mehr Bedeutung zu als in gesamtwirtschaftlich positiveren Zeiten. Es bietet sich deshalb an, die Bedingungen des bisherigen staatlichen Förderangebots zu optimieren und damit den Zugang von Start-ups zu Finanzierungsangeboten schnell und zielgerichtet zu verbessern.
3. Die Wirtschaftsministerkonferenz bittet deshalb das BMWE darum, gemeinsam mit dem Bundesministerium der Finanzen weitere Erleichterungen für das von der KfW administrierte Programm RegioInnoGrowth (RIG) zu prüfen. Das RIG ist eine gute Ergänzung der sonstigen Instrumente zur Verbesserung der Eigenkapitalbasis von Start-

ups und innovativen Unternehmen; unter den gegenwärtig schwierigen Rahmenbedingungen sind aus Sicht der Wirtschaftsministerkonferenz aber zusätzliche Impulse nötig – etwa nach dem Vorbild der Maßnahmen, wie sie im Rahmen der 2. Säule der Start-up-Hilfen der Bundesregierung im Zuge der Corona-Pandemie auf den Weg gebracht wurden.

4. Optimierungsmöglichkeiten sieht die Wirtschaftsministerkonferenz auch beim Rückgarantieprogramm für die Mittelständischen Beteiligungsgesellschaften – etwa in Form einer Erhöhung der bisherigen Regelobergrenze oder durch praxisorientierte Vereinfachungen bei der Programmabwicklung.
5. Die Wirtschaftsministerkonferenz sieht des Weiteren Spielräume beim Bürgschaftsgeschäft der Bürgschaftsbanken; auch insoweit kommen eine Anpassung der Obergrenze, aber auch Vereinfachungen bei der Programmabwicklung in Betracht.
6. Aus Sicht der Wirtschaftsministerkonferenz sollte überdies geprüft werden, welche weiteren Optimierungsmöglichkeiten und Verbesserungen es bei der Verwendung der Mittel im Rahmen der European Recovery-Programme (ERP-Programme) für die Unternehmensfinanzierung geben kann.
7. Schließlich wäre nach Ansicht der Wirtschaftsministerkonferenz auch die Einführung von Matching-Vehikel für Fondsinvestments von Landesförderinstituten (LFI) gemeinsam mit KfW Capital prüfungswürdig.
8. Die Wirtschaftsministerkonferenz bittet das BMWF, zur nächsten Amtschefskonferenz am 26. November 2025 unter Berücksichtigung der genannten Vorschläge einen Bericht zur Verbesserung der Finanzierungsinstrumente für Start-ups vorzulegen.

Beschluss
der Wirtschaftsministerkonferenz
am 4./5. Juni 2025
in Stuttgart

Punkt 2.8 der Tagesordnung:

Cybersicherheit für Start-ups und KMU

1. Die Wirtschaftsministerkonferenz nimmt den Bericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWE) zur Kenntnis.
2. Die Wirtschaftsministerkonferenz verweist auf die weiter angespannte Cybersicherheitslage für die Wirtschaft in Deutschland. Angriffe aus dem Cyberraum sind eines der größten Risiken, denen Unternehmen heute ausgesetzt sind. Ohne entsprechende Vorsorge können diese existenzbedrohenden Auswirkungen haben. Auch wenn die Cyberresilienz der Unternehmen zunimmt, besteht weiterhin vor allem für kleine und mittlere Unternehmen großer Handlungsbedarf, um ein adäquates Cybersicherheitsniveau zu erreichen und die Sicherheit der gesamtdutschen Wirtschaft zu verbessern.
3. Die Wirtschaftsministerkonferenz nimmt die verschiedenen EU-Regulierungen zu Cybersicherheit zur Kenntnis und unterstützt das übergeordnete Vorhaben für ein höheres Cybersicherheitsniveau der Wirtschaft und eine EU-weite Harmonisierung bestehender Regulierungen.
4. Die Wirtschaftsministerkonferenz bittet das BMWE, die Länder zukünftig bei der Regulierung zum Thema Cybersicherheit noch frühzeitiger und umfassender einzubinden, soweit wirtschaftliche Belange betroffen sind. Neue EU-Regulierungen, wie

die NIS-2-Richtlinie und der Cyber Resilience Act (CRA), tragen dazu bei, das EU-weite Cybersicherheitsniveau zu erhöhen und zu harmonisieren. Gleichzeitig stellen die damit verbundenen Anpassungsaufwände eine Vielzahl von Unternehmen in verschiedenen Branchen vor große Herausforderungen und hohe Investitionskosten. Die Wirtschaftsministerkonferenz bittet daher das BMWK, bei der (Mit-)Gestaltung und Umsetzung von Cybersicherheitsregulierungen darauf zu achten, dass die Wirtschaft nicht überproportional belastet und möglichst frühzeitig bei der Rechtsgestaltung beteiligt wird. Bei der Umsetzung von EU-Recht sind über die Vorgaben hinausgehende Belastungen für Unternehmen in Deutschland zu vermeiden und Spielräume mit dem Ziel der Verbesserung ihrer Wettbewerbsfähigkeit zu nutzen.

5. Die Wirtschaftsministerkonferenz sieht es kritisch, dass die Programme „go digital“ und „Digital Jetzt“ zum Jahresende 2024 ausgelaufen sind. Die Wirtschaftsministerkonferenz bittet das BMWK daher, neue Förder- und Investitionsprogramme aufzusetzen, um die entstandene Lücke zu kompensieren und sicherzustellen, dass die Unternehmen durch die im Zuge der Anpassung an neue regulatorische Vorgaben entstehenden Mehrkosten nicht überfordert werden. Außerdem bittet die Wirtschaftsministerkonferenz zu prüfen, inwiefern über das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik in Abstimmung mit den Ländern noch mehr konkrete (d. h. auch nicht-monetäre) Unterstützungsangebote (z. B. Leitfäden, Workshops etc.) zur Umsetzung der neuen Regulierung und zur Anpassung an die steigende Bedrohungslage für die Unternehmen angeboten werden können. Dabei sollte die erfolgreiche Arbeit der Transferstelle Cybersicherheit, wie im vorgelegten Bericht des BMWK dargelegt, fortgeführt und ausgebaut werden.
6. Die Unterstützungsangebote der Länder im Bereich Cybersicherheit, wie beispielsweise Awareness-, Präventions- oder Reaktionskonzepte und Leitfäden, sollten mit Unterstützung des BMWK und in enger Abstimmung mit den Ländern über Multiplikatoren wie das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik, die Mittelstand-Digital Zentren und die Transferstelle Cybersicherheit bekannt und – soweit möglich – allen interessierten Unternehmen zugänglich gemacht werden.

7. Die Wirtschaftsministerkonferenz bittet das BMWFJ zudem, die Entwicklung innovativer Cybersicherheitslösungen durch Unternehmen und Start-ups in Deutschland entschieden zu unterstützen und Investitionen im Bereich Cybersicherheit stärker zu fördern. Auch die wirtschaftsnahe Forschung in diesem Bereich sollte weiter ausgebaut werden.
8. Kontinuierliche technologische Weiterentwicklungen etwa im Bereich Künstliche Intelligenz machen eine vielfältige, innovative und leistungsstarke Cybersicherheitsbranche notwendig, um die Sicherheit unserer Wirtschaft zu gewährleisten. Gleichzeitig ist eine starke europäische Cybersicherheitslandschaft wichtig, um die digitale Souveränität Deutschlands und Europas und die Unabhängigkeit von außereuropäischen Anbietern zu stärken.
9. Angesichts dieser Ausgangslage ist es aus Sicht der Wirtschaftsministerkonferenz essenziell, das Gefahrenbewusstsein aller Akteure frühzeitig zu stärken. Bereits in Schule und Ausbildung sollte damit begonnen werden, gezielt auf die Gefahren des digitalen Raums wie Phishing, Ransomware oder Datenschutzverletzungen hinzuweisen und praktische Hilfestellungen im Umgang damit zu vermitteln. Auch im Berufsleben sollte dies durch regelmäßige Awareness-Maßnahmen für Arbeitnehmer wie Arbeitgeber weiter fortgeführt werden. Die Wirtschaftsministerkonferenz bittet das BMWFJ deshalb um Unterstützung, damit insbesondere in der beruflichen Aus- und Weiterbildung dem Thema Cybersicherheit noch mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird.
10. Die Wirtschaftsministerkonferenz hat sich bereits mehrfach mit dem Thema Cybersicherheit beschäftigt. Die Bundesregierung wurde gebeten, die Entwicklung von innovativen Cybersicherheitslösungen durch Unternehmen und Start-ups zu unterstützen sowie Investitionen im Bereich Cybersicherheit stärker zu fördern. Zudem wurde die Bundesregierung um die Prüfung entsprechender Angebote gebeten. Die Wirtschaftsministerkonferenz bittet das BMWFJ, im Herbst 2025 über den Sachstand zu diesen Prüfbitten zu berichten.
11. Die Wirtschaftsministerkonferenz bittet das BMWFJ und andere beteiligte Ressorts, die Abstimmung mit den Ländern zu Maßnahmen der Cybersicherheit bei Unternehmen zu intensivieren, um Doppelarbeit bzw. Doppelstrukturen zu verhindern.

12. Die Wirtschaftsministerkonferenz bittet das Vorsitzland, diesen Beschluss den Vorsitzenden der Kultusministerkonferenz und Digitalministerkonferenz zur übermitteln.

Table-Briefings

Beschluss
der Wirtschaftsministerkonferenz
am 4./5. Juni 2025
in Stuttgart

Punkt 2.9 der Tagesordnung:

Metaversum

1. Die Wirtschaftsministerkonferenz nimmt den Bericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWE) zur Kenntnis.
2. Die Wirtschaftsministerkonferenz betont die großen Auswirkungen, die virtuelle Welten in den kommenden Jahren auf die deutsche Wirtschaft und die Arbeitswelt in Deutschland haben werden. Virtuelle Welten und Extended Reality (XR)-Technologien ermöglichen innovative Geschäftsmodelle und neue Formen kollaborativer Wertschöpfung, die sowohl für Unternehmen als auch für Start-ups ein hohes wirtschaftliches Wachstums- und Wertschöpfungspotenzial sowie neue Arbeitsplätze in Deutschland versprechen. Gleichzeitig können erhebliche Kosteneinsparungen und Effizienzsteigerungen durch die realitätsgetreue Simulation realer Umgebungen, z. B. durch die Realisierung von Fernwartungen und ortsunabhängiger Zusammenarbeit, erreicht werden (digitaler Zwilling, Industrial Metaverse).
3. Um diese Potenziale nutzbar zu machen, bedarf es einer übergeordneten Strategie für den Aufbau und die wirtschaftliche Nutzung virtueller Welten. Die Wirtschaftsministerkonferenz bittet das BMWE, auf entsprechende Maßnahmen hinzuwirken. Die im Koalitionsvertrag vereinbarte Verbesserung der ordnungspolitischen Rahmenbedingungen sowie das Setzen steuerlicher Anreize unter anderem im Games-Bereich werden insofern begrüßt.

4. Die Wirtschaftsministerkonferenz bittet das BMWK und die neue Bundesregierung, sich gegenüber der Kommission dafür einzusetzen, dass Unternehmen in der Entwicklung und Nutzung von innovativen Geschäftsmodellen, die dazu beitragen, physische und virtuelle Welten zu verschmelzen, durch EU-Förderprogramme unterstützt werden. Ziel ist ein offenes, dezentrales, sicheres, vertrauenswürdiges, inklusives und faires digitales Umfeld, das Innovationen für Unternehmen ermöglicht und fördert.
5. Daneben fordert die Wirtschaftsministerkonferenz das BMWK auf, Investitionen der Unternehmen in Technologien, welche die Nutzung virtueller Welten ermöglichen, und die notwendige technologische Weiterentwicklung zu unterstützen. Dies schließt die Unterstützung wirtschaftsnaher Forschung in diesem Bereich mit ein.
6. Hochtechnologiefelder, in denen Deutschland bereits heute über große Kompetenzen verfügt, wie die Digitalisierung von Industrieprozessen, das Design von Unternehmenssoftware oder die Entwicklung von immersiven Technologien, werden beim Aufbau und der wirtschaftlichen Nutzung virtueller Welten eine zentrale Rolle spielen. Insbesondere branchenübergreifenden Technologien kommt hier eine besondere Bedeutung zu, da virtuelle Welten nur aus dem Zusammenspiel verschiedener Technologien entstehen. Anwendungen auf den Gebieten virtueller und immersiver Simulation, digitaler Abbildung realer Maschinen und Gegenstände, der Verbindung von Maschinen und Anlagen durch gegenseitigen Datenaustausch sowie Games-Technologien haben hierbei einen zentralen Stellenwert. Auch die Weiterentwicklung von Künstlicher Intelligenz (KI) trägt maßgeblich zur Entwicklung und verbesserten Anwendbarkeit virtueller Welten bei. So ermöglicht KI zum einen die leichtere Entwicklung virtueller Welten, hilft zum anderen aber auch dabei, diese realistischer, individueller und interaktiver zu gestalten.
7. Die Wirtschaftsministerkonferenz unterstreicht, dass der wirtschaftliche Erfolg virtueller Welten und XR-Anwendungen eng mit einer leistungsfähigen, energie- und latenzoptimierten Rechenzentrumsinfrastruktur einschließlich Edge Computing zusammenhängt. Das BMWK wird daher gebeten, gemeinsam mit den Ländern die bürokratischen Hürden beim Bau von Rechenzentren zu senken und die Rahmenbedingungen für den bedarfsorientierten Ausbau dieser Infrastruktur zu verbessern. Dabei sollten KMU wie

Start-ups gleichermaßen einbezogen werden. Die Entwicklung einer Strategie für Rechenzentren auf Bundesebene wäre dazu sehr hilfreich.

8. Ein besonderer Fokus sollte zudem auf Start-ups liegen. Technologieorientierte Start-ups spielen bei der Entwicklung virtueller Welten eine zentrale Rolle. Durch ihre Fähigkeit, sich schnell an neue Entwicklungen, Trends und Anforderungen anzupassen, und ihre Offenheit für neue Wege sowie unkonventionelle Lösungen sind Start-ups im Aufbau virtueller Welten wichtige Innovationstreiber und Wegbereiter für die Entwicklung und Anwendung neuer Technologien. Um diese Potenziale zu nutzen, muss die aktuelle Start-up-Strategie des Bundes weiterentwickelt und mit den Aktivitäten der Länder zur Förderung virtueller Welte abgestimmt werden.
9. Die Wirtschaftsministerkonferenz fordert das BMW auf, die wirtschaftlichen Potenziale virtueller Welten stärker bekannt zu machen. Insbesondere im Maschinenbau, der Automobilindustrie, aber auch in den Bereichen Energie, Gesundheit, Logistik, Bau und Handel sind bereits heute vielversprechende Anwendungsmöglichkeiten und innovative Geschäftsmodelle mit und im Metaverse zu sehen. Beispielsweise ist es heute möglich, ganze Fertigungsstraßen von Industrieanlagen als digitale Zwillinge (funktionales digitales Abbild der Maschine) virtuell zu simulieren, zu vernetzen, Beschäftigte daran zu schulen und somit die Geschäftsprozesse und Datenflüsse zu optimieren (Industrial Metaverse). Dadurch ergeben sich eine erhebliche Zeit- und Kostenersparnis sowie die Verringerung von Fehlern und Ressourcenverschwendung.
10. Darüber hinaus sollen im Rahmen eines „Cross-Innovation-Ansatzes“ frühzeitig praxisnahe Anwendungsfälle („Use Cases“) in Zusammenarbeit mit Unternehmen aus verschiedenen Branchen ermöglicht werden. Die Wirtschaftsministerkonferenz bittet das BMW, solche Use Cases unter Unternehmen und Start-ups bekannter zu machen und entsprechende Unterstützungs- und Informationsmaterialien in diesem Bereich zur Verfügung zu stellen. Institutionen, auch auf Ebene der Länder, die die wirtschaftliche Anwendung virtueller Welten vorantreiben, sollten bundesweit durch den Bund weiter gefördert sowie weiter aus- beziehungsweise aufgebaut werden. Für Unternehmen, die bereits virtuelle Welten in ihrer Arbeit nutzen beziehungsweise solche, die sich dafür

interessieren, sollten seitens der Bundesregierung entsprechende Vernetzungsangebote bereitgestellt werden.

11. Um die wirtschaftliche Anwendung virtueller Welten zu ermöglichen, braucht es kompatible, für alle Marktteilnehmer gleichermaßen zugängliche offene Standards und den Aufbau eines verlässlichen, unbürokratischen Rechtsrahmens. Die Wirtschaftsministerkonferenz bittet das BMW, auf die Ausarbeitung einer EU-weiten Strategie mit offenen Standards hinzuwirken. Nur so kann gewährleistet werden, dass die Entwicklung virtueller Welten nicht von großen Konzernen dominiert wird, sondern auch ein rechtssicheres und innovationsfreundliches Entwicklungs- und Anwendungsumfeld für KMU bietet. Hierzu gehört auch, dafür Sorge zu tragen, dass ein Wechsel des Anbieters bei der Nutzung von Produkten oder Dienstleistungen jederzeit möglich ist (Vermeidung sogenannter Vendor Lock-Ins) und das Lieferantenrisiko minimiert wird. Die Wirtschaftsministerkonferenz bittet das BMW um enge Einbindung der Länder und um einen entsprechenden Bericht im Herbst 2025.
12. Wie bei der Digitalministerkonferenz am 18. Oktober 2024 beschlossen, unterstützt auch die Wirtschaftsministerkonferenz das Vorhaben, die bestehenden Aktivitäten der Länder im Bereich der Datenplattformen und digitalen Zwillinge systematisch zu erheben und Handlungsbedarfe zu identifizieren, um gemeinsame, länderübergreifende Dateninfrastrukturen zu fördern und den Aufbau und die Nutzung digitaler Zwillinge voranzutreiben. Aus Sicht der Wirtschaftsministerkonferenz wäre ein Austausch bestehender Aktivitäten auch mit Blick auf die Wirtschaft sinnvoll, beispielsweise im Falle avatarbasierter Trainingsmodelle oder bei der Verzahnung digitaler Zwillinge im industriellen Kontext.
13. Um die innovative Anwendung virtueller Welten vor Markteinführung auf ihre Rechtssicherheit prüfen zu können, fordert die Wirtschaftsministerkonferenz das BMW auf, die Einrichtung sogenannter „Regulatory Sandboxes“ zu prüfen. In diesen Testumgebungen sollen alle relevanten rechtlichen Anforderungen, wie sie sich etwa aus der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO), der KI-Verordnung oder dem IT-Sicherheitsrecht ergeben, integriert werden. Die zentralen regulatorischen Herausforderungen sollen dabei in geeignete Methoden und Prozesse für die Entwicklung und Überwachung von

immersiven Technologien überführt werden. Ein steter und agiler Transfer von Erkenntnissen zwischen Praxis und Regulierungsinstanzen ist dabei essenziell, um die Rechtsrahmen kontinuierlich zu optimieren.

14. Der beruflichen Weiterbildung kommt eine zentrale Rolle beim Erwerb und bei der Vermittlung von Kompetenzen in Schlüsseltechnologien zu. Die Wirtschaftsministerkonferenz bittet das BMWK, die Entwicklung entsprechender Angebote in der beruflichen Weiterbildung, deren Bekanntmachung mittels geeigneter Maßnahmen sowie deren Inanspruchnahme durch Unternehmen und Beschäftigte zielgerichtet zu unterstützen, da der Bedarf an Fachkräften für die Entwicklung und Anwendung von immersiven Technologien in den kommenden Jahren weiter steigen wird.
15. Die Wirtschaftsministerkonferenz fordert die Bundesregierung auf, den Datenschutz und die Datensouveränität in virtuellen Welten zu stärken, insbesondere durch die Entwicklung und Durchsetzung von EU-weiten Richtlinien zur Datensicherheit und Privatsphäre. Dabei sollten Nutzerinnen und Nutzer die volle Kontrolle über ihre virtuellen Identitäten und Daten behalten. Nur so können Vertrauen und Sicherheit in der virtuellen Welt gewährleistet werden.
16. Insgesamt fordert die Wirtschaftsministerkonferenz das BMWK auf, die Länder zukünftig stärker einzubinden. Hierzu zählen beispielsweise Maßnahmen zu KI, digitaler Identität, Datenschutz, digitale Dienste oder Blockchain. Nur über diese Einbindung ist sichergestellt, dass Anliegen von Unternehmen aus ganz Deutschland berücksichtigt werden können.

Table Briefings

**Beschluss
der Wirtschaftsministerkonferenz
am 4./5. Juni 2025
in Stuttgart**

Punkt 3 der Tagesordnung:

Ausbau des Finanzplatzes Deutschland zum führenden Sustainable Finance Standort

Die Wirtschaftsministerkonferenz nimmt den Bericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie zur Kenntnis.

Table Briefings

Beschluss
der Wirtschaftsministerkonferenz
am 4./5. Juni 2025
in Stuttgart

Punkt 4.1 der Tagesordnung:

EU-Chemikalienregulierung reformieren und auf das Wesentliche fokussieren

1. Die Wirtschaftsministerkonferenz weist darauf hin, dass sich die Krisensituation für die Chemieindustrie und die von ihr abhängigen Wertschöpfungsketten immer weiter verschärft und die EU-Chemikalienregulierung immer höheren Aufwand, erhebliche Planungsunsicherheit, Innovations- und Investitionsstau und damit nachhaltigen Schaden für die Wettbewerbsfähigkeit der gesamten Wertschöpfungskette sowie Standortentscheidungen zulasten der EU auslöst.
2. Die Wirtschaftsministerkonferenz begrüßt daher das im Koalitionsvertrag vom 9. April 2025 formulierte Ziel der Bundesregierung, Deutschland zum weltweit innovativsten Chemiestandort zu machen, auf einen ausgewogenen EU-Regulierungsrahmen mit risikobasiertem Ansatz hinzuwirken und die Entwicklung von Alternativstoffen zu forcieren, sowie die klare Ablehnung pauschaler Verbote ganzer chemischer Stoffgruppen wie die der Per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen (PFAS). Diese Bekenntnisse müssen nun unverzüglich umgesetzt werden.
3. Die Wirtschaftsministerkonferenz bittet das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) , dazu kurzfristig ein Dialogformat mit der Chemieindustrie und den nachgeschalteten Sektoren unter Einbindung des Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) und betroffener Bundesfachbehörden einzurichten und z. B. den früheren REACH-Beraterkreis wieder zu beleben.

Sie bittet das BMWE zudem, sich für die Finalisierung der Ergebnisse des „Chemiegipfels“ und deren kurzfristige Umsetzung sowie für eine Fortsetzung dieses Formats einzusetzen und hierbei auch nachgeschaltete Wirtschaftsakteure einzubinden.

4. Mit Blick auf den problematischen Verfahrensablauf der PFAS-Beschränkung fordert die Wirtschaftsministerkonferenz, dass künftig vor der Einreichung von Vorschlägen insbesondere nach der REACH- oder CLP-VO durch Deutschland eine gründliche Analyse der Risikomanagement-Optionen (RMOA) und der sozio-ökonomischen Auswirkungen unter Einbindung der Wirtschaftsakteure erfolgt und das Ergebnis nach nachvollziehbarer Auswertung mit BMWE und BMUKN abgestimmt wird. Sie bittet das BMWE, sich für die verbindliche Festlegung eines solchen Verfahrens auf nationaler Ebene einzusetzen und auch auf EU-Ebene auf eine Vorab-RMOA und mehr Transparenz hinzuwirken.

5. Die Wirtschaftsministerkonferenz begrüßt die Ankündigungen der Kommission in politischen Papieren seit 2024, Regulierungen künftig einfacher, zielgenauer, verhältnismäßig und evidenzbasierter auszugestalten, mit vorausgehenden Konsultationen, regelmäßigem Dialog, Folgenabschätzungen, Evaluierungen und KMU- und Wettbewerbschecks sowie Priorisierung von Schnelligkeit, Kohärenz und Entlastung.

Die Wirtschaftsministerkonferenz bittet, diese Zusagen des „neuen Ansatzes“ im angekündigten „Paket für die chemische Industrie“ konsequent anzuwenden und dabei zusätzlich die Aspekte Planungssicherheit, Gewährleistung von Stoffvielfalt, Berücksichtigung auch des Nutzens von Stoffen und Entlastungen für Unternehmen zu stärken.

6. Die Wirtschaftsministerkonferenz bedauert, dass sich dieser „neue Ansatz“ in den von der Kommission am 3. April 2025 vorgestellten Plänen für die REACH Revision leider zu wenig abbildet. Vielmehr führt sie hier im Wesentlichen die bisherige EU-Chemikalienstrategie von 2020 mit noch weiteren Verschärfungen und höheren Informationsanforderungen fort. Als besonders problematisch stuft die Wirtschaftsministerkonferenz die Begrenzung der Gültigkeit der Stoffregistrierung auf zehn Jahre ein.

7. Die Wirtschaftsministerkonferenz verweist daher auf die nach wie vor aktuellen Forderungen in ihren Beschlüssen zur EU-Chemikalienregulierung seit 2023, insbesondere zu risikobasiertem und generischem Ansatz, „Mixture Assessment Factor“, „essential use“-Konzept und der Beherrschbarkeit von Risiken (siehe Beschlüsse zu TOP 3.3 vom 21. November 2024 und zu TOP 2.4 vom 22. November 2023).
8. Zum laufenden Beschränkungsverfahren für PFAS bekräftigt die Wirtschaftsministerkonferenz ihre Beschlüsse zu TOP 2.3 vom 22. November 2023 und zu TOP 3.2 vom 21. November 2024 und bittet das BMWF, sich für die darin und hier aufgezeigten Punkte national und auf EU-Ebene mit Nachdruck einzusetzen, um die Versorgung mit unverzichtbaren PFAS nicht weiter zu gefährden.

Die Wirtschaftsministerkonferenz betont folgende dringlichsten Punkte:

- a) Fluorpolymere, die wirtschaftlich bedeutsam und gut erforscht sind und bei denen in der Verwendungsphase keine Freisetzung droht, sind schnellstmöglich aus dem Beschränkungsvorschlag herauszunehmen. Mögliche Einträge in die Umwelt in der Herstellungs- und End-of-Life-Phase sollten über Vorgaben im Immissionsschutz-, Wasser- oder Abfallrecht unterbunden werden.

Fluorpolymere in Anwendungen privater Endverbraucher, deren Ver- oder Gebrauch relevante Umwelteinträge verursacht, sollten hingegen zeitnah und gezielt verboten werden; für sie gibt es meist bereits Alternativen.
- b) Die Wirtschaftsministerkonferenz hält die im Fortschrittsbericht zum PFAS-Beschränkungsverfahren neu skizzierten „anderen“ Beschränkungsoptionen, die für einige Verwendungszwecke Ausnahmen unter bestimmten Bedingungen vorsehen, für Fluorpolymere für ungeeignet und für die anderen PFAS noch für zu unkonkret. Im gesamten Lebenszyklus sicher handhabbare PFAS müssen weiterhin über alle Lieferketten hinweg zur Verfügung stehen.
- c) Die nach der „EU-Verordnung über fluorierte Treibhausgase“ noch zulässigen Gase aus der Stoffgruppe der PFAS, die als Kältemittel in Kälte- und Klimaanlage, Wärmepumpen und Schaltanlagen benötigt werden, müssen für Bestandsanlagen und spezielle Anwendungen im Rahmen des PFAS-Beschränkungsverfahrens weiter verfügbar bleiben.

- d) Im Hinblick auf die für Ende 2025 angekündigte Schließung der einzigen deutschen PFAS-Produktionsanlage und den drohenden Rückbau europäischer Kapazitäten um etwa 50 Prozent bittet die Wirtschaftsministerkonferenz die Bundesregierung, alles zu versuchen, um eine Fortsetzung der technologisch und ökologisch führenden Produktion und die Nutzung der massiv öffentlich geförderten PFAS-Recyclingtechnologie in Deutschland zu erreichen.
9. Der Vorschlag, durch einen „Critical Chemicals Act“ spezifische Unterstützungsmaßnahmen für „kritische Chemikalien“ zu schaffen, lenkt zu Recht den Fokus auf die zentrale Bedeutung von Chemikalien für viele Wertschöpfungsketten und deren Produktion in Europa zur Erhöhung der Resilienz. Keinesfalls darf es aber zu mehr Belastung, Bürokratie, Protektionismus und staatlicher Produktionslenkung z. B. durch eine Chemikalien-Liste oder Quotenvorgaben kommen.
10. Die Wirtschaftsministerkonferenz bittet das BMWK, ihre Forderungen umzusetzen und zur nächsten Amtschefs-Konferenz am 26. November 2025 zu den Entwicklungen im Bereich EU-Chemikalienregulierung zu berichten.
11. Die Wirtschaftsministerkonferenz bittet das Vorsitzland, diese Stellungnahme auch dem Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit und der EU-Kommission zu übermitteln mit der Bitte um Berücksichtigung bei weiteren Schritten.

Beschluss
der Wirtschaftsministerkonferenz
am 4./5. Juni 2025
in Stuttgart

Punkt 4.2 der Tagesordnung:

Bedeutung der Regionalen Transformationsnetzwerke der Fahrzeug- und Zulieferindustrie

1. Die Wirtschaftsministerkonferenz nimmt den Bericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWE) zur Kenntnis.
2. Die regionalen Transformationsnetzwerke leisten einen maßgeblichen Beitrag zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Regionen und zur Sicherung sowie Schaffung zukunftsfähiger Arbeitsplätze. Durch Koordination und Vernetzung unterstützen die Transformationsnetzwerke die Entwicklung und Umsetzung nachhaltiger Produktions- und Mobilitätslösungen sowie innovativer Technologien und Geschäftsmodelle. Gleichzeitig ermöglicht ihre Arbeit den Austausch von Erfahrungen und Wissen zwischen verschiedenen Akteuren wie Unternehmen, Bildungseinrichtungen, Gewerkschaften und Wissenschaft, aber auch der Regionen untereinander. Die Wirtschaftsministerkonferenz fordert die Bundesregierung auf, die im Koalitionsvertrag vorgesehene Finanzierung der regionalen Transformationsnetzwerke über 2025 hinaus schnellstmöglich umzusetzen, um die notwendige Planungssicherheit der Netzwerke zu gewährleisten.

Table Briefings

Beschluss
der Wirtschaftsministerkonferenz
am 4./5. Juni 2025
in Stuttgart

Punkt 4.3 der Tagesordnung:

Industriernetzentgeltreform – Unterstützung stromintensiver Unternehmen

1. Die Wirtschaftsministerkonferenz nimmt den Bericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWE) zur Kenntnis.
2. Die Wirtschaftsministerkonferenz bittet das BMWE, einen Bericht zum Thema „Industriernetzentgeltreform – Unterstützung stromintensiver Unternehmen“ unter Berücksichtigung der in Ziffer 7 des Beschlusses der Herbst-ACK zu TOP 3.4 erbetenen Prüfbitten allen Ländern über die Geschäftsstelle bis zum 30. Juni 2025 zur Verfügung zu stellen und hierin die angekündigten Unterstützungsmaßnahmen für die stromintensiven Unternehmen zu konkretisieren, die sich prozessbedingt in ihrem Abnahmeverhalten nicht flexibilisieren können, ohne gleichzeitig Produktion und dementsprechend Umsatz zu reduzieren.

Table Briefings

Beschluss
der Wirtschaftsministerkonferenz
am 4./5. Juni 2025
in Stuttgart

Punkt 4.4 der Tagesordnung:

Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie

1. Die Wirtschaftsministerkonferenz nimmt den Bericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWE) zur Kenntnis.

Sie stellt fest, dass sich Deutschland in einer der längsten Rezessionen der Nachkriegsgeschichte befindet und bekräftigt den Beschluss der Amtschefs-Konferenz vom 21. November 2024. Sie betont die dringende Notwendigkeit, die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Industrie, einschließlich des industriellen Mittelstands, zu sichern und langfristig zu erhalten sowie die zukünftigen Chancen der Transformation zu nutzen.

2. Der hohe Industrieanteil in der deutschen Wirtschaftsstruktur trägt maßgeblich zur Wertschöpfung hierzulande bei. Die Industrieunternehmen waren stets Garant für sichere, gut bezahlte Arbeitsplätze und Wohlstand in Deutschland. Seit 2018 sinkt die Produktion der deutschen Industrie jedoch schleichend und in vielen Branchen ist die Auftragslage weiterhin schwach. In fünf der vergangenen sechs Jahre ist der Produktionsindex für die Industrieproduktion geschrumpft, eine so lange Schwächephase hat es seit der deutschen Wiedervereinigung noch nicht gegeben. Besonders angespannt und in Teilen existenzbedrohend ist die Lage – neben der Automobil- und Zulieferindustrie – in energieintensiven Branchen wie Chemie-, Papier-, Metallindustrie, Kunststoffverarbeitung oder Glas- und Keramikindustrie. Die Dekarbonisierung und die Digitalisierung bringen unumkehrbare technologische Veränderungen für die Wirtschaft

mit sich. Zahlreiche Unternehmen befinden sich mitten in einem tiefgreifenden Strukturwandel, aktuell verschärft durch den hohen internationalen Wettbewerbsdruck, auch durch teilweise unfaire Subventionen und Dumpingpraktiken sowie geopolitische Risiken und Zölle. Von der aktuellen Schwächephase sind nicht nur die energieintensiven Industriezweige betroffen, sondern aufgrund der intensiven Verflechtungen im industriellen Wertschöpfungsverbund auch viele Unternehmen im weiterverarbeitenden Gewerbe sowie in den Anwenderbranchen.

3. Funktionierende Lieferketten sind Grundvoraussetzung für eine wettbewerbsfähige Industrie und technologische Souveränität. Das verarbeitende Gewerbe, insbesondere in den industriellen Kernbranchen aus der Automobilindustrie, Maschinenbau, Stahlindustrie und Chemie, ist aufgrund seines hohen Exportanteils von internationalen Märkten in besonderem Maße abhängig. Angesichts des inzwischen um sich greifenden Protektionismus und der Fragmentierung der Weltmärkte leiden diese Branchen nun besonders. Die Produktivität der deutschen Unternehmen ist im internationalen Wettbewerb rückläufig und wird durch Überkapazitäten auf den internationalen Märkten zusätzlich beeinträchtigt.

Die Wirtschaftsministerkonferenz betont, dass die aktuellen geopolitischen Spannungen eine stärkere wirtschaftliche Resilienz erfordern, insbesondere im Bereich strategischer Technologien, strategischer Rohstoffe, kritischer Infrastrukturen und industrieller Kapazitäten. Industriefreundliche Rahmenbedingungen tragen hier in erheblichem Maße bei.

4. Die Wirtschaftsministerkonferenz unterstreicht angesichts des fortschreitenden Klimawandels die Notwendigkeit und Bedeutung des europäischen Ziels der Klimaneutralität bis 2050. Der Strukturwandel der Industrie in Richtung Klimaneutralität ist für die Unternehmen mit hohen Investitionen verbunden; die Zielerreichung darf nicht zu einer Überforderung der Unternehmen führen. Die Unternehmen müssen auch über den europäischen Binnenmarkt hinaus international wettbewerbsfähig bleiben. Dafür bedarf es der Entwicklung tragfähiger Übergangsszenarien. Für eine erfolgreiche Transformation der Wirtschaft bedarf es geeigneter Rahmenbedingungen, unter anderem in Bezug auf verfügbare und bezahlbare Energie und entsprechende Infrastrukturanforderungen.

5. Die Wirtschaftsministerkonferenz begrüßt den neuen Fokus der Europäischen Union (EU) auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Industrie und den vorgelegten Vorschlag für einen Clean Industrial Deal. Wettbewerbsfähigkeit beschreibt die Fähigkeit einer Region bzw. eines Wirtschaftsraums, Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand zu sichern. Sie setzt faire Marktbedingungen, innovationsfreundliche Rahmenbedingungen und unternehmerische Freiräume voraus. In diesem Sinne muss Europa seine Innovationskraft und Produktivität weiter ausbauen, um im globalen Wettbewerb zu bestehen. Schwerfällige und teils analoge Planungs- und Genehmigungsverfahren, bürokratische Hürden und komplexe Regulierungen erschweren jedoch Investitionen, Innovationen und wirtschaftliches Wachstum.
6. Mit dem Vorschlag zum Clean Industrial Deal soll der Weg zur Klimaneutralität 2050 verstärkt unter Berücksichtigung der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie beschritten werden. Die angekündigten Maßnahmen sind im Kern richtig, die Notwendigkeit einer Regulierung, welche die internationale Wettbewerbsfähigkeit nicht behindert, eines funktionierenden Kapitalmarktes und gezielter Innovationsförderung sind zentrale Hebel für die langfristige wirtschaftliche Stärke der EU. Bei der weiteren Umsetzung sind die unmittelbaren Auswirkungen auf die heimische Industrie zu berücksichtigen.

Gleichzeitig stellt die Wirtschaftsministerkonferenz mit großer Sorge fest, dass die angekündigten Maßnahmen Anlass für zusätzliche Berichtspflichten und Reglementierungen sowohl für Unternehmen als auch für die Administrationen in den Mitgliedstaaten, und für eine weitere Zentralisierung der europäischen Industriepolitik sind. Dabei müssen im Sinne der Subsidiarität regionale und branchenspezifische Besonderheiten sowie etablierte und zugleich effiziente Verwaltungsstrukturen stärker berücksichtigt und mit neuen strukturellen Erfordernissen in Einklang gebracht werden. Die Wirtschaftsministerkonferenz bittet das BMWF, sich für eine ausgewogene, aber gleichzeitig stringente und zielgerichtete Umsetzung der geplanten EU-Maßnahmen einzusetzen, um die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie langfristig zu sichern. Ansonsten besteht die Gefahr, dass nationale und regionale Besonderheiten wie beispielsweise bestehende industrielle Ökosysteme unzureichend berücksichtigt werden. Die wirtschaftspolitischen Interessen der Länder müssen gewahrt bleiben und eine

Standortpolitik, welche die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen stärkt, muss weiterhin möglich sein.

Die Umsetzung darf insbesondere nicht zu einer weiteren Belastung der Unternehmen und Verwaltung führen beziehungsweise sollte vielmehr bestehende Bürokratielasten und Informationspflichten umgehend reduzieren. Die Länder begrüßen in dem Zusammenhang die von der EU mit dem Net Zero Industry Act (NZIA) und dem Critical Raw Material Act (CRMA) verfolgte Intention, Verfahren für Projekte zur Fertigung von Netto-Null Technologien sowie für Projekte zur Sicherung kritischer Rohstoffe zu erleichtern. Zugunsten praxisgerechter Lösungen sollte den Mitgliedstaaten bei der nationalen Umsetzung dieser und zukünftiger Steuerungsformate der EU ausreichend Gestaltungsspielraum eingeräumt und der Aufbau zusätzlicher Verwaltungsstrukturen (wie z. B. neu einzurichtende „zentrale Kontaktstellen“) vermieden werden. Die Länder bitten die Bundesregierung, sich hierfür in Verhandlungen auf europäischer Ebene einzusetzen sowie bestehende Verfahrenshemmnisse im nationalen Recht, die eine Umsetzung der EU-Rechtsetzung erschweren, durch unterstützende Gesetzgebungen abzubauen.

Die Bundesregierung wird generell gebeten, sich bei der EU dafür einzusetzen, dass nicht mit immer neuen und zusätzlichen Einzelregulierungen bestimmte Produkte, Branchen oder Prozesse im Zuge des Clean Industrial Deal „nachjustiert“ werden, sondern die ursächlichen Regelungen insgesamt überarbeitet und entsprechend angepasst werden. Das Ziel muss eine einfachere und schlankere Regulatorik sein.

7. Die Wirtschaftsministerkonferenz stellt fest, dass die bisherigen Anstrengungen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Industrie intensiviert und verstärkt werden müssen. Die deutsche Industrie leidet im internationalen Vergleich mit am stärksten unter den vergleichsweise hohen Energiepreisen und überdurchschnittlichen Steuer- und Abgabenlasten. Hinzu kommen zunehmende Bürokratielasten und regulatorische Anforderungen, welche die heimische Industrie in der aktuellen konjunkturellen Lage stark belasten.

Die neue Bundesregierung hat angekündigt, die Rahmenbedingungen für den Industriestandort Deutschland verbessern zu wollen, unter anderem durch wettbewerbsfähige Energiepreise und -verfügbarkeit, Einsatz für angemessene CO₂-Bepreisung,

Vereinfachung und Beschleunigung von Genehmigungsverfahren, Reduzierung von Berichtspflichten und Bürokratiebelastung, vermehrte Anwendung von Stichproben, angemessene Umweltgesetzgebung wie die Revision der REACH-Verordnung, Ermöglichung von CCS und CCU sowie den Investitions-Booster in Form degressiver Abschreibungen von 30 Prozent in den Jahren 2025 bis 2027.

Die Wirtschaftsministerkonferenz fordert das BMWF auf, die entsprechende zügige Umsetzung umgehend einzuleiten. Sie ist der Ansicht, dass sich die nationale Industriepolitik konsequent an der tatsächlichen Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie orientieren und zudem auf marktwirtschaftliche Instrumente setzen sollte. Die Wirtschaftsministerkonferenz schlägt eine Fortsetzung des gemeinsamen Dialogs mit den Akteuren des Bündnisses Zukunft der Industrie zur Ausgestaltung der nationalen Industriepolitik vor. Förderinitiativen des Bundes, sofern eine Kofinanzierung der Länder vorgesehen ist, sind mit diesen frühzeitig vom Inhalt und Volumen her einvernehmlich abzustimmen.

8. Die Wirtschaftsministerkonferenz betont die Notwendigkeit zum Bürokratieabbau. Bürokratische Hürden und komplexe Regulierungen erschweren jedoch Investitionen, Innovationen und wirtschaftliches Wachstum. Staatliche Regulierung muss konsequenter auf Vertrauen und Anreize ausgerichtet werden und übermäßige Detailkontrollen sind zu erlassen. Die angekündigten Maßnahmen der neuen Bundesregierung zum Bürokratieabbau, insbesondere die 1 : 1-Umsetzung von EU-Recht in nationales Recht und die Stärkung der Bürokratiebremse sowie die Durchführung von Praxischecks, werden begrüßt und können die deutsche Industrie erheblich entlasten. Die Wirtschaftsministerkonferenz bewertet es als positiv, dass die bereits angestoßenen Maßnahmen zur Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung konsequent umgesetzt und unter anderem mit Blick auf Industrievorhaben weiterentwickelt werden sollen. Planungs- und Genehmigungsverfahren müssen praxisnah ausgestaltet werden und dürfen nicht als Investitionshemmnis wirken. Nach Auffassung der Wirtschaftsministerkonferenz kann das von der Kommission vorgelegte Omnibus-Paket zur Vereinfachung von EU-Vorschriften nur ein erster Schritt in die richtige Richtung gewesen sein.

9. Die Wirtschaftsministerkonferenz betont die Bedeutung der nationalen Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit sowie die Bedeutung einer funktionierenden Infrastruktur (Verkehr, Digitalisierung, Energie, Forschung, Bildung) für die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Industrie. Die sicherheits- und verteidigungspolitische Dimension der heimischen Industrie und die Dual-Use-Relevanz vieler Schlüsseltechnologien nimmt an Bedeutung zu. Mit der Ertüchtigung der Infrastrukturen sind bundesweit hohe öffentliche Investitionsbedarfe verbunden. Bei der Umsetzung und Priorisierung ist eine enge Abstimmung innerhalb der gesamten Bundesregierung, sowie den Ländern unverzichtbar.

Beschluss
der Wirtschaftsministerkonferenz
am 4./5. Juni 2025
in Stuttgart

Punkt 4.5 der Tagesordnung:

Forschung, Entwicklung und Transfer als Innovationstreiber für eine starke Industrie stärken

1. Die Länder nehmen den gemeinsamen Bericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWE) und des Bundesministeriums für Forschung, Technologie und Raumfahrt (BMFTR) zur Innovationsförderung auf EU- und Bundesebene zur Kenntnis. Der Bericht stellt eine Vielzahl öffentlicher Förderprogramme dar und unterstreicht die Notwendigkeit einer engen Abstimmung von Förderinitiativen sowie einer Harmonisierung von Förderverfahren. Die Länder sprechen sich dafür aus, die Innovationsförderung und die Förderprogramme der EU und des Bundes aufeinander abzustimmen. Der Bund wird insofern gebeten, die Länder frühzeitig in die Planung neuer Förderangebote einzubinden und im Vorfeld über geplante Förderaufrufe sowie signifikante Änderungen an bestehenden Förderangeboten zu informieren.
2. Die besondere Stärke des deutschen Innovationsökosystems beruht auf der Vielfalt der unterschiedlichen Akteure aus der mittelständischen Industrie, den großen Konzernen, einer dynamischen Start-up Szene und der vielfältigen Forschungslandschaft, von der Grundlagenforschung bis hin zur angewandten, wirtschaftsnahen Forschung sowie entsprechenden (Aus-)Gründungen. Die innovativen Unternehmen des produzierenden Gewerbes und im Bereich der unternehmensnahen Dienstleistungen sind seit vielen Jahren Garant für die industrielle Stärke und Fortentwicklung Deutschlands, die für sichere Arbeitsplätze und Wohlstand sorgen. Bei der Bewältigung des aktuellen

Strukturwandels, der mit hohem Investitionsbedarf verbunden ist, bedarf es großer Anstrengungen, die Innovationsfähigkeit der Wirtschaft zu stärken. Dabei geht es zum einen darum, bestehende Stärken auszubauen. Zum anderen bedarf es einer zielgerichteten Diversifizierung der Wirtschaft und Erschließung neuer Beschäftigungsfelder. Verschiedene Untersuchungen deuten jedoch darauf hin, dass in vielen Bereichen rückläufige Innovationsanstrengungen zu beobachten sind. Die Länder stellen fest, dass durch die Verlagerung von Forschung und Entwicklung langfristig und unwiderruflich Wertschöpfung im Land verloren zu gehen droht. Deutschland muss wieder technologische Pionierarbeit insbesondere durch Forschung und Entwicklung von Schlüsseltechnologien leisten und leisten können. Die Wirtschaftsministerkonferenz sieht in der Beherrschung von neuen Technologien eine Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit, um die Souveränität und Wettbewerbsfähigkeit nicht nur des Standortes Deutschland, sondern der EU zu sichern.

3. Die Wirtschaftsministerkonferenz betont die Bedeutung von Forschung und Innovation für eine nachhaltige Zukunft der Wettbewerbsfähigkeit Europas und die Transformation der gesamten Wirtschaft. Sie begrüßt die „Warschauer Erklärung zur strategischen Rolle des zukünftigen EU-Rahmenprogramms für Forschung und Innovation“ der Forschungsministerinnen und -minister der Europäischen Union. Die Erklärung betont, dass exzellente und wirksame Forschung und Innovation die Wettbewerbsfähigkeit der EU und deren Mitgliedstaaten stärken und zu Sicherheit, Nachhaltigkeit, Resilienz, technologischer Souveränität und strategischer Autonomie der EU beitragen soll.

Für die Umsetzung ist es entscheidend, dass das neue EU-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation auch zukünftig das gesamte Spektrum – von Grundlagenforschung über die Entwicklung neuer Technologien bis hin zu anwendungsorientierten Lösungen – abbildet. Ferner bedarf es eines korrespondierenden Förderrahmens zur seriellen Herstellung dieser Lösungen in Europa. Mit diesen Schlüsseltechnologien kann ein zielgerichteter Beitrag zu zentralen Herausforderungen wie Klimaschutz, Energie und Mobilität, Digitalisierung, Gesundheit (u. a. Wirkstoffforschung, Medizinprodukte) sowie Sicherheit geleistet und Wertschöpfung generiert werden; eine hinreichende Mittelausstattung ist wichtig.

Die Wirtschaftsministerkonferenz bittet die Bundesregierung, sich im Rahmen der Verhandlungen zum nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen für eine adäquate Ausstattung einzusetzen. Darüber hinaus sollte der Zugang zu EU-Förderprogrammen insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen durch entbürokratisierte Prozesse vereinfacht und im Sinne einer Anschubfinanzierung auch durch unkonventionelle Maßnahmen beschleunigt werden. Die Bundesregierung wird zudem aufgefordert, Deutschland frühzeitig bei europäischen Fördermaßnahmen zu positionieren.

Die Wirtschaftsministerkonferenz äußert zudem Bedenken bezüglich der Überlegungen, das Forschungsrahmenprogramm in einem „Wettbewerbsfähigkeitsfonds“ aufgehen zu lassen. Sie spricht sich für ein haushalterisch eigenständiges Rahmenprogramm für Forschung und Innovation aus, um sicherzustellen, dass die vorgesehenen Mittel gezielt, planbar und zweckgebunden in diesem Bereich eingesetzt werden. Gleichwohl wird anerkannt, dass ein Bedarf zur Vereinfachung in der Programmsetzung besteht, um es auch kleineren Institutionen zugänglich zu machen, die über keine gesonderten Kapazitäten für die Einwerbung von EU-Fördergeldern verfügen.

Die Wirtschaftsministerkonferenz betont zudem die Bedeutung der Kohäsionspolitik für eine ortsbezogene Innovations- und Technologieförderung, insbesondere unter Berücksichtigung der Möglichkeiten, die mit der Plattform „Strategische Technologien für Europa“ (STEP) im Rahmen der Kohäsionspolitik geschaffen wurden. Als wichtigstes Investitionsinstrument der EU sollte die Kohäsionspolitik im Mehrjährigen Finanzrahmen ab 2028 mit einer mindestens so hohen Finanzierung wie bisher zuzüglich Inflationsausgleich ausgestattet werden. Der EU-Kofinanzierungssatz sollte für die kommende Förderperiode wieder auf mindestens 50 Prozent angehoben werden. Die Wirtschaftsministerkonferenz betont, dass der regionale beziehungsweise ortsbezogene Ansatz, das Mehrebenensystem, das Partnerschaftsprinzip sowie die geteilte Mittelverwaltung Schlüsselemente der Kohäsionspolitik und Eckpfeiler des europäischen Haushalts bleiben müssen. Über die regionale Bewirtschaftung der Regionalfonds wie z. B. des EFRE ist eine zielgerechte Mittelverwendung gewährleistet. Die Pläne, die Fonds der Kohäsionspolitik zu zentralisieren, widersprechen deshalb dem Kerngedanken der Kohäsionspolitik und konterkarieren deren Ziele. Aus diesen Gründen lehnt die Wirtschaftsministerkonferenz Modelle zur Einführung von einheitlichen Plänen je

Mitgliedstaat, in denen unter anderem alle Förderprogramme der Kohäsionspolitik aufgehen, ab. Die Programmierung, die Projektauswahl und Implementierung müssen weiterhin auf regionaler Ebene erfolgen, da auch die jeweiligen Bedarfe regional entstehen und ortsbezogen adressiert werden müssen.

4. Zudem fordern die Länder die Bundesregierung auf, dafür zu sorgen, dass sich die europäische Innovations- und Regionalpolitik vorausschauend mit den Herausforderungen bestehender und potenzieller Industriecluster und Innovationsökosysteme auseinandersetzt, um eine wirtschaftliche Schwächung in bisher starken Industrieregionen zu verhindern und die Wettbewerbsfähigkeit Europas zu sichern. Neben Wachstumsmärkten und neuen Zukunftsbranchen, wie GovTech, BioTech, CleanTech, nachhaltiges Bauen oder KI müssen auch die bestehenden Schlüsselindustrien wie Maschinenbau und Automobilwirtschaft stärker in den Blick genommen werden und ihre Zukunftsfähigkeit gesichert werden. Dafür sind interdisziplinäre Ansätze notwendig, die traditionelle Industrien modernisieren, beispielsweise indem die Anwendung von Schlüsseltechnologien in der Breite und gleichzeitig innovative Start-ups sowie kleine und mittlere Unternehmen in aufstrebenden Technologiefeldern unterstützt werden. Für die Bewältigung des Strukturwandels ist die Stärkung der regionalen Innovationsnetzwerke und Transformation von (Bestands)Clustern erforderlich. Dazu müssen der Wissensaustausch und die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen sowie der Transfer weiter intensiviert werden. Diese Netzwerke tragen dazu bei, Innovationen schneller in die Praxis zu überführen und die Innovationskraft der Regionen zu stärken. Erfolgreiche Programme wie die European Digital Innovation Hubs und das Enterprise Europe Network, die europaweit regionale Innovationsnetzwerke und Cluster miteinander vernetzen, zeigen, wie gezielte Unterstützung Innovationsprozesse beschleunigen und die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen erheblich verbessern kann. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen (KMU) benötigen einen Zugang zu derartigen Programmen, um Innovationen umzusetzen und neue Märkte zu erschließen. Um Bestandsnetzwerke mit aufstrebenden Wachstumsmärkten sowie innovativen Start-ups zu verbinden, sollten technologie- sowie problemlösungsorientierte Vernetzungsaktivitäten branchenübergreifend intensiviert werden.

5. Um den Strukturwandel der heimischen Industrie zu gestalten, bedarf es auch zukünftig großer Anstrengungen zur Förderung von Forschung und Entwicklung. Die Wirtschaftsministerkonferenz unterstreicht die Bedeutung von Innovationen im Zusammenspiel mit einem funktionierenden Transfersystem für die Zukunftsfähigkeit von Deutschland als modernen Industriestandort. Die Wirtschaftsministerkonferenz r bekennt sich dazu, die Förderung von Forschung und Innovation weiter aufrechtzuerhalten und das nationale Ziel, mindestens 3,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Forschung und Entwicklung zu investieren, weiterhin zu verfolgen.

Neben öffentlichen Fördermitteln wird der Großteil der FuE-Aufwendungen durch die in Deutschland ansässigen Unternehmen getragen. Eine besondere Stärke bilden hierbei die industriellen Kernbranchen in der Automobilwirtschaft, im Maschinen- und Anlagenbau sowie der Elektroindustrie. Eine zunehmende Rolle spielen dabei auch industrienahe Dienstleistungen. Im Rahmen einer technologiegetriebenen Modernisierung der industriellen Kapazitäten, vor allem durch Digitalisierung und Automatisierung, können Produktivitätspotenziale auch vor dem Hintergrund des Fachkräfte- und Arbeitskräftemangels gesteigert werden.

Durch die richtigen Rahmenbedingungen gilt es, Investitionen für Innovationen der Unternehmen selbst weiter anzureizen. Die Wirtschaftsministerkonferenz hält es für notwendig, den Transfer von Forschungsergebnissen und wissenschaftlichen Erkenntnissen in die Praxis zu intensivieren. Sie bitten den Bund, Programme für den Technologietransfer an Hochschulen und außeruniversitären Forschungsinstitutionen auszuweiten sowie eine Verstetigung und Ausweitung staatlicher Innovationsförderprogramme wie das Zentrale Innovationsförderprogramm Mittelstand (ZIM), das Programm Innovationskompetenz mit gemeinnützigen Industrieforschungseinrichtungen (INNO-KON) die WIR- und RUBIN-Bündnisse oder die steuerliche Forschungsförderung sicherzustellen.

6. Neben der staatlichen Förderung von Forschung und Technologie gilt es, die Rahmenbedingungen innovationsfreundlicher zu gestalten. Die Summe gesetzlicher Vorgaben und Nachweispflichten sowie lange Genehmigungsverfahren werden oftmals als größte Hemmnisse für Innovationen angeführt. Die Geschwindigkeit, Innovationen in

marktreife Produkte zu überführen, ist von maßgeblicher Bedeutung im internationalen Wettbewerb. Langwierige Genehmigungsverfahren stellen hier einen echten Standortnachteil dar. Es dürfen keine zusätzlichen bürokratischen Hürden aufgebaut werden. Es braucht kreative Köpfe und mehr Mut zum Risiko, um ergebnis- und verfahrensorientiert Innovationen voranzutreiben. Es besteht die berechtigte Sorge, dass die Innovationsmentalität in Deutschland durch überbordende Bürokratie und Regulatorik ausgebremst wird. Neue Technologien wie der Einsatz von Künstlicher Intelligenz und Robotertechnik versprechen Produktivitätssprünge, die es zu ergreifen gilt. Dabei gewinnen immaterielle Güter wie Patente, innovative Geschäftsprozesse, Markenbildung oder Design und Visualisierung immer weiter an Bedeutung für industrielle Wertschöpfung. Es gilt daher, die zunehmende Rolle neuer Technologien sowie die Rolle industrienaher Dienstleistungen für die Modernisierung der Industrie anzuerkennen und die Rahmenbedingungen für ein experimentelles Vorgehen durch Reallabore und Testfelder auch gesetzlich verbindlich zu verankern. Auch die Rolle von technologieübergreifenden Kooperationen sowie die Offenheit für neue, kreative Ansätze wird mit Blick auf die Nutzung digitaler Zwillinge und des Industrial Metaverse stark an Bedeutung gewinnen.

7. Die Wirtschaftsministerkonferenz betont, dass Forschung und Innovation enger zusammengedacht werden müssen. Erst mit der Umsetzung und Markteinführung neuer Produkte und Geschäftsmodelle werden neues Wissen und neue technologische Entwicklungen zur Innovation und generieren einen wirtschaftlichen Mehrwert. Eine künstliche Aufspaltung und Ressortdenken dürfen keine Innovationshemmnisse darstellen.

Die Wirtschaftsministerkonferenz bewertet positiv, dass die künftige Koalition neue Regelungen beim Besserstellungsverbot anstrebt, um transferorientierte außeruniversitäre Forschungseinrichtungen im Wettbewerb um qualifiziertes Personal nicht länger strukturell zu benachteiligen. Die praxisnahe Industrieforschung ist einer der wichtigsten Träger des Transfers aus der Wissenschaft in die (mittelständische) Wirtschaft. Eine rechtssichere Regelung ist nach Ansicht der Wirtschaftsministerkonferenz idealerweise durch eine Anpassung des Wissenschaftsfreiheitsgesetzes (WissFG) zu erzielen. So könnte die seit Jahren bestehende Diskriminierung dieser Forschungseinrichtungen

beseitigt werden. Dies trägt auch dem Umstand Rechnung, dass fähige Köpfe nicht in den Beschränkungen des Tarifrechts gehalten oder geholt werden können. Die Wirtschaftsministerkonferenz fordert hier eine zeitnahe Umsetzung der im Koalitionsvertrag erwähnten Flexibilisierung.

Um das europäische Ziel der Klimaneutralität bis 2050 zu erreichen und die bestehenden Herausforderungen zu bewältigen, spricht sich die Wirtschaftsministerkonferenz für einen prinzipiell lösungsorientierten und damit technologieoffenen Ansatz in der Innovationsförderung aus. Zur Erreichung sind Technologiekoooperationen unerlässlich und die vorhandenen Kräfte müssen gebündelt werden, um die hierfür benötigten Kompetenzen aufzubauen. Es muss Anspruch für einen souveränen Innovationsstandort Deutschland sein, auch kritische Schlüsseltechnologien zu beherrschen.

Durch Wechselwirkungen zwischen Innovation und Marktkräften entstehen Disruptionen, die zu einer sprunghaft steigenden Nachfrage mit marktverändernder Wirkung führen können. So vermögen Sprunginnovationen zu erheblichen Wettbewerbsvorteilen in den Unternehmen zu führen. Die Beherrschung neuer strategischer Technologien, beispielsweise in den Bereichen Quantentechnologien, Mikroelektronik, Fusionsenergie, Sensor-Intelligenz, Automatisierung, Erweiterte Realität, Blockchain, Cybersicherheit oder Robotik ist zudem Grundvoraussetzung für eine zukunftsfähige Industrie. Die Wirtschaftsministerkonferenz unterstützt die Anstrengungen des Bundes, auch zukünftig Sprunginnovationen gezielt zu fördern und in die industrielle Anwendung zu bringen.

Darüber hinaus bedarf es einer beschleunigten Umsetzung in allen Prozessen und schlanke Förderverfahren. Förderbürokratie muss auf das Notwendigste beschränkt werden. Bestehende Priorisierungsdefizite sind zu beseitigen und Proporz- und Gleichverteilungsprinzipien dürfen in der Förderauswahl keine Rolle spielen. Die Wirtschaftsministerkonferenz fordert eine stärkere Einbindung bei der geplanten Hightech-Agenda für Deutschland und die Priorisierung der Forschungs- und Innovationsförderung auf Schlüsseltechnologien. Darüber hinaus spricht sich die Wirtschaftsministerkonferenz für eine Stärkung der Forschungsinfrastrukturen an Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen und den wirtschaftsnahen Forschungseinrichtungen sowie für die Schaffung neuer Forschungseinrichtungen in

Schlüsseltechnologien aus. Bei Standortentscheidungen sollen regionale Vorfestlegungen alleine keine ausschlaggebende Rolle spielen.

8. Reallabore bieten Unternehmen und Forschungseinrichtungen die Möglichkeit, Innovationen zeitlich befristet unter möglichst realen Bedingungen zu erproben. Als Testräume für Innovation und Regulierung sind sie ein wichtiges Instrument, um den Transfer von neuen Technologien und Lösungen in die Anwendung zu erleichtern und zu beschleunigen und um regulatorisches Lernen zu ermöglichen. Reallabore können so dazu beitragen, dass regulatorische Rahmenbedingungen innovationsfreundlich ausgestaltet und umgesetzt werden. Die Wirtschaftsministerkonferenz begrüßt den Vorschlag für ein Reallabor-Gesetz, mit dem die Rahmenbedingungen für Reallabore verbessert werden sollen, und bittet den Bund, für eine schnelle Umsetzung zu sorgen. Darüber hinaus bittet die Wirtschaftsministerkonferenz den Bund, konsequent die Einführung neuer Experimentierklauseln in fachgesetzlichen Regelungen zu prüfen und umzusetzen, um so die rechtliche Grundlage zur Einrichtung weiterer Reallabore zu schaffen.

Beschluss
der Wirtschaftsministerkonferenz
am 4./5. Juni 2025
in Stuttgart

Punkt 4.6 der Tagesordnung:

Weiterentwicklung des Handlungskonzepts Stahl

Das Handlungskonzept Stahl wurde 2020 als Maßnahmenpaket zur Dekarbonisierung der Stahlproduktion in enger Zusammenarbeit mit der Industrie und den Gewerkschaften beschlossen. Die aktuellen wirtschaftlichen und geopolitischen Entwicklungen – darunter der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und die US-Zollpolitik – verdeutlichen, dass sich Deutschland und Europa widerstandsfähiger aufstellen müssen als 2020 noch gedacht. Energieintensive Grundstoffindustrien wie Stahl sowie Chemie-, Glas-, Zement- und Papierindustrie sind die Basis für nahezu alle Wertschöpfungsketten, insbesondere in den Bereichen Infrastruktur, Bau, Energieversorgung und Verteidigung sowie Automotive und Maschinen- und Anlagenbau. Um die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Stahlindustrie, aber auch der metallverarbeitenden Industrie und damit die Resilienz und Leistungsfähigkeit des Industriestandortes Deutschland insgesamt – auch während des Umbaus hin zur Klimaneutralität – zu sichern, besteht dringender politischer Handlungsbedarf. Diese Erkenntnis hat sich auch in den Initiativen der Europäischen Kommission zum Clean Industrial Deal und dem Steel and Metals Action Plan niedergeschlagen, mit denen weitere Maßnahmen zur Wiedererlangung der Wettbewerbsfähigkeit angekündigt werden.

Die Wirtschaftsministerkonferenz bittet die Bundesregierung, wie bereits im Nationalen Aktionsplan Stahl beim Nationalen Stahlgipfel 2024 gefordert, ein Sofortprogramm mit konkreten und tragfähigen Maßnahmen aufzulegen, um die weitere Umsetzung des

Handlungskonzepts Stahl voranzubringen. Aus Sicht der Wirtschaftsministerkonferenz müssen darin folgende Grundpfeiler enthalten sein:

1. **Wettbewerbsfähige Stromkosten:**

Die Wirtschaftsministerkonferenz weist auf den bei Energiekosten bestehenden Standortnachteil in Deutschland und die damit verbundenen Hürden für den schrittweisen Umbau zur Klimaneutralität hin, begrüßt, dass die Thematik im Koalitionsvertrag aufgegriffen wird und fordert die Bundesregierung auf, wettbewerbsfähige Strompreise für energieintensive Grundstoffindustrien wie Stahl sicherzustellen. Dazu bedarf es folgender Maßnahmen:

- Die Übertragungsnetzentgelte müssen durch Wiedereinführung eines ausreichenden Haushaltszuschusses mit Rückwirkung zum 1. Januar 2025 dauerhaft auf dem Niveau von 2023 stabilisiert werden.
- Wichtige Entlastungen, wie die Stromsteuersenkung und die CO₂-Strompreiskompensation über 2030 hinaus, müssen verstetigt werden. Die Bundesregierung sollte sich bei der Kommission im Rahmen des Reviews der Beihilfeleitlinien zur Strompreiskompensation dafür einsetzen, dass die Kompensationshöhe auch zukünftig einen ausreichenden Ausgleich für indirekte CO₂-Kosten bietet und dass die Strompreiskompensation für die Elektrostahlwerke in Verbindung mit der veränderten Zuteilungssystematik so bestimmt wird, dass ein vollumfänglicher Carbon-Leakage-Schutz gewährleistet ist.
- Strukturelle Lösungen für einen insgesamt wettbewerbsfähigen und planbaren Strompreis müssen umgesetzt werden. Dafür muss das Strommarktdesign konsequent auf die Nutzung erneuerbarer Energien ausgerichtet werden. Für die Übergangszeit sollte erneut die Einführung einer Dämpfung des Strompreises für energieintensive Unternehmen geprüft werden. Einen wichtigen Beitrag kann hier auch die Stärkung der Direktversorgung der Industrie mit erneuerbarem Strom, zum Beispiel durch Risiko-Absicherungen für Erneuerbare Energien-Langfristverträge (Power-Purchase-Agreements - PPA), leisten.

2. **Kraftwerke:**

Kurzfristig müssen über Ausschreibungen Anreize für den Bau von ausreichenden Backup-Kraftwerkskapazitäten sichergestellt sowie ein anschließender Kapazitätsmarkt etabliert werden, um die Stabilität der Stromversorgung zu sichern. Dadurch darf der Strom für industrielle Verbraucher jedoch nicht, etwa durch eine Umlage, weiter verteuert werden. In der Übergangszeit ist dafür auch der verstärkte Einsatz von Reservekraftwerken zur Stabilisierung und Senkung von Strompreiskosten zu prüfen. Gleichzeitig ist der bevorzugte Ausbau von H₂-ready-Gaskraftwerken an geeigneten Standorten notwendig, um eine sichere Wasserstoffversorgung sowie die sektorübergreifende Nutzung (Sektorenkopplung) zu gewährleisten.

3. **Konsequenter Handelsschutz:**

Mit Blick auf die aktuellen handelspolitischen und zolltarifären Konflikte müssen die Mitgliedstaaten der Europäischen Union geeint und zielorientiert handeln, vor allem um die Planungssicherheit der heimischen Stahlindustrie langfristig zu gewährleisten. Zudem wachsen die globalen Überkapazitäten und Handelsumlenkungen ungebremst, mit erheblichen Folgen für den EU-Stahlmarkt. Die Wirtschaftsministerkonferenz weist darauf hin, dass dringend ein dauerhaftes und effektives Nachfolgeinstrument für die im Sommer 2026 auslaufenden EU-Schutzklauselmaßnahmen (Safeguards) entwickelt werden muss, um die Stahlindustrie insbesondere während des Umbaus zur Klimaneutralität vor negativen Auswirkungen zu schützen. Die Wirtschaftsministerkonferenz bittet den Bund, sich bei der Kommission für eine zeitnahe, effektive Anschlussregelung einzusetzen, damit das Nachfolgeinstrument nahtlos im Juli 2026 eintreten kann. Zudem wird um ein konsequenteres Vorgehen gegen unfaire Importe in Form von Preisdumping und unerlaubten Subventionen gebeten. Es bedarf eines effektiven Einsatzes beziehungsweise einer Weiterentwicklung der bestehenden EU-Handelsschutzinstrumente (z. B. Anwendung einer „melt and pour“-Regel für den Ursprungsnachweis, mehr Verfahren aufgrund „drohender“ Schädigung).

4. **Wirksamer Carbon Leakage-Schutz:**

Die Stahlindustrie ist auf ein effektives und bürokratiearmes Carbon-Leakage-Schutz-Instrument angewiesen. Die Wirtschaftsministerkonferenz begrüßt die Ankündigung der

EU, den bürokratischen Aufwand zum Carbon Border Adjustment Mechanism (CBAM) zu reduzieren. Damit der CBAM wirksam ausgestaltet ist, sollte die Bundesregierung darauf hinwirken, Umgehungen zu unterbinden, den CBAM-Schutz auf nachgelagerte stahlintensive Produkte zu erweitern und CO₂-Kosten bei Exporten von Stahl und Produkten aus Stahl auszugleichen. Die Kommission muss jetzt den Ankündigungen im Steel and Metals Action Plan Taten folgen lassen und noch 2025 die entsprechenden Vorschläge vorlegen. Die Änderungen sollten unbedingt im Laufe des Jahres 2026 in Kraft treten.

5. Schaffung von Leitmärkten für emissionsarme Grundstoffe:

Mit marktwirtschaftlichen Anreizen lässt sich die Nachfrage nach emissionsarmen, anfänglich noch teureren Grundstoffen bei ihrem Markteintritt steigern. Die Wirtschaftsministerkonferenz macht deutlich, dass der Staat bei der öffentlichen Beschaffung eine Vorreiterrolle für Privatsektoren einnehmen sollte. Dabei sollte auf etablierte Labels und Standards aus der Industrie als belastbare Grundlage zurückgegriffen werden, wie etwa für Stahl auf den Low Emission Steel Standard (LESS) oder für Zement auf das VDZ-Label (CCC). Die Bundesregierung wird gebeten, auf europäischer Ebene eine konsequente Ausrichtung der Vergaberichtlinien auf nachhaltige und CO₂-arme Materialien in Verbindung mit European-Content-Mindestkriterien zu forcieren. Gerade vor dem Hintergrund eines Infrastruktur-Sondervermögens könnte die Bundesregierung Investitionen und die schrittweise Etablierung von Leitmärkten verknüpfen. Für Stahlmarktsegmente – wie die Automobilindustrie oder die Baubranche – sollte die Bundesregierung weitere Anreizsystematiken, beispielsweise steuerliche Instrumente, prüfen.

6. Rohstoffverfügbarkeit sichern:

Neben der Sicherstellung der Energieversorgung der hiesigen Grundstoffindustrien spielt für die Stahl- und Metallindustrie zunehmend die Versorgungssicherheit mit bezahlbaren, hochwertigen Schrotten eine besondere Rolle. Die Wirtschaftsministerkonferenz bittet die Bundesregierung, auf europäischer Ebene auf eine langfristige strategische Absicherung der Stahl- und Metallschrottverfügbarkeit hinzuarbeiten.

7. Mehr Pragmatismus und Flexibilität beim Wasserstoff:

Als potenziell großer Nachfrager kann die Stahlindustrie ein Anker für den Wasserstoffhochlauf sein – aber nur, wenn dieser bezahlbar und in bedarfsgerechten Mengen zur Verfügung steht. Bis dies der Fall ist, hält die Wirtschaftsministerkonferenz die vorübergehende Nutzung von Erdgas für einen pragmatischen Zwischenschritt, sofern die dafür vorzunehmenden technischen Änderungen eine spätere Umstellung auf (grünen) Wasserstoff inkludieren. Dies führt in der Stahlproduktion bereits zu einer CO₂-Senkung von circa 60 Prozent gegenüber der konventionellen Stahlherstellung. Parallel muss die Bundesregierung Maßnahmen ergreifen, um den Wasserstoffhochlauf zu beschleunigen. Zudem sollte statt einer strengen Farbenlehre der CO₂-Footprint des Energieträgers stärker im Vordergrund stehen. Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich bei der Kommission für eine Verlängerung der Übergangszeiträume der Grünstromkriterien einzusetzen (RED II Delegated Act). Erforderlich ist zudem der schnelle Aufbau eines möglichst eng vermaschten, europäischen Pipeline-Netzes, um Länder mit guten Bedingungen für eine kostengünstige Wasserstoffproduktion mit industriellen Abnehmern zu verbinden und zugleich die Einspeisung aus heimischer Produktion zu ermöglichen.

8. Förderinstrumente wirksam gestalten:

Die Wirtschaftsministerkonferenz weist darauf hin, dass sowohl laufende als auch künftige Förderprogramme zum Umbau der Industrie in Richtung Klimaneutralität auf nationaler und europäischer Ebene für eine Nutzung durch die Stahlbranche insgesamt sowie die mittelstandsgeprägte Stahl- und Metallindustrie wirksam gestaltet werden müssen – durch angemessene Zulassungskriterien, zweckdienliche Übergangslösungen, pragmatische, unbürokratische und mittelstandsgerechte Antragsverfahren sowie ausreichende Umsetzungsfristen. Bei der Ausgestaltung von Förderprogrammen sind sowohl die Bedarfe der Primär- als auch der Sekundärstahlroute zu berücksichtigen.

9. Die Wirtschaftsministerkonferenz bittet das BMWK, zur nächsten Amtschefskonferenz am 26. November 2025 über den Fortschritt der stahlpolitischen Bemühungen in Berlin und Brüssel zu berichten.

Table Briefings

Beschluss
der Wirtschaftsministerkonferenz
am 4./5. Juni 2025
in Stuttgart

Punkt 4.7 der Tagesordnung:

Resilienz und Zukunftsfähigkeit für die Automobilindustrie

1. Die Automobil- und Zulieferindustrie ist ein tragender Pfeiler unserer Wirtschaft. Sie soll auch in Zukunft ein Garant für Arbeitsplätze und Wertschöpfung in Deutschland sein. Angesichts der immensen transformativen Herausforderungen und dem sich verschärfenden internationalen Wettbewerb bedarf es deshalb einer entschlossenen industriepolitischen Initiative zum Erhalt und zur Weiterentwicklung dieses strategisch bedeutsamen Sektors.
2. Die Wirtschaftsministerkonferenz begrüßt die Vereinbarungen zur Unterstützung der Automobil- und Zulieferindustrie im von CDU, CSU und SPD beschlossenen Koalitionsvertrag für die 21. Legislaturperiode. Diese Vereinbarungen gilt es nun schnellstmöglich zu konkretisieren und in ein Maßnahmenbündel zur Unterstützung der Branche und für ein beschleunigtes Hochfahren der Elektromobilität zu überführen. Dabei ist ein Schwerpunkt auf die Ausgestaltung von wirksamen Kaufanreizen, die Unterstützung der von der Transformation nicht minder betroffenen Zulieferindustrie und eine Strategie zum Aufbau der Batteriezellfertigung inklusive der Rohstoffgewinnung, des Recyclings und des Maschinen- und Anlagenbaus in Deutschland zu legen.

3. Um international wettbewerbsfähig zu bleiben, müssen deutsche Automobilhersteller und Zulieferunternehmen ihre Kapazitäten für die Produktion von Elektrofahrzeugen signifikant ausweiten. Die Wirtschaftsministerkonferenz bekräftigt, dass dieser Prozess durch gezielte industriepolitische Maßnahmen zur Innovationsförderung, Infrastrukturentwicklung und Fachkräftesicherung begleitet und beschleunigt werden muss.
4. Die Wirtschaftsministerkonferenz bittet die Bundesregierung, die Wiedereinführung einer E-Auto-Prämie oder eines vergleichbaren Förderinstruments dringend zu prüfen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die ehemalige Förderung der Elektromobilität durch Kaufprämien (Umweltbonus) wesentlich zu deren Hochlauf beigetragen hat. Auch in Frankreich und Norwegen zeigt sich, dass eine konsequente Förderung, die die Anschaffungskosten senkt, maßgeblich zum Markterfolg beiträgt. Dabei sollten auch soziale Aspekte wie die Erschwinglichkeit für einkommensschwache Haushalte sowie die Elektrifizierung gewerblicher und öffentlicher Fahrzeugflotten berücksichtigt werden.
5. Die Förderung von Plug-In-Hybrid-Technologie (PHEVs) und Elektrofahrzeugen mit RangeExtender (EREV) verbunden mit einer entsprechenden Weiterentwicklung der Regulierung der Flottengrenzwerte auf europäischer Ebene kann einen wichtigen Beitrag dazu leisten, Verbraucherinnen und Verbrauchern im Übergang auf vollelektrische Fahrzeuge die „Reichweitenangst“ zu nehmen und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Automobil- und Zulieferindustrie zu stärken.
6. Die Wirtschaftsministerkonferenz bekennt sich klar zum Automobilstandort Deutschland und seinen Arbeitsplätzen. In diesem Zusammenhang begrüßt die Wirtschaftsministerkonferenz, dass auf EU-Ebene zusätzliche Flexibilität bei der Einhaltung der aktuell gültigen Vorgaben zu CO₂-Flottengrenzwerten eingeräumt wird. Der finanzielle Spielraum der Unternehmen für Investitionen in Innovation und Transformation darf nicht eingeschränkt werden. Die aktuell vorgesehene Flexibilisierung zur Erreichung der Flottengrenzwerte auf einen Erreichungszeitraum von drei Jahren ist hierbei ein guter Weg. Zudem muss aus Sicht der Wirtschaftsministerkonferenz auch die Überprüfung der CO₂-Reduktionsziele für schwere Nutzfahrzeuge vorgezogen und flexibilisiert werden.

7. Die Wirtschaftsministerkonferenz stellt fest, dass der Ausbau der Ladeinfrastruktur ein Schlüsselfaktor für den Erfolg der Elektromobilität ist. Er muss konsequent mit dem Ausbau erneuerbarer Energien und der Stromnetzinfrasturktur abgestimmt werden. Nur durch die intelligente Kopplung von Ladepunkten mit nachhaltiger Energieversorgung kann die Elektromobilität ihre volle klimapolitische Wirkung entfalten.
8. Die Wirtschaftsministerkonferenz bittet die Bundesregierung um einen Fortschrittsbericht für die nächste Amtschefskonferenz.

Table Briefings

Beschluss
der Wirtschaftsministerkonferenz
am 4./5. Juni 2025
in Stuttgart

Punkt 5.1 der Tagesordnung:

Weitere Ausgestaltung der Energiewende, einschließlich Netze, Versorgungssicherheit und Kraftwerke; insbesondere Bericht der Bundesregierung

Die Wirtschaftsministerkonferenz nimmt den Bericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie zur Kenntnis.

Table Briefings

Beschluss
der Wirtschaftsministerkonferenz
am 4./5. Juni 2025
in Stuttgart

Punkt 5.2 der Tagesordnung:

Wasserstoffqualität im Netz und deren Auswirkungen für Industrie und Mittelstand

Die Wirtschaftsministerkonferenz nimmt den Bericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie zur Kenntnis.

Table Briefings

Beschluss
der Wirtschaftsministerkonferenz
am 4./5. Juni 2025
in Stuttgart

Punkt 5.3 der Tagesordnung:

Lücken im Rechtsrahmen für Bidirektionales Laden schließen - Voraussetzungen im Stromnetz schaffen

1. Die Wirtschaftsministerkonferenz nimmt den Bericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWE) zur Kenntnis.
2. Aufbauend auf den ersten wichtigen Schritten zur Etablierung des bidirektionalen Ladens auf EU- und Bundesebene bittet die Wirtschaftsministerkonferenz die Bundesregierung im nächsten Schritt, das Gesetz zur Modernisierung und zum Bürokratieabbau im Strom- und Energiesteuerrecht weiter voranzutreiben und die Umsetzung der RED III in nationales Recht zu beschleunigen. Außerdem sollte der beim bidirektionalen Laden zwischengespeicherte Strom von Steuern, Umlagen und Abgaben vollständig befreit werden, um eine Doppelbelastung (z. B. Doppelbesteuerung von ein- und ausgespeistem Strom) zu verhindern. Gleichzeitig sind bestehende Rechtsunsicherheiten dringend zu beheben, um klare und verlässliche Rahmenbedingungen für Betreiber und Nutzer zu schaffen und Missbrauch zu vermeiden.
3. Die Wirtschaftsministerkonferenz bittet die Bundesregierung zudem um eine enge Begleitung und Beschleunigung der Etablierung der erforderlichen, herstellerübergreifenden Standards, um das technische Zusammenspiel von Systemkomponenten wie z. B. der Ladeeinrichtung und Ladetechnik, stationären Batteriespeichern, Wärme-

pumpen sowie erforderlicher Energiemanagementsysteme zu erreichen. Der avisierte Zeitplan der Normungs- und Standardisierungsinstitute bis 2028 sollte nach Ansicht der Wirtschaftsministerkonferenz nach Möglichkeit zügiger umgesetzt werden.

4. Die Wirtschaftsministerkonferenz bittet die Bundesregierung um grundsätzliche Anwendung des NOVA-Prinzips bei der Stromnetzplanung (Netz-Optimierung vor Verstärkung vor Ausbau). Hier bittet die Wirtschaftsministerkonferenz die Bundesregierung, dafür Sorge zu tragen, dass die vorhandenen Stromnetze schnellstmöglich digitalisiert und diese Daten zur flexiblen Steuerung einsetzbar werden.

Beschluss
der Wirtschaftsministerkonferenz
am 4./5. Juni 2025
in Stuttgart

Punkt 5.4 der Tagesordnung:

Schaffung des notwendigen Rahmens für Carbon Management

1. Die Wirtschaftsministerkonferenz bedankt sich für den Bericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWE) und nimmt diesen zur Kenntnis.
2. Die Wirtschaftsministerkonferenz begrüßt, dass die „Bundesförderung Industrie und Klimaschutz (BIK)“ weiterhin umgesetzt wird und dass bereits einige wichtige Vorarbeiten zur Schaffung eines notwendigen Rahmens für Carbon Management, wie im Bericht dargestellt wird, erfolgt sind. Wichtig ist, dass die bisherigen Vorarbeiten schnellstmöglich aufgegriffen, das Gesetzgebungsverfahren durchlaufen wird und die beschlossenen Änderungen rechtsgültig werden.
3. Die Wirtschaftsministerkonferenz betont im Hinblick auf die Erreichung der europäischen und nationalen Klimaziele die Bedeutung von Carbon Management als notwendige Ergänzung der Aktivitäten der deutschen Wirtschaft zur Vermeidung der Entstehung von Treibhausgasemissionen.
4. Die Wirtschaftsministerkonferenz verweist in diesem Zusammenhang auf die besondere Dringlichkeit der Schaffung des erforderlichen Rahmens, um – auch vor dem Hintergrund der Zeiträume für die Skalierung junger Technologien und den Aufbau neuer Logistik- und Wertschöpfungsketten – zügig Planungs- und Investitionssicherheit für Vorhaben im Bereich der Abscheidung, des Transports sowie der Nutzung und

Speicherung von Kohlendioxid zu gewährleisten. Dies gilt insbesondere auch für diejenigen innovativen Vorhaben, die im Rahmen von Bundesprogrammen gefördert werden sollen und deren Projektstart bei positiver Entscheidung sehr kurzfristig zu erwarten ist. Betroffen sind hier zum Beispiel aktuelle Anträge im Förderprogramm „Bundesförderung Industrie und Klimaschutz (BIK)“ Modul 2 (Förderung von CCU und CCS) und Gebote in einer künftigen zweiten Gebotsrunde für Klimaschutzverträge.

5. Die Wirtschaftsministerkonferenz bittet deshalb die Bundesregierung um zügige Wiederaufnahme der Rechtsetzungsverfahren zur Novellierung des Kohlendioxid-Speicherungsgesetzes (KSpG) und zur Ratifikation der EntschlieÙung LP.3(4) sowie zur Abgabe einer Erklärung zur vorläufigen Anwendung nach EntschlieÙung LP.5(14) durch die Bundesrepublik Deutschland über die Änderung des Artikels 6 des Protokolls vom 7. November 1996 zum Übereinkommen über die Verhütung der Meeresverschmutzung durch das Einbringen von Abfällen und anderen Stoffen von 1972 (Londoner Protokoll). Zudem sollte die Bundesregierung mit potenziellen Partnerländern, wie etwa Norwegen, den Niederlanden, Dänemark, Schottland etc., bilaterale Abkommen schließen, um die dauerhafte Speicherung im tiefen Untergrund unter dem Meeresboden zum Beispiel der Nordsee zu ermöglichen.
6. Die Wirtschaftsministerkonferenz bittet die Bundesregierung, parallel zur Schaffung des erforderlichen Rechtsrahmens, um Ausbau und Verstärkung der Förderkulisse des Bundes für Innovations- und Investitionsvorhaben im Bereich Carbon Management. Insbesondere wird die unterbrechungsfreie und konsistente Fortführung der BIK angeregt. Des Weiteren bittet die Wirtschaftsministerkonferenz um einen zügigen Start der zweiten Gebotsrunde für Klimaschutzverträge, für die seit März 2025 die beihilferechtliche Genehmigung der Kommission vorliegt und die auch Vorhaben im Bereich Carbon Management umfassen soll.
7. Die Wirtschaftsministerkonferenz bittet die Bundesregierung, bei der Fortentwicklung des Rahmens für Carbon Management eventuelle Anpassungsbedarfe in weiteren Rechtsetzungsvorhaben, Förderrichtlinien und politischen Strategien zu berücksichtigen und für entsprechende Konsistenz zu sorgen.

8. Die Wirtschaftsministerkonferenz bittet die Bundesregierung um eine Beteiligung der Länder am Dialogprozess mit Stakeholdern zum Thema Carbon Management.
9. Die Wirtschaftsministerkonferenz bittet das BMWK zur Amtschefskonferenz am 26. November 2025 um Vorlage eines Berichts zum Stand der Novellierung des Kohlendioxid-Speicherungsgesetzes, der Zustimmung zu den Änderungen des Londoner Protokolls, der Planungen für die zweite Gebotsrunde für Klimaschutzverträge sowie der weiteren Erarbeitung der Carbon Management Strategie.

Table Briefings

Beschluss
der Wirtschaftsministerkonferenz
am 4./5. Juni 2025
in Stuttgart

Punkt 5.5 der Tagesordnung:

Novellierung des Gesetzes zur Steigerung der Energieeffizienz in Deutschland (Energieeffizienzgesetz - EnEfG)

1. Die Wirtschaftsministerkonferenz fordert die neue Bundesregierung auf, auf Grundlage der bereits erfolgten Abstimmung mit den Ländern eine grundlegende Novellierung des Energieeffizienzgesetzes (EnEfG) vorzunehmen.
2. Die Wirtschaftsministerkonferenz hebt dabei insbesondere folgende Handlungsfelder hervor:
 - Klarstellung des Begriffes „öffentliche Stelle“:
Dieser ist zu präzisieren, damit eindeutig definiert wird, welche Institutionen darunterfallen.
 - Anpassung an die Vorgaben der Energie-Effizienz-Richtlinie (EED):
Eine Harmonisierung mit der EED ist wichtig, um die Konformität Deutschlands mit den europäischen Normen zu gewährleisten und die globale Wettbewerbsfähigkeit nicht zu beeinträchtigen. Folgende Maßnahmen sind dabei von besonderer Bedeutung:
 - Bezugnahme des Einsparziels auf alle öffentlichen Stellen gemeinsam wie in Artikel 5 Absatz 1 EED statt individueller Betrachtung jeder einzelner öffentlichen Stelle in § 6 Absatz 1 EnEfG.

- Anpassung der dynamischen Verweisung auf die Neufassung der EED in § 6 Absatz 7 Satz 1 EnEfG, um eine rechtssichere Verordnungsermächtigung zu schaffen, unter Beibehaltung der Formulierung des § 6 Absatz 1 Satz 2 EnEfG „Als Referenz werden die Endenergieverbräuche aus dem jeweiligen Vorjahr herangezogen“.
- Anpassung der Verpflichtungen für Energie- und Umweltmanagementsysteme (EMS/UMS): Abschaffung der Verpflichtung zur Einrichtung von EMS/UMS für öffentliche Stellen und Anpassung des Schwellenwerts in § 8 EnEfG auf rund 23,6 GWh (Wertangabe gemäß EED) für die Verpflichtung zur Einrichtung von EMS/UMS in Unternehmen.
- Anpassung der Umsetzungsfrist: Eine Anpassung der Fristen ist zwingend erforderlich, da schon jetzt die gesetzten Fristen zur Umsetzung im EnEfG überschritten wurden. Insbesondere muss entsprechend den Vorgaben in der EED die Verwendung von Schätzdaten für die Verbrauchsdaten der öffentlichen Stellen bis 2027 im EnEfG gesetzlich festgehalten werden. Selbiges gilt für die Implementierungsfrist von EMS/UMS für Unternehmen, die laut EED noch bis zum 11. Oktober 2027 läuft.
- Energieverbrauchsregister (EVR):
Die Nutzung des EVR durch die öffentlichen Stellen und Kommunen der Länder muss so einfach und unbürokratisch wie möglich gestaltet werden. Das in Erarbeitung befindliche EVR muss ein Rollen- und Rechtemanagement für die Bundesländer integrieren. Die Möglichkeit der Datenmeldung der Länder sowie deren öffentlichen Stellen und Kommunen über das EVR muss im EnEfG gesetzlich festgehalten werden.

Beschluss
der Wirtschaftsministerkonferenz
am 4./5. Juni 2025
in Stuttgart

Punkt 5.6 der Tagesordnung:

Markthochlauf Wasserstoff - für Industrie und Energiewirtschaft beschleunigen

1. Die Wirtschaftsministerkonferenz betrachtet den beschleunigten Hochlauf einer Wasserstoffwirtschaft als zentralen Baustein einer resilienten und zukunftsfesten Sicherung des Wirtschaftsstandorts Deutschland. Neben dem Aufbau einer heimischen Produktion bilden Wasserstoff-Importe hierfür eine starke Säule. Die vor diesem Hintergrund insbesondere mit der Initiierung des Wasserstoffkernnetzes und erster internationaler Lieferabkommen bereits erzielten Fortschritte beim Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft in Deutschland werden ausdrücklich begrüßt. Die Wirtschaftsministerkonferenz unterstreicht, dass weitere entscheidende Schritte hin zu einem wettbewerbsfähigen Wasserstoffmarkt erforderlich sind. Es gilt, zügig die erforderlichen Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass Bremsen gelöst und Maßnahmen beschleunigt werden können. Dazu zählt insbesondere auch die zeitnahe Umsetzung des EU-Gas- und Wasserstoffbinnenmarktpakets.
2. Für den schnellen Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft in Deutschland wird eine preisgünstige, sichere und umweltverträgliche Wasserstoffversorgung aus verschiedenen Herkunft und Quellen benötigt, die sich auf einen liquiden internationalen Markt mit handelsfähigen und normierten Wasserstoffprodukten stützt. Langfristiges Ziel bleibt die Umstellung auf grünen Wasserstoff, der vor allem aus Importen, aber mit einem deutlich wachsenden Anteil erneuerbarer Energien auch aus lokaler Wasserstofferzeugung im Inland stammen kann.

3. Die Wasserstoff-Hochlaufphase hat in der deutschen Energiewirtschaft und Industrie mit den IPCEI- und KUEBLL-Förderungen von Bund und Ländern in den Jahren 2023 und 2024 begonnen. Viele Projekte befinden sich schon in der konkreten Genehmigungsphase oder sogar in der baulichen Umsetzung. Zusammen mit der Bestätigung des Wasserstoff-Kernetzes vom Herbst 2024 sowie aktuell laufenden europäischen und bundesdeutschen Förderprogrammen, wie z. B. der Europäischen Wasserstoffbank, H2Global oder den Klimaschutzverträgen wurden wesentliche Leitplanken in dieser ersten Phase gesetzt. Soll der Hochlauf in Richtung wasserstoffbasierte Wirtschaft schnell erfolgen, ist diese erste Phase spätestens mit dem Aufbau und der Inbetriebnahme des Wasserstoff-Kernetzes bis 2032 abzuschließen. Die Wirtschaftsministerkonferenz bittet die Bundesregierung zu prüfen, inwieweit neben den bereits genannten Instrumenten die Beimischung von Grüngas oder die Etablierung grüner Leitmärkte den Wasserstoffhochlauf kosteneffizient in die nächste Phase überführen kann. Sie bitten die Bundesregierung, auf der nächsten Wirtschaftsministerkonferenz ihre Überlegungen zu diesen genannten Instrumenten vorzustellen.
4. Um für Deutschland bis 2032 global die Rolle eines führenden Wasserstoffakteurs abzusichern und einen Innovationsvorsprung für die wasserstoffbasierten Produkte und Dienstleistungen zu generieren, werden vor allem in dieser Zeit hohe Investitionen und aufgrund der laufenden Umstellung auf Wasserstoff auch hohe Betriebskosten anfallen. In dieser Phase gilt es, die Unternehmen sowohl im CAPEX- als auch im OPEX-Bereich förderseitig zu unterstützen. Eine wichtige Rolle spielt dabei auch der von der Kommission angekündigte neue Rahmen für staatliche Beihilfen für den Deal für eine saubere Industrie, um die Genehmigung von staatlichen Beihilfen für die Einführung erneuerbarer Energien, die Dekarbonisierung der Industrie und die Sicherstellung ausreichender Kapazitäten für saubere Technologien zu beschleunigen. Dies soll Anreizeffekte für künftige marktwirtschaftliche Lösungen bieten.
5. Die Wirtschaftsministerkonferenz unterstreicht, dass Deutschland als starker Wasserstoffakteur die Interessen der Wasserstoffwirtschaft auf EU-Ebene aktiv vertreten und Empfehlungen für eine flexiblere und pragmatischere Ausgestaltung des europäischen Rahmens für grünen und kohlenstoffarmen Wasserstoff (z. B. Erneuerbare-Energien-Richtlinie III - RED III) unterbreiten muss. Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich

bei der Kommission für eine Prüfung der Verlängerung der Übergangszeiträume der Grünstromkriterien (RED II Delegated Act) sowie den raschen Ausbau einer grenzüberschreitenden Wasserstoffinfrastruktur in Europa einzusetzen, damit insbesondere Industrie und Energiewirtschaft kosteneffizient (grünen) Wasserstoff beziehen können. Auf diese Weise soll auch sichergestellt werden, dass erforderliche Einfuhren aus Drittstaaten und aus Grenzregionen nicht durch zu strenge Vorgaben gehemmt werden, während gleichzeitig die lokale Wasserstoffproduktion ihre Wettbewerbsfähigkeit nicht verlieren darf. Ziel sollte auch mit Blick auf die Delegierte Verordnung für erneuerbaren Wasserstoff ein europäisch harmonisiertes Herkunftsnachweissystem mit geringem Dokumentationsaufwand sein.

6. In der vergangenen Legislaturperiode wurden mit der Netzentwicklungsplanung für das Wasserstoff-Kernnetz, der Festlegung des Rahmens für eine integrierte Netzentwicklungsplanung Gas und Wasserstoff und dem Finanzierungsmodell über ein Amortisationskonto die Rahmenbedingungen für die Entwicklung einer grundlegenden Wasserstoffinfrastruktur geschaffen. Die Bundesregierung wird gebeten, jetzt die nötigen Weichenstellungen für zusätzliche Transport- und Verteilnetzinfrastrukturen abseits des Kernnetzes, den Anschluss von zukünftigen H₂-Ready-Gaskraftwerken sowie für die Entwicklung von Wasserstoffspeichern vorzunehmen. Die Wirtschaftsministerkonferenz betont, dass Wasserstoffverteilstetze eine unverzichtbare Ergänzung zum Kernnetz darstellen, um die Versorgung in der Fläche zu ermöglichen. Die Bundesregierung wird gebeten, die hierfür notwendigen gesetzlichen und regulatorischen Anpassungen vorzunehmen, die erforderlichen Planungsprozesse mit der bestehenden Netzplanung zu verzahnen, sowie zeitnah einen Finanzierungsrahmen für Wasserstoffverteilstetze zu schaffen. Letzterer muss Planungssicherheit für Netzbetreiber, Kommunen und Investoren gewährleisten und eine integrierte Netzplanung mit dem Kernnetz unter Berücksichtigung der Gasnetzgebietstransformationspläne sicherstellen. Auf europäischer Ebene ist zudem ein Einsatz der Bundesregierung für einen funktionierenden Wasserstoffbinnenmarkt mit einer harmonisierten Netzentgeltbildung bei grenzüberschreitenden Wasserstofftransporten notwendig. Darüber hinaus sind netzseitig auch innovative technologische Lösungen wie Membranverfahren als Brückentechnologie zu

berücksichtigen. Dies kann den parallelen Betrieb von Erdgas- und Wasserstoffinfrastrukturen während der Transformationsphase unterstützen.

7. Die Wirtschaftsministerkonferenz betont, dass für den Erhalt der Versorgungssicherheit und die Umsetzung des Kohleausstiegs ein zügiger und angemessen dimensionierter Zubau an wasserstofffähigen Gaskraftwerken als steuerbare Back-up-Kapazität essentiell ist. Neben der Entwicklung industrieller Wasserstoffbedarfe stellt damit auch die Energiewirtschaft eine wesentliche Säule für den Wasserstoffhochlauf dar.
8. Verstärkte internationale Kooperationen für den Wasserstoffhochlauf sind erforderlich, um die Versorgung der heimischen Wirtschaft mit Wasserstoff und seiner Derivate zu sichern. Die Wirtschaftsministerkonferenz fordert den Bund auf, wirtschaftliche und verlässliche Partnerschaften konsequent und noch schneller auszubauen und entsprechende Handelsbeziehungen zu festigen, um internationale Lieferketten, Märkte und Technologien im Bereich grüner Wasserstoff und seiner Derivate zu stärken.
9. Die Wirtschaftsministerkonferenz bedauert die durch haushaltsseitige Einschränkungen zurückgefahrne Förderung für die Wasserstoffmobilität und ihrer Infrastruktur. Sie fordert die Bundesregierung auf, die Förderung durch neue Programme wiederaufzunehmen und insbesondere die Dekarbonisierung des Schwerlastverkehrs erneut zu stärken. Für einen erfolgreichen Hochlauf in der Mobilität sollten Hemmnisse wie die Förderschädlichkeit bei Zugänglichmachung betriebseigener Tankstellen oder die uneinheitliche Besteuerung von Wasserstoffantriebsarten aufgelöst werden.

Beschluss
der Wirtschaftsministerkonferenz
am 4./5. Juni 2025
in Stuttgart

Punkt 6 der Tagesordnung:

Leichtbau als Schlüsseltechnologie in Strategien, Programmen und Maßnahmen des Bundes

1. Die Wirtschaftsministerkonferenz nimmt den Bericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWE) zur Kenntnis.
2. Die Wirtschaftsministerkonferenz begrüßt, dass die Förderung von Leichtbautechnologien, additiver Fertigung und 3D-Druck auch weiterhin zu den politischen Zielsetzungen auf Bundesebene zählt – ein wichtiges Signal, das nun mit konkreten Maßnahmen hinterlegt werden sollte. Auch die bestehenden Aktivitäten zur Umsetzung der Leichtbaustrategie des Bundes sowie die Ankündigung einer Fortschreibung zentraler Rahmenbedingungen werden ausdrücklich gewürdigt. Zugleich unterstreicht die Wirtschaftsministerkonferenz, dass angesichts aktueller industrie- und klimapolitischer Herausforderungen ein deutlich höheres Ambitionsniveau erforderlich ist.
3. Die Wirtschaftsministerkonferenz betont die besondere Rolle des Leichtbaus als Schlüsseltechnologie zur Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, zur Stärkung von Innovationskraft und Resilienz industrieller Wertschöpfungsketten sowie zur Erreichung nationaler und europäischer Klima- und Ressourcenschutzziele. Durch innovative Werkstoffe, Konstruktionen und Fertigungsverfahren, wie Additive Fertigung/ 3D-Druck, ermöglicht Leichtbau deutliche Material- und Energieeinsparungen entlang des gesamten Lebenszyklus von Produkten und bietet zugleich Antworten auf

Herausforderungen wie Rohstoffknappheit, geopolitische Abhängigkeiten und hohe Energiekosten.

4. Die Wirtschaftsministerkonferenz unterstreicht, dass Leichtbau als industriepolitische System- und Querschnittstechnologie eine zentrale Kompetenz für die Transformation von Schlüsselbranchen wie der Automobilindustrie, der Luft- und Raumfahrt, der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie, dem Maschinenbau, der Bauwirtschaft, dem Schiffbau, der Medizintechnik sowie der Werkstoff- und Grundstoffindustrie ist. Insbesondere für die mittelständisch geprägte Zulieferindustrie ist die frühzeitige Einbindung in den technologischen Entwicklungen zukunftsichernd. Dies wird durch eine wissenschaftliche Expertise in der deutschen Hochschullandschaft sowie insbesondere in den Großforschungseinrichtungen flankiert. Hierfür sind aus Sicht der Wirtschaftsministerkonferenz geeignete politische Maßnahmen und Förderinstrumente notwendig, um den Technologietransfer zu unterstützen und die Innovationsfähigkeit der Industrie und ihrer Zulieferstrukturen zukunftsicher zu gestalten. Darüber hinaus empfiehlt die Wirtschaftsministerkonferenz der Bundesregierung die Unterstützung länderübergreifender Forschungs- und Industriekooperationen insbesondere mit Blick auf Europäische Förderinitiativen.
5. Die Wirtschaftsministerkonferenz teilt die Einschätzung des kürzlich veröffentlichten Positionspapiers des Strategiebeirats der Initiative Leichtbau¹, wonach Leichtbau eine unverzichtbare Grundlage für Innovationen in diesen Kernbranchen darstellt und ein maßgeblicher Treiber für technologische Souveränität und nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und Europas ist. Leichtbau ist nicht nur eine Technologie, sondern eine Denkweise, die systemübergreifend Ressourceneffizienz, Klimaschutz, Kreislaufwirtschaft und nachhaltige Produktion miteinander verbindet. Daraus ergibt sich für das BMW Group ein klarer Handlungsauftrag, die Rahmenbedingungen für Entwicklung, Anwendung und Skalierung von Leichtbaulösungen nachhaltig zu sichern.

¹ <https://leichtbau-bw.eu/wp-content/uploads/2025/01/Positionspapier-des-Strategiebeirats-der-Initiative-Leichtbau.pdf>

6. Die Wirtschaftsministerkonferenz erneuert mit Nachdruck ihre bereits im Beschluss vom 21. November 2024 erhobene Forderung, die Geschäftsstelle der Initiative Leichtbau sowie zentrale Informations- und Austauschformate wie den Lightweighting Summit und den Leichtbauatlas über das Jahr 2025 hinaus dauerhaft und verlässlich zu finanzieren und weiterzuentwickeln. Sie begrüßt ausdrücklich, dass die Fortführung der Geschäftsstelle derzeit vorgesehen ist, und würdigt deren Bedeutung als zentrale Anlauf- und Koordinierungsstelle insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen. Diese Formate tragen maßgeblich dazu bei, die Sichtbarkeit des Leichtbaus als Schlüsseltechnologie auf Bundesebene zu sichern, branchenübergreifende Innovations- und Wertschöpfungspartnerschaften zu fördern und die notwendige Verzahnung von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik herzustellen. Zugleich weist die Wirtschaftsministerkonferenz darauf hin, dass die Finanzierung der Geschäftsstelle zwar derzeit bis 2026 vorgesehen ist, eine darüber hinausgehende Verstetigung jedoch offen bleibt. Vor dem Hintergrund der Notwendigkeit verlässlicher politischer und organisatorischer Rahmenbedingungen für den Leichtbau erwartet die Wirtschaftsministerkonferenz, dass das BMWK hierzu zeitnah Planungssicherheit schafft und die strukturelle Verstetigung konsequent vorantreibt.
7. Die Wirtschaftsministerkonferenz bekräftigt zudem ausdrücklich ihre bereits mehrfach vorgebrachte Forderung, das Technologietransfer-Programm Leichtbau (TTP LB), das 2023/2024 aufgrund des Wegfalls des Klima-Transformations-Fonds (KTF) gestoppt wurde, kurzfristig zu reaktivieren und bedarfsgerecht weiterzuentwickeln. Hierfür hält die Wirtschaftsministerkonferenz einen jährlichen Haushaltsanschlag von 130 Millionen Euro für angemessen. Gerade kleine und mittlere Unternehmen benötigen gezielte Unterstützung, um Leichtbaulösungen wirtschaftlich umzusetzen und neue Geschäftsmodelle zu erschließen. Im Einklang mit den Zielen des Clean Industrial Deals der EU ist die Wirtschaftsministerkonferenz der Auffassung, dass das TTP LB künftig noch stärker auf Materialeffizienz ausgerichtet werden muss, um eine ressourcenschonende und nachhaltige Industrie zu fördern. Dies würde nicht nur die industrielle Wettbewerbsfähigkeit steigern, sondern auch den Übergang zu einer effizienteren Kreislaufwirtschaft vorantreiben.

8. Die Wirtschaftsministerkonferenz begrüßt, dass eine erste Evaluation der Leichtbaustrategie des Bundes durchgeführt wurde. Sie sieht darin eine wichtige Grundlage, um die bisherige Umsetzung zu reflektieren und Impulse für die Weiterentwicklung der Förderpolitik im Bereich Leichtbau und Materialeffizienz zu gewinnen. Aus Sicht der Wirtschaftsministerkonferenz ist es dabei besonders wichtig, bestehende Instrumente nicht nur zu bilanzieren, sondern auch auf neue Erfordernisse auszurichten – etwa im Hinblick auf Digitalisierung, Reallabore, Kreislaufwirtschaft oder industrielle Anwendungsnähe. Zugleich bleibt unklar, in welchem Umfang konkrete Schlussfolgerungen und weiterführende Handlungsempfehlungen aus der Evaluation abgeleitet wurden. Vor diesem Hintergrund sieht die Wirtschaftsministerkonferenz weiterhin die Notwendigkeit, Leichtbau systematisch in andere ressortübergreifende Strategien und Programme des Bundes einzubinden – etwa in die Nationale Kreislaufwirtschaftsstrategie, die Rohstoffstrategie, die Carbon Management-Strategie oder industriepolitische Innovationsprogramme. Auch die Relevanz des Leichtbaus im Rahmen europäischer Förderinstrumente – wie etwa der Plattform für strategische Technologien für Europa (STEP) – sollte gezielt geprüft und genutzt werden.
9. Darüber hinaus bittet die Wirtschaftsministerkonferenz das BMW, den aktuell laufenden Designprozess für ein IPCEI „Circular Advanced Materials“ (CAM) aufmerksam zu begleiten, aktiv zu unterstützen und insbesondere darauf hinzuwirken, dass sich Deutschland an dieser europäischen Initiative beteiligt. Dabei sollte das BMW frühzeitig geeignete deutsche Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Industrieverbände in den Prozess einbinden und bei einer möglichen Antragstellung koordinierend unterstützen. Der inhaltliche Fokus des IPCEI CAM auf Ressourceneffizienz, Kreislauffähigkeit und innovative Materialien bietet aus Sicht der Wirtschaftsministerkonferenz einen engen Anknüpfungspunkt zu Leichtbauanwendungen in industriellen Schlüsselbranchen.
10. Die Wirtschaftsministerkonferenz bittet das BMW, in der nächsten Sitzung der Amtschefskonferenz im Herbst 2025 über die weitere Entwicklung des Themas Leichtbau, insbesondere die geplanten Maßnahmen zur Weiterentwicklung der Leichtbaustrategie des Bundes sowie mögliche weitere Schritte zur Förderung dieser Schlüsseltechnologie, zu berichten.

Beschluss
der Wirtschaftsministerkonferenz
am 4./5. Juni 2025
in Stuttgart

Punkt 7 der Tagesordnung:

Rahmenbedingungen für die sicherheitsrelevante Verteidigungsindustrie weiterentwickeln

Die Wirtschaftsministerkonferenz begrüßt den Beschluss des Deutschen Bundestages zur Grundgesetzänderung vom 18. März 2025 zur Änderung der Schuldenbremse als große politische Leistung. Mit dieser wurde es möglich, Verteidigungsausgaben ab einer bestimmten Höhe von den Regeln der Schuldenbremse auszunehmen sowie ein Sondervermögen in Höhe von 500 Milliarden Euro für Investitionen in die Infrastruktur einzurichten. Diese Regelungen bilden die Grundlage für weitere rasche und notwendige Maßnahmen zur Weiterentwicklung der Rahmenbedingungen für die sicherheitsrelevante Verteidigungsindustrie. Gleichzeitig hat sich die geopolitische Lage aufgrund der Entscheidungen der US-Administration unter Präsident Trump dynamisch und zunehmend unvorhersehbar weiterentwickelt. Dies macht es erforderlich, die Verteidigungsfähigkeit Europas eigenständig und selbstbewusst auszubauen.

1. Die Wirtschaftsministerkonferenz nimmt den Bericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWE) zur Kenntnis und begrüßt die am 4. Dezember 2024 von der Bundesregierung beschlossene nationale Sicherheits- und Verteidigungsindustriestrategie. Es wird erwartet, dass die Priorisierung relevanter Handlungsfelder in konkrete, ressortübergreifende Maßnahmenpakete überführt und von der Bundesregierung fortgeführt sowie weiterentwickelt wird. Die im Bericht des BMWE

dargestellten Punkte weisen bereits wesentliche Fortschritte in die von der Wirtschaftsministerkonferenz geforderte Richtung auf.

2. Die Wirtschaftsministerkonferenz betrachtet die weitere Verschärfung der geopolitischen Situation mit großer Sorge. Im Vergleich zu den mittel- und osteuropäischen Staaten bleibt das bisher erreichte Niveau der Verteidigungsfähigkeit in den westeuropäischen Demokratien stärker hinter den Erfordernissen zurück. Grundsätzlich ist aus Sicht der Wirtschaftsministerkonferenz eine gesamteuropäische Verteidigungsfähigkeit sicherzustellen. Die Zusammenarbeit auf allen Ebenen zur Stärkung einer leistungsfähigen europäischen Verteidigungsindustrie ist zu intensivieren.
3. Die Wirtschaftsministerkonferenz bewertet den Beschluss des Deutschen Bundestages vom 18. März 2025, wonach Verteidigungs- und bestimmte sicherheitspolitische Ausgaben ab einer bestimmten Höhe künftig nicht mehr auf die Schuldenregel des Grundgesetzes anzurechnen sind, als notwendigen großen Schritt und Chance zur Stärkung der Verteidigungsfähigkeit. Daraus soll sich auch eine verstärkte Beteiligung und Stärkung der nationalen Verteidigungsindustrie ergeben. In diesem Zusammenhang erwartet die Wirtschaftsministerkonferenz, dass nationale Wirtschaftsunternehmen sowie europäische Partner in raschen und unbürokratischen Vergabeverfahren einbezogen werden.
4. Die Wirtschaftsministerkonferenz ist der Auffassung, dass die von der Kommission vorgelegte „European Defence Industrial Strategy (EDIS)“ sowie das „European Defence Industrial Programme (EDIP)“ zur Umsetzung dieser Strategie ein konzertiertes Vorgehen Europas zur Erreichung einer leistungsfähigen europäischen Verteidigungsindustrie ermöglichen. Die Wirtschaftsministerkonferenz erwartet, dass die bisher geführten Gespräche von der neuen Bundesregierung fortgesetzt und intensiviert werden. Die Umsetzung der Strategien und Programme muss dabei sehr zeitnah erfolgen und möglichst bürokratiearm ausgestaltet werden. Entscheidend ist dabei unter anderem, dass die EDIP-Verordnung nicht nur die klassischen Rüstungsgüter berücksichtigt, sondern auch die sogenannten Dual-Use-Anwendungen.

5. Vor dem Hintergrund der nationalen Anstrengungen zur Finanzierung einer eigenständigen Verteidigungsfähigkeit fordert die Wirtschaftsministerkonferenz, dass die Fördervorhaben der EU auch den deutschen Unternehmen, insbesondere den KMU, Scale-ups und Start-ups zugänglich gemacht werden. Die Aussage von Verteidigungskommissar Andrius Kubilius, wonach die Kommission Anreize für verteidigungsbezogene Investitionen schaffen und Innovationen im Bereich der Verteidigungstechnologien unterstützen wolle, wird ausdrücklich begrüßt. Ebenso begrüßt die Wirtschaftsministerkonferenz die Einbeziehung von Dual-Use-Anwendungen, die Erweiterung des Digital-Europe-Programms sowie die Öffnung von Mitteln aus dem Kohäsionsfonds und dem kommenden Omnibus-Paket – als wichtige Umsetzungsschritte.
6. Die Wirtschaftsministerkonferenz fordert, die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie durch langfristig planbare Beauftragungen zu steigern. Gleichzeitig ist der Abbau von Hemmnissen und der Ausbau von Kooperationen in der Sicherheits- und Verteidigungsforschung notwendig.
7. Die Wirtschaftsministerkonferenz betrachtet die im Bericht des BMWV geäußerte Erwartung, dass die für die Stärkung der Verteidigungsfähigkeit erforderlichen Beschaffungen aus dem Einzelplan 14 des Bundesministeriums für Verteidigung (BMVg) weitaus zügiger in Angriff genommen werden können, als sehr ambitioniert und betont, dass die bestehenden Umsetzungsdefizite mit den aktuellen Finanzierungserleichterungen und weiteren zielgerichteten Aktivitäten der neuen Bundesregierung rasch beseitigt werden müssen.
8. Die Wirtschaftsministerkonferenz begrüßt die bisherigen Entlastungspakete des BMWV, um die Bearbeitung von Ausfuhrgenehmigungen durch das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) zu beschleunigen. Aus Sicht der Wirtschaftsministerkonferenz sind die für die Rüstungsexportkontrolle zur Verfügung stehenden Kapazitäten aber immer noch nicht ausreichend. Ziel muss es sein, eine schnellere und vereinfachte Genehmigungspraxis nachhaltig zu etablieren.

9. Die Wirtschaftsministerkonferenz fordert das BMWK und die Bundesregierung auf, den engen Kontakt mit Unternehmen der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (SVI) fortzusetzen und bittet dabei um eine enge Einbindung der Länder. Aus Sicht der Wirtschaftsministerkonferenz ist es notwendig, bei öffentlichen Aufträgen mehr Planungssicherheit zu gewährleisten, indem zum Beispiel bereits vergebene Aufträge rasch abgerufen werden. Zudem müssen die Beschaffungsprozesse der Bundeswehr weiter beschleunigt und vergaberechtliche Spielräume auch für KMU, Scale-ups und Start-ups ausgeschöpft werden.
10. Die Wirtschaftsministerkonferenz fordert das BMWK und das BMVg dazu auf, gegebenenfalls unter Einbindung weiterer Bundesressorts, branchenübergreifende Vernetzung und Innovation zu fördern und zu unterstützen, um den Anforderungen der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie als Querschnittsbranche gerecht zu werden. Hierbei soll ein effektiver Wissens- und Technologietransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft insbesondere im Bereich von Hochtechnologien, wie beispielsweise digitalen Zukunfts- und Quantentechnologien oder der Luft- und Raumfahrttechnik ermöglicht werden. Hierfür kann auf bestehende Technologiezentren und Innovationscluster in den Ländern aufgesetzt werden.
11. Die Wirtschaftsministerkonferenz erkennt den Bedarf an umfassenden Konzepten für die Sicherheit einer zivilen demokratischen Gesellschaft. Diese Konzepte müssen über die bisherigen Maßnahmen wie OPLAN DEU, die Gesamtverteidigungsrichtlinie oder KRITIS hinausgehen und die Zusammenarbeit von Wirtschaft, Verbänden, Zivilgesellschaft, Blaulichtorganisationen sowie der Bundeswehr stärken. Ferner erwartet die Wirtschaftsministerkonferenz von der Bundesregierung eine wirtschaftsorientierte Konzeption bei anstehenden Umsetzungen von Wehr- und Reservedienst sowie weiteren Aufgaben und Verpflichtungen der Wirtschaft im Krisen- und Ernstfall. Eine offene und sensibilisierende Kommunikation, die den Einsatz der Wirtschaft zugunsten der Sicherheit des Staates fördert, ist hierfür unerlässlich.
12. Die Wirtschaftsministerkonferenz begrüßt die bisher angestoßenen Anpassungen im Bereich der Finanzmärkte zur Unterstützung der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie sowie den vorgesehenen vereinfachten Kapitalzugang. Sie hält es jedoch für notwendig,

weitere Maßnahmen zu ergreifen, um teilweise immer noch bestehende Konflikte zwischen Sicherheit und Nachhaltigkeit zu beseitigen und so die Finanzierungsbedingungen für Unternehmen der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie weiter zu verbessern.

13. Vor diesem Hintergrund erwartet die Wirtschaftsministerkonferenz ferner die weitere Umsetzung der auf den Sitzungen vom 11./12. November 2024 (TOP 6); 12./13. Juni 2024 (TOP 16) und 21./22. Juni 2023 (TOP 17) gefassten Beschlüsse. In diesem Zusammenhang bittet die Wirtschaftsministerkonferenz das BMWV, hierzu auf der Amtschefskonferenz im Herbst 2025 einen Fortschrittsbericht vorzulegen.

Table Briefings

Beschluss
der Wirtschaftsministerkonferenz
am 4./5. Juni 2025
in Stuttgart

Punkt 8 der Tagesordnung:

Einfuhrumsatzsteuer

1. Die Wirtschaftsministerkonferenz nimmt den Bericht des Bundesministeriums der Finanzen vom 28. April 2025 zur Kenntnis.
2. Die Wirtschaftsministerkonferenz unterstreicht, dass die deutsche Wirtschaft die Umstellung der Erhebung der Einfuhrumsatzsteuer auf ein Verrechnungsmodell als einzigen Weg betrachtet, den bestehenden gravierenden Wettbewerbsnachteil gegenüber praktisch allen EU-Mitgliedstaaten zu beseitigen.
3. Die Wirtschaftsministerkonferenz begrüßt daher ausdrücklich, dass die die neue Bundesregierung tragenden Parteien in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart haben, die Erhebung der Einfuhrumsatzsteuer gemeinsam mit den Ländern auf ein Verrechnungsmodell umzustellen.
4. Aus Sicht der Wirtschaftsministerkonferenz ist es gleichfalls positiv zu bewerten, dass die Arbeiten im Rahmen der zuständigen Bund-Länder-Arbeitsgruppe konkrete Formen annehmen und eine Fortführung in einem geeigneten organisatorischen Rahmen, etwa einer Projektstruktur, wie von der Wirtschaftsministerkonferenz angeregt, geprüft wird. Die Wirtschaftsministerkonferenz weist dabei mit Nachdruck darauf hin, dass die Umstellung auf ein Verrechnungsmodell aus Sicht der Wirtschaft eine hohe Priorität hat und dazu beitragen wird, die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland zu

verbessern. Aus diesem Grund muss auch die Umstellung auf das Verrechnungsmodell engagiert mit den erforderlichen Ressourcen vorangetrieben werden.

5. Die Wirtschaftsministerkonferenz bittet das Vorsitzland, diesen Beschluss der Finanzministerkonferenz zu übermitteln.

Table-Briefings

Beschluss
der Wirtschaftsministerkonferenz
am 4./5. Juni 2025
in Stuttgart

Punkt 9 der Tagesordnung:

Validierung einer zentralen maschinenlesbaren Datengrundlage der selbstständig tätigen Unternehmen

1. Die Wirtschaftsministerkonferenz bittet das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE), in Zusammenarbeit mit dem BLA E-Government für die Wirtschaft und in enger Abstimmung mit der Gesamtsteuerung Registermodernisierung des IT-Planungsrats einen Vorschlag zu erarbeiten, ob und gegebenenfalls wie das Unternehmensbasisdatenregistergesetz (UBRegG) angepasst werden müsste, damit das Unternehmensbasisdatenregister als Nachweisquelle aller wirtschaftlich Tätigen für einen Wirtschaftsverwaltungsvollzug nach dem Once-Only-Prinzip genutzt werden kann und welche Nachweise dafür langfristig in das Unternehmensbasisdatenregister aufgenommen werden sollten.
2. Die Wirtschaftsministerkonferenz bittet das BMWE, in Zusammenarbeit mit dem BLA E-Government für die Wirtschaft und in enger Abstimmung mit der Gesamtsteuerung Registermodernisierung des IT-Planungsrats zu prüfen, welche rechtlichen und organisatorischen Maßnahmen erforderlich sind, um den Anschluss des Unternehmensbasisdatenregisters – als einheitliche Datenbank im Sinne von Punkt 1 – an die Transportinfrastruktur Nationales-Once-Only-Technical-System (NOOTS) vorzubereiten.

3. Um die Qualität der dezentralen Gewerbeverzeichnisse („Gewerberegister nach § 14 GewO“) zu verbessern, bittet die Wirtschaftsministerkonferenz das BMWF, zu prüfen, ob diese in den Katalog der öffentlichen Stellen, an die aus dem Unternehmensbasisdatenregister Daten übermittelt werden dürfen (§ 5 Absatz 1 UBRRegG), aufgenommen werden sollten.
4. Die Gewerbeverzeichnisse sind gemäß der Anlage zu § 1 Identifikationsnummerngesetz (IDNrG) und NOOTS-Staatsvertrag verpflichtet, sich an das NOOTS anzuschließen und die einheitliche Identifikationsnummer in ihre Datenbestände einzuspielen. Die Wirtschaftsministerkonferenz bittet den BLA Gewerberecht, in Zusammenarbeit mit dem BLA E-Government für die Wirtschaft und in enger Abstimmung mit der Gesamtsteuerung Registermodernisierung des IT-Planungsrats, zu prüfen und zur nächsten Sitzung vorzulegen, wie der Anschluss der dezentralen Gewerbeverzeichnisse an das NOOTS effizient erfolgen kann und welche Bedarfe und Mehrwerte den Gewerbeverzeichnissen und der Wirtschaft durch die Einspielung der Identifikationsnummer entstehen.

Sollte eine effiziente Anbindung nach derzeitigem Stand nicht möglich sein, sollte die prioritäre Anschlussverpflichtung gegebenenfalls aufgehoben werden, um einen ineffizienten Mitteleinsatz zu vermeiden.

Beschluss
der Wirtschaftsministerkonferenz
am 4./5. Juni 2025
in Stuttgart

Punkt 10 der Tagesordnung:

Ersatzbaustoffverordnung – zirkuläres Bauen stärken

Die Wirtschaftsministerkonferenz nimmt den Bericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie zur Kenntnis.

Table Briefings

Beschluss
der Wirtschaftsministerkonferenz
am 4./5. Juni 2025
in Stuttgart

Punkt 11 der Tagesordnung:

Beschaffung von Leistungen zur Härtung der Informationssicherheit und Cybersicherheit

1. Die Wirtschaftsministerkonferenz nimmt den Beschluss der Digitalministerkonferenz vom 18. Oktober 2024 (TOP 9) zur Kenntnis.
2. Die Wirtschaftsministerkonferenz stellt fest, dass angesichts der zunehmenden Digitalisierung Mitgliedstaaten in der Lage sein müssen, Leistungen im Bereich Cybersicherheit einschließlich Informationssicherheit schnellstmöglich zu beschaffen, um ihre wesentlichen Sicherheitsinteressen zu wahren.
3. Die Wirtschaftsministerkonferenz bittet die Bundesregierung, auf europäischer Ebene auf eine Änderung des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union derart hinzuwirken, dass in Artikel 346 des Vertrages die Cyber- und Informationssicherheit mindestens aufgenommen wird.
4. Die Wirtschaftsministerkonferenz bittet die Bundesregierung, ergänzend zu prüfen und auf dieser Basis auf europäischer Ebene entsprechend auf eine Änderung der Richtlinie 2009/81/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 über die Koordinierung der Verfahren zur Vergabe bestimmter Bau-, Liefer-, und Dienstleistungsaufträge in den Bereichen Verteidigung und Sicherheit derart hinzuwirken, dass Leistungen der Cyber- und Informationssicherheit verlässlich vom Anwendungsbereich der Richtlinie 2009/81/EG erfasst werden.

5. Die Wirtschaftsministerkonferenz bittet die Bundesregierung ferner, Änderungen im Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen zu prüfen, um die Beschaffung von Leistungen zur Härtung der Cyber- und Informationssicherheit zu beschleunigen.
6. Die Wirtschaftsministerkonferenz bittet das Vorsitzland, den Beschluss der Vorsitzenden der Digitalministerkonferenz zu übermitteln.

Table-Briefings

Beschluss
der Wirtschaftsministerkonferenz
am 4./5. Juni 2025
in Stuttgart

Punkt 12 der Tagesordnung:

Beschleunigung und Verbesserung der Verfahren zur Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen

1. Die Wirtschaftsministerkonferenz **nimmt** den Bericht des Arbeitskreises Berufliche Bildung zur Kenntnis.
2. Die Wirtschaftsministerkonferenz **unterstützt** den Umlaufbeschluss des Bundeskanzlers und der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder vom 6. Dezember 2024 zur Anerkennung im Ausland erworbener Qualifikationen. Sie teilt die in diesem Beschluss ausgedrückte Auffassung, dass die „zügige und transparente Anerkennung ausländischer Qualifikationen“ unabdingbar ist, „um die Potenziale internationaler Talente effizient zu nutzen“ und den Wohlstand nicht durch eine Knappheit an Fachkräften zu gefährden. Hierfür sind auch weitere Anstrengungen notwendig, die Verfahren zur Feststellung der Gleichwertigkeit ausländischer Berufsqualifikationen mit entsprechenden inländischen Berufsqualifikationen zu vereinfachen und zu beschleunigen. Dies gilt insbesondere für die bundes- oder landesrechtlich reglementierten Berufe, in denen die Feststellung der Gleichwertigkeit gesetzliche Voraussetzung für die Berufsausübung ist.
3. Die Wirtschaftsministerkonferenz betont, dass die nach den Vorgaben des Berufsbildungsgesetzes und der Handwerksordnung geregelten Aus- und Fortbildungsberufe mit Ausnahme der Meisterabschlüsse der Gewerbe in der Anlage A der Handwerks-

ordnung zu den nicht reglementierten Berufen gehören. Bei ihnen ist die Feststellung der Gleichwertigkeit ausländischer Berufsqualifikationen mit entsprechenden inländischen Berufsqualifikationen keine gesetzliche Voraussetzung für die Berufsausübung.

4. Die Wirtschaftsministerkonferenz hält eine sogenannte Anerkennungsfiktion, bei der nach Ablauf von sechs Monaten bei Vorliegen aller erforderlichen Unterlagen und Untätigkeit der zuständigen Stelle automatisch die beantragte Gleichwertigkeit ausländischer Berufsqualifikationen mit entsprechenden inländischen Berufsqualifikationen erfolgt, bei den nicht reglementierten und nach den Vorgaben des Berufsbildungsgesetzes und der Handwerksordnung geregelten Aus- und Fortbildungsberufen für nicht zielführend, um den Fachkräftemangel in diesen Berufen zu lindern.
5. Die Wirtschaftsministerkonferenz erachtet es sowohl bei reglementierten als auch bei nicht reglementierten Berufen als wichtig, ausländische Berufsqualifikation sichtbar und die entsprechenden Nachweise für hiesige Arbeitgeber interpretierbar zu machen, um für im Ausland qualifizierte Fachkräfte die Chancen auf den Einstieg in den deutschen Arbeitsmarkt zu erhöhen.
6. Die Wirtschaftsministerkonferenz bittet die Kultusministerkonferenz, zur Erhöhung der Transparenz über ausländische Berufsabschlüsse die Öffnung des von der Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen (ZAB) angebotenen Verfahrens der Digitalen Auskunft zur Berufsqualifikation (DAB) für den Personenkreis der bereits in Deutschland lebenden Personen mit ausländischer Berufsqualifikation zu prüfen.
7. Die Wirtschaftsministerkonferenz bittet die für die Feststellung der Gleichwertigkeit ausländischer Berufsqualifikationen mit entsprechenden inländischen Berufsqualifikationen zuständigen Stellen, alle internen Möglichkeiten zu nutzen, die Einhaltung der gesetzlichen Frist für die Bearbeitung der Feststellung der Gleichwertigkeit stets sicherzustellen. Hierzu zählt vor allem eine Beschleunigung durch die durchgängige Digitalisierung der Verfahren.
8. Die Wirtschaftsministerkonferenz bittet die Bundesregierung, in Abstimmung mit den Ländern sicherzustellen, dass Fachkräfte mit ausländischen Berufsqualifikationen umfassend beraten werden. Hierfür ist auch Klarheit herzustellen, inwieweit die von der

Bundesregierung in der abgelaufenen Legislaturperiode angestrebte Bündelung der Beratung zu den Verfahren auf Feststellung der Gleichwertigkeit ausländischer Berufsqualifikationen mit entsprechenden inländischen Berufsqualifikationen bei der Bundesagentur für Arbeit weiterverfolgt wird (siehe BR-Drucksache 402/24).

9. Die Wirtschaftsministerkonferenz bittet das Vorsitzland, die Vorsitzenden der bei der Kultusministerkonferenz verankerten Arbeitsgruppe der für die Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen koordinierend zuständigen Ressorts der Länder (AG Koordinierende Ressorts), welche die Rückmeldung der Fachministerkonferenzen an die Konferenz der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder bündelt, über diesen Beschluss und den ihm zugrunde liegenden Bericht zu informieren.

Table Briefings

Beschluss
der Wirtschaftsministerkonferenz
am 4./5. Juni 2025
in Stuttgart

Punkt 13 der Tagesordnung:

Scale-ups als Innovations- und Wertschöpfungstreiber stärken

1. Die Wirtschaftsministerkonferenz nimmt den Bericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWE) zur Kenntnis.
2. Die Wirtschaftsministerkonferenz begrüßt, dass die Bundesregierung in ihrem Bericht zahlreiche im Wirtschaftsministerkonferenz-Beschluss vom 21. November 2024 (TOP 18) aufgezeigten Eckpunkte konstruktiv aufgegriffen hat.
3. Die Wirtschaftsministerkonferenz stellt fest, dass eine konkrete Positionierung der Bundesregierung zu den im o. g. Beschluss formulierten Eckpunkten Nummer 5: „Aufforderung an die Bundesregierung, sich für eine EU-weite, für Start-ups und Scale-ups geeignete Rechtsform einzusetzen“ und Nummer 12: „Verbesserung der Exit-Optionen für Scale-ups“ noch aussteht und bittet, diese bis zur Amtschefskonferenz am 26. November 2025 vorzunehmen. Des Weiteren bittet die Wirtschaftsministerkonferenz die Bundesregierung mit Blick auf den Beschluss der Wirtschaftsministerkonferenz vom 12. Juni 2024 (TOP 2.4. Ziffer 7), sich auf Ebene der Kommission für die Prüfung von Sonderregelungen für Start-ups im europäischen Beihilfenrecht – insbesondere in Bezug auf die UiS-Definition (Unternehmen in Schwierigkeiten) – einzusetzen und diesbezüglich ebenfalls bis zur Amtschefskonferenz am 26. November 2025 zu berichten.

4. Die Wirtschaftsministerkonferenz bittet die Bundesregierung, zu prüfen, ob die im Bericht der Bundesregierung genannten Programme für Skalierung und Internationalisierung der Germany Trade and Invest – Gesellschaft für Außenwirtschaft und Standortmarketing mbH (GTAI) und der bald anlaufenden Startup Factories ausreichen, um dem aufgezeigten breiten Bedarfsspektrum zur Stärkung von Scale-ups in Form eines Scale-up-Entwicklungsprogramms gerecht zu werden.
5. Die Wirtschaftsministerkonferenz begrüßt die von der Bundesregierung in ihrem Bericht aufgezeigten Maßnahmen zur Verbesserung der Fachkräftesituation im Scale-up-Ökosystem. Sie fordert die Bundesregierung darüber hinaus auf, die Digitalisierung bürokratischer Prozesse, insbesondere die Etablierung einer einheitlichen IT-Infrastruktur zur Vergabe von Visa für internationale Fachkräfte, forciert weiter zu verfolgen, da die Anwerbung qualifizierter Fachkräfte aus dem Nicht-EU-Ausland einen entscheidenden Erfolgsfaktor für die Weiterentwicklung von Scale-ups darstellt.
6. Die Einwerbung privaten Wagniskapitals über den Dachfonds im Zukunftsfonds ist ein wesentliches Finanzinstrument zur Unterstützung von Scale-ups. Die Wirtschaftsministerkonferenz ist der Auffassung, dass die Potenziale der Wachstumsfonds innerhalb des Zukunftsfonds noch nicht ausreichend zur Entfaltung kommen. Die Wirtschaftsministerkonferenz bittet die Bundesregierung, bis zur Amtschefskonferenz am 26. November 2025 Möglichkeiten aufzuzeigen, wie das Engagement zur Speisung des Fonds durch private Kapitalgeber gesteigert werden kann.

Beschluss
der Wirtschaftsministerkonferenz
am 4./5. Juni 2025
in Stuttgart

Punkt 14 der Tagesordnung:

Einführung des De-minimis-Registers durch die EU-Kommission

1. Die Wirtschaftsministerkonferenz nimmt zur Kenntnis, dass nach der novellierten De-minimis-Verordnung alle beihilfegewährenden Stellen De-minimis-Beihilfen ab dem 1. Januar 2026 in ein digitales Register einzutragen haben. Um deutschlandweit der zentralen Registerpflicht unter Einhaltung der durch die Verordnung genannten Frist nachzukommen, wird die seitens der Kommission verantwortete IT-Lösung durch zahlreiche öffentliche Einrichtungen zu nutzen sein.
2. Die Wirtschaftsministerkonferenz unterstützt das mit dem Register verfolgte Ziel der Kommission, den Verwaltungsaufwand für Unternehmen und Beihilfeggeber erheblich zu reduzieren. Allerdings widerspricht die momentane Ausgestaltung des in der Entwicklung befindlichen Registers diesem Anspruch und läuft zudem den europäischen wie nationalen Bestrebungen zur Entbürokratisierung und Verfahrensvereinfachung entgegen.
3. Die Wirtschaftsministerkonferenz fordert, die Pflicht zur Nutzung des Registers an das Vorliegen bestimmter Bedingungen zu knüpfen. So sollte das Register über intelligente Funktionen verfügen, die den Verwaltungsaufwand für alle beteiligten Stellen erheblich reduzieren, insbesondere durch die automatisierte Berechnung der Schwellenwerte sowie die Erkennung und Zuordnung der Beträge von verbundenen, fusionierten oder gespaltenen Unternehmen. Zudem darf die Implementierung des Registers keine

zusätzlichen Belastungen für die Bewilligungsstellen und Unternehmen verursachen, sondern sollte das Bewilligungsverfahren sinnvoll ergänzen. Nach der bisherigen Konzeption verbleiben essenzielle Aufgaben sowohl bei den Bewilligungsstellen als auch bei den Unternehmen (die wohl teilweise weiterhin und trotz Register Selbstauskünfte geben müssen), wodurch der erwartete Nutzen des Registers konterkariert wird.

4. Die Wirtschaftsministerkonferenz spricht sich dafür aus, den von der Kommission im Beihilferecht betonten Grundsatz „big on big and small on small“ bei De-minimis-Beihilfen konsequent umzusetzen. Insbesondere bei kleineren Beihilfen sollte der bürokratische Aufwand durch die Einführung einer echten Bagatellgrenze – ohne Prüf- oder Dokumentations- beziehungsweise Registerpflichten – deutlich verringert werden. Für Beihilfen, die über dieser Bagatellgrenze liegen, ist es wichtig, dass sie effizient, zügig und mit minimalem bürokratischem Aufwand gewährt und erfasst werden.
5. Die Wirtschaftsministerkonferenz bittet die Bundesregierung, sich auf EU-Ebene mit Nachdruck für eine Aussetzung der Registerpflicht ab dem 1. Januar 2026, die Umsetzung der oben geforderten funktionalen Verbesserungen des Registers sowie die Einführung einer echten Bagatellgrenze einzusetzen.
6. Die Wirtschaftsministerkonferenz bittet ihre Vorsitzende, diesen Beschluss an die Kommission zu übermitteln.

Beschluss
der Wirtschaftsministerkonferenz
am 4./5. Juni 2025
in Stuttgart

Punkt 15 der Tagesordnung:

Bürokratieabbau: Praxischeck

1. Die Wirtschaftsministerkonferenz nimmt den Bericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWE) zur Kenntnis.

Praxischecks sind ein geeignetes interaktives Format, das den Teilnehmern die gemeinsame, moderierte Bewertung von Regelungstatbeständen und die Entwicklung von Verbesserungsvorschlägen ermöglicht. Das Format nutzt das Erfahrungswissen von Praxisvertretern (Unternehmer, Vertreter aus dem Vollzug und Verbände sowie gegebenenfalls weitere Akteure) für die Entwicklung einer bürokratiearmen Umsetzung von Regelungen.

2. Die bisherigen Praxischecks der Bundesregierung richten sich auf bestehende Regulierungen (ex-post). Die Wirtschaftsministerkonferenz fordert die Bundesregierung auf, Praxischecks künftig auch bei neuen Gesetzgebungsverfahren (ex-ante) einzusetzen, um unnötige Bürokratielasten von Beginn an zu vermeiden. Zudem sollten Praxischecks auch konsequent bei der Erarbeitung, Bewertung und Umsetzung von EU-Verordnungen und -Richtlinien eingesetzt werden.
3. Das BMWE führt mit einzelnen Ländern unterschiedliche Praxischecks durch. Effektiv ist, wenn alle Länder entsprechend des EfA-Prinzips von einmal durchgeführten Praxischecks profitieren können. Bereits durchgeführte Praxischecks zu verschiedenen Themen sollten dementsprechend möglichst flächendeckend in den einzelnen Ländern

nachgenutzt werden können, ohne jeweils das Verfahren komplett neu mit dem Bund durchlaufen zu müssen. Effizient ist, wenn der dazu notwendige Erfahrungsaustausch zwischen Bund und Ländern in einem geeigneten Bund-Länder-Format erfolgt. Die Wirtschaftsministerkonferenz fordert die Bundesregierung auf, das erforderliche Bund-Länder-Format zu initiieren.

4. Für die Akzeptanz des Instruments Praxischeck sind Rückmeldungen über die Umsetzung von dessen Ergebnissen für die Teilnehmer und die interessierte Öffentlichkeit eine wesentliche Voraussetzung. Bisher gibt es kein Monitoring-Instrument beziehungsweise keine validen öffentlichen Informationen darüber, wie mit den Erkenntnissen aus den Praxischecks und den vorgeschlagenen Maßnahmen zum Bürokratieabbau weiter verfahren wird. Die Wirtschaftsministerkonferenz fordert die Bundesregierung auf, ein transparentes Monitoring-Instrument einzuführen, welches den Umsetzungsstand der bürokratieentlastenden Maßnahmen widerspiegelt.
5. Grundsätzlich wird von der Wirtschaftsministerkonferenz ein ressortübergreifender und möglichst häufiger Einsatz von Praxischecks zum Abbau unnötiger Bürokratie – wie in der „Wachstumsinitiative“ der ehemaligen Bundesregierung mit Kabinettsbeschluss vom 17. Juli 2024 beschrieben – ausdrücklich begrüßt.

Beschluss
der Wirtschaftsministerkonferenz
am 4./5. Juni 2025
in Stuttgart

Punkt 16 der Tagesordnung:

Förderfähigkeit von Ausgaben für Vorhaben der Fraunhofer Gesellschaft in den Strukturfonds

1. Die Wirtschaftsministerkonferenz nimmt den Bericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWE) zur Kenntnis und bedankt sich für die bisherige Koordinierung und Unterstützung in der Frage der Abrechnungspraxis in den Projekten der Fraunhofer Gesellschaft (FhG), insbesondere hinsichtlich der Gemeinkosten, in der Förderperiode 2014 bis 2020.
2. Die Wirtschaftsministerkonferenz verweist mit Nachdruck darauf, dass das Abrechnungsverfahren der FhG und die Förderfähigkeit der Gemeinkosten in den Jahren 2010 bis 2014 mehrfach Gegenstand von Prüfungen der Kommission war und die im Ergebnis zwischen Kommission, Bund und Ländern erreichte Auslegung von den EFRE-Verwaltungsbehörden bei der Förderung beachtet wurde.
3. Die Wirtschaftsministerkonferenz betont, dass die neue einengende Auslegung des Begriffs der Gemeinkosten und der Projektbezogenheit zum Ende der Förderperiode 2014 bis 2020 den Grundsatz des gegenseitigen Vertrauens als allgemeines Rechtsprinzip der EU verletzt.
4. Die Wirtschaftsministerkonferenz weist darauf hin, dass die möglichen Finanzkorrekturen eine unverhältnismäßige finanzielle Belastung für die Haushalte jener Länder bedeuten würden, in denen derzeit die Prüfungen durch die Kommission durchgeführt

werden, da es zeitlich ausgeschlossen wäre, die beanstandeten EU-Mittel anderweitig in den bereits beendeten Programmen einzusetzen. Etwaige Finanzkorrekturen gingen somit vollständig zu Lasten der Länder in Zeiten ohnehin angespannter Länderhaushalte.

5. Die Wirtschaftsministerkonferenz gibt zu bedenken, dass das Vorgehen der Kommission im Widerspruch steht zu dem allgemeinen Anliegen einer verlässlicheren und schnelleren Umsetzung der Strukturfonds. Durch die nachträglichen Feststellungen könnte der fristgemäße Abschluss der Förderperiode 2014 bis 2020 verzögert werden. Zudem wird das Vertrauen der Begünstigten in die Strukturfondsförderung nachhaltig beschädigt. Beides wirkt sich wiederum negativ auf die Attraktivität der EU-Förderung aus.
6. Die Wirtschaftsministerkonferenz fordert die Bundesregierung auf, die Länder weiterhin in der Sache zu unterstützen und sich dafür einzusetzen, dass für die Länder keine finanziellen Anlastungen entstehen, die aus der einengenden Auslegung des Begriffs der Gemeinkosten und der Projektbezogenheit resultieren.
7. Die Wirtschaftsministerkonferenz betont, dass die Länder vor dem Hintergrund der Prüfungshandlungen der Kommission für die vergangene Förderperiode für seit dem 1. Januar 2025 bewilligte Projekte die Gemeinkosten in den Forschungs- und Entwicklungsprojekten ausschließlich über vereinfachte Kostenoptionen abrechnen. Die Länder kommen damit den Forderungen der Kommission an die Abrechnungspraxis ab der Förderperiode 2021 bis 2027 vollumfänglich nach.

Beschluss
der Wirtschaftsministerkonferenz
am 4./5. Juni 2025
in Stuttgart

Punkt 17 der Tagesordnung:

Gefahrenbewertung von Ethanol als Desinfektionsmittel

1. Die Wirtschaftsministerkonferenz nimmt den Bericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWE) zur Kenntnis und weist auf die große Bedeutung von Ethanol im Gesundheitswesen, im industriellen Bereich und als Energieträger hin.

Die Bewertung im Rahmen der EU-Biozidprodukteverordnung (EU) Nr. 528/2012 und eine etwaige harmonisierte Einstufung von Ethanol als CMR-Stoff (karzinogen, mutagen, reproduktionstoxisch) der Kategorie 2 oder möglicherweise sogar der höchsten Gefahrenkategorie 1 gemäß der Verordnung über die Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Stoffen und Gemischen (CLP-Verordnung – VO (EG) Nr. 1272/2008) hätte durch automatische und undifferenzierte Bezugnahmen aus den Fachverordnungen u. a. im nachgeschalteten Umwelt-, Arbeits- und Verbraucherschutzrecht weitreichende Konsequenzen, vor allem für die Infektionsprävention, da diese den Einsatz oder Vertrieb ethanolhaltiger Desinfektionsmittel verhindern oder erheblich erschweren und somit den Infektionsschutz für Patienten und medizinisches Personal gefährden könnten.

2. Die Wirtschaftsministerkonferenz weist darauf hin, dass die geplante Einstufung hauptsächlich auf Daten zum oralen Konsum von Ethanol beruht, obwohl bei der Verwendung von Ethanol als Biozid, z. B. in Hand- und Flächendesinfektionsmitteln, nur die Aufnahme über die Haut und die Atemwege eine Rolle spielt. Eine orale Aufnahme

ist schon deshalb nicht möglich, weil nicht für den oralen Konsum gedachtes Ethanol durch Vergällen ungenießbar gemacht sein muss.

3. Die Wirtschaftsministerkonferenz sieht auch die Auswirkungen auf die industrielle Gesundheitswirtschaft mit großer Sorge, da Ethanol neben der Verwendung in der Desinfektionsmittelherstellung auch in vielen Produktionsprozessen von Arzneimitteln, Medizinprodukten und In-Vitro-Diagnostika als Reinigungs-, Lösungs-, Extraktions- oder Konservierungsmittel eingesetzt wird. Eine harmonisierte Einstufung könnte sich daher auf zugelassene Herstellungsprozesse auswirken, was aufwändige, zum Teil zulassungspflichtige Umstellungen von Produktionsprozessen oder gar Produktänderungen verursachen könnte. Dies hätte nicht nur negative Folgen für die Gesundheitsindustrie, sondern insbesondere auch für die Patientenversorgung und die Verfügbarkeit von Arzneimitteln. Zudem könnte eine Einstufung von Ethanol als CMR-Stoff der Kategorie 1 im Bereich der Medizinprodukte teilweise eine erneute Konformitätsbewertung nach sich ziehen, wodurch die Branche zusätzlich belastet wäre. Außerdem wäre die Wiederverwendbarkeit von Medizinprodukten gefährdet, dies könnte zur häufigeren Verwendung von wenig ressourceneffizienten Einmalprodukten führen.
4. Für viele Verwendungen im Gesundheitswesen spielen ethanolhaltige Desinfektionsmittel eine entscheidende Rolle und es gibt gemäß aktuellen Studien kurz- und mittelfristig keine praktikablen Alternativen. Bei bestimmungsgemäßer Handhabung mit allenfalls begrenzter Aufnahme über die Haut oder Atemwege gehen von den eingesetzten Mitteln keine Risiken für den Menschen aus.
5. Unter Verweis auf ihren Beschluss vom 21. November 2024 zu TOP 3.3 Ziffer 9 bekräftigt die Wirtschaftsministerkonferenz ihre Kritik an ungewollten automatischen Rechtsfolgen in anderen Regelungen durch direkte Bezugnahmen auf eine CLP-Einstufung. Die Wirtschaftsministerkonferenz hält es für fahrlässig, Regelungen zur Verwendung von Ethanol nur auf die intrinsischen Stoffeigenschaften zu stützen ohne Berücksichtigung der Expositionsrouten. Derart unmittelbare Verweise auf die CLP-Einstufung in nachgelagerten Rechtsvorschriften führen zu Rechtsfolgen, die weder beabsichtigt sind, noch dem eigentlichen Ziel des Fachrechtes dienen.

6. Die Wirtschaftsministerkonferenz fordert eine praktikable und zukunftsfähige Vorgehensweise: Entweder die Einstufung differenziert auszuweisen oder die direkten Bezugnahmen in allen anderen Regelungen grundlegend auf Zielgerechtigkeit und Verhältnismäßigkeit zu überprüfen und Automatismen zu beseitigen.
7. Die Wirtschaftsministerkonferenz bittet die Bundesregierung, sich in den Beratungen auf EU-Ebene mit Nachdruck für eine Risikobetrachtung unter Berücksichtigung des Expositionswegs einzusetzen. Eine harmonisierte Einstufung darf einer Aufrechterhaltung der Hygienestandards und damit auch dem Schutz der menschlichen Gesundheit nicht entgegenstehen.
8. Die Wirtschaftsministerkonferenz bittet das Vorsitzland, diese Stellungnahme auch der EU-Kommission zu übermitteln.
9. Wegen der erheblichen Relevanz von Ethanol für Desinfektions- und Reinigungsmittel und für die Herstellung von Arzneimitteln und Medizinprodukten bittet die Wirtschaftsministerkonferenz das Vorsitzland, diesen Beschluss auch der Arbeits- und Sozialministerkonferenz und der Gesundheitsministerkonferenz zu übermitteln mit der Bitte, zu diesem Thema gemeinsam auf das EU-Verfahren einzuwirken.

Table Briefings

Beschluss
der Wirtschaftsministerkonferenz
am 4./5. Juni 2025
in Stuttgart

Punkt 18 der Tagesordnung:

Beschleunigung und Entlastung für den Wirtschaftsstandort

1. Die Wirtschaftsministerkonferenz nimmt den Bericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWE) zur Kenntnis.
2. Die Wirtschaftsministerkonferenz betont die Bedeutung von einfachen und schnellen Planungs- und Genehmigungsverfahren, die auch in der 21. Legislaturperiode des Bundestages eine Schlüsselfunktion für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft sowie das Gelingen der Energiewende und der Transformation zur Klimaneutralität haben.
3. Die Wirtschaftsministerkonferenz bekräftigt und erneuert daher ihre Forderungen aus dem Beschluss vom 21. November 2024 auch gegenüber der neuen Bundesregierung. Sie fordert die Bundesregierung auf, die Bemühungen der Vorgängerregierung zur Verfahrensvereinfachung sowie zum Abbau übermäßiger Bürokratie gemeinsam mit den Ländern konsequent und entschlossen fortzusetzen. Entlastungen in diesem Bereich sind notwendig, um das Investitionsklima zu verbessern und das innovative Potenzial der deutschen Wirtschaft zu entfalten.
4. Die Wirtschaftsministerkonferenz bekennt sich zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren auf allen Ebenen. Sie begrüßt das Bekenntnis zum Bund-Länder-Pakt für Planungs- Genehmigungs- und Umsetzungsbeschleunigung im

Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD. Die Wirtschaftsministerkonferenz fordert die Bundesregierung auf, die im Koalitionsvertrag angekündigte weitere Umsetzung und Fortentwicklung des Pakts, unter anderem für Investitionsvorhaben, zügig und in enger Abstimmung mit den Ländern und unter Einbindung der Wirtschaftsakteure zu realisieren.

5. Die Wirtschaftsministerkonferenz fordert die übrigen Ressorts auf Bundes- und Länderebene dazu auf, die in ihrer Zuständigkeit liegenden Maßnahmen des Pakts zügig und vollständig umzusetzen. Sie wird auch weiterhin den Austausch mit den Innen- und Umweltressorts der Länder pflegen, um die gemeinsamen Anstrengungen zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren fortzusetzen. Insbesondere muss die Bundesregierung jedoch geeignete bundesrechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen für die Verwirklichung des Pakts durch die Länder schaffen, soweit dies noch nicht geschehen ist.
6. Für die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren sind gut ausgestattete Vollzugsbehörden und der effektive Einsatz vorhandener Ressourcen von zentraler Bedeutung. Die Wirtschaftsministerkonferenz fordert daher, Genehmigungsverfahren durch eine umfassende Digitalisierung, anwenderfreundliche Vollzugshilfen und straffe Fristen für gebundene Entscheidungen weiter zu modernisieren. Um eine ordnungsgemäße Personalausstattung zu finanzieren, wird die Bundesregierung aufgefordert, sich angemessen an diesen Kosten zu beteiligen. Im Bund-Länder-Pakt für Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsbeschleunigung ist hierfür eine Summe von 500 Millionen Euro jährlich benannt.
7. Die Wirtschaftsministerkonferenz weist darauf hin, dass eine angemessene Ausstattung der Vollzugsbehörden besonders dringlich ist, um die effiziente Nutzung des Sondervermögens für zusätzliche Investitionen in die Infrastruktur und zur Erreichung der Klimaneutralität zu gewährleisten. Die ordnungsgemäße Verwendung dieser Mittel erfordert eine Vielzahl von Planungs- und Genehmigungsverfahren, die nur durch eine leistungsstarke Verwaltung geführt werden können. Die Wirtschaftsministerkonferenz begrüßt daher das im Koalitionsvertrag vorgesehene Infrastruktur-Zukunftsgesetz, mit dem an die Beschleunigungserfolge des Gesetz zur Beschleunigung des Einsatzes

verflüssigten Erdgases (LNG-Beschleunigungsgesetz - LNGG) und der EU-Notfallverordnung angeknüpft werden soll.

8. Die Wirtschaftsministerkonferenz bekennt sich zu einer Behördenkultur, die Innovation, Erfindungsreichtum und Pragmatismus ermöglicht und unterstützt. Es braucht nicht nur Rechtsänderungen, sondern eine Rechtsanwendung in den Vollzugsbehörden, die darauf zielt, schnelle und sachgerechte Ergebnisse rechtssicher zu erreichen. Damit wird auch in Zukunft die Anpassungsfähigkeit und die Perspektiven für die deutsche Wirtschaft gesichert.
9. Die Regelung von Einzel- und Ausnahmefällen in Gesetzen und Verordnungen führt oft zu hohem Aufwand im Vollzug. Den Vollzugsbehörden ist im Rahmen ihrer Ermessensausübung ein stärkeres Vertrauen entgegenzubringen, damit sie die in Ziffer 8 beschriebene Behördenkultur praktizieren können. Dies setzt voraus, dass die Behördenleitungen das Ausschöpfen des Ermessensspielraums proaktiv unterstützen und fördern. Im Sinne der Prozesseffizienz und Beschleunigung von Verfahren bedarf es einer neuen Fehlerkultur, die den Fokus auf sachgerechte und gleichermaßen pragmatische Lösungen legt.
10. Die deutsche Wirtschaft darf auf dem europäischen Binnenmarkt nicht durch zusätzliche Anforderungen und übermäßige Bürokratie belastet werden. Die Wirtschaftsministerkonferenz fordert deshalb die Bundesregierung zur konsequenten 1 : 1-Umsetzung von Europarecht auf. Dabei muss eine Umsetzung sichergestellt werden, die insbesondere neue Rechtsunsicherheiten auf Grund unbestimmter Rechtsbegriffe oder Abweichungen vom Europarecht vermeidet. Insbesondere bei der Umsetzung der neuen Industrie-Emissionsrichtlinie vom 15. Juli 2024 sowie der Erneuerbaren-Energien-Richtlinie dürfen keine zusätzlichen Belastungen und bürokratische Anforderungen für Wirtschaft und Industrie eingeführt werden, die einen Nachteil im internationalen Wettbewerb darstellen würden.
11. Die Wirtschaftsministerkonferenz weist darauf hin, dass die anstehende Umsetzung der Kommunalabwasserrichtlinie, insbesondere im Hinblick auf die Einführung der erweiterten Herstellerverantwortung in Artikel 9, erhebliche administrative und

finanzielle Belastungen in wichtigen Industrien wie der Pharma- und Kosmetikindustrie sowie bei den Vollzugsbehörden zur Folge haben kann. Die Wirtschaftsministerkonferenz begrüßt den Entschluss des Europäischen Parlaments, dass die Folgenabschätzung im Rahmen der Kommunalwasserrichtlinie (KARL) für die Arzneimittelbranche von der Kommission überarbeitet und angepasst werden muss. Sie bittet die Bundesregierung, sich auf europäische Ebene ebenfalls für eine Überprüfung und Anpassung einzusetzen und im Übrigen einer möglichst praxistauglichen und bürokratiearmen Ausgestaltung hohe Priorität einzuräumen; übermäßige Belastungen der deutschen Wirtschaft und insbesondere Wettbewerbsnachteile auf dem europäischen Binnenmarkt müssen vermieden werden. In diesem Zusammenhang bekräftigt die Wirtschaftsministerkonferenz die entsprechenden Forderungen des Bundesratsbeschlusses vom 31. März 2023 (BR-Drucksache 15/23(B)).

12. Die Wirtschaftsministerkonferenz begrüßt die Absicht der neuen Bundesregierung, in der laufenden 21. Legislaturperiode die Novelle des Vergaberechts wieder aufzugreifen. Dem öffentlichen Einkauf kommt mit seinem Volumen von geschätzt 500 Milliarden Euro eine zentrale Bedeutung zu. Die damit verbundene Marktrelevanz muss besser strategisch in Richtung Innovation, Klimaschutz und Resilienz genutzt werden. Reformen sollten daher mit den Überlegungen zur Überarbeitung der EU-Vergaberichtlinien harmonisiert werden. Vereinfachungen oder Veränderungen bei den Wertgrenzen im Unterschwellenbereich sollten in ihren Wirkungen transparent gemacht werden können, um die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und des Wettbewerbs zu festigen. Die bestehenden digitalen Standards können dabei eine zentrale Rolle einnehmen.
13. Die Wirtschaftsministerkonferenz fordert die Bundesregierung dazu auf, Planungs- und Genehmigungsverfahren insbesondere beim Ausbau und der Modernisierung wichtiger Infrastruktur kontinuierlich auf Beschleunigungsmöglichkeiten zu überprüfen und mit den Ländern darüber im Dialog zu bleiben sowie gemeinsam kontinuierlich Verzögerungsgefahren entgegenzuwirken. Notwendige Investitionen in Energienetze, Straßen, Brücken und das Schienennetz dürfen nicht verzögert werden.

14. Großraum- und Schwerlasttransporte sind für viele Unternehmen und für den Aufbau von Windenergieanlagen sowie Maßnahmen des Ausbaus der Energienetze wesentlich. In der Umsetzung sind diese Transporte aufgrund der komplexen Ausgestaltung der Genehmigungsverfahren zumeist langwierig, was die wirtschaftliche Entwicklung und die Energiewende bremst. Auch muss die Verkehrsinfrastruktur dahingehend ertüchtigt werden, dass effiziente Routen für die jeweiligen Transporte sichergestellt werden können. Die Wirtschaftsministerkonferenz bittet deshalb die Verkehrsministerkonferenz, sich auch weiterhin mit besonderem Nachdruck für die Beschleunigung und Vereinfachung der Genehmigungsverfahren für Großraum- und Schwerlasttransporte sowie die Beseitigung der maßgeblichen verkehrsinfrastrukturellen Engpässe einzusetzen.
15. Um Planungs- und Genehmigungsverfahren konsequent zu beschleunigen und Entlastungspotenziale systematisch zu heben, müssen nicht nur einzelne Paragraphen geändert, sondern Verfahren als Ganzes aus der Anwendendenperspektive betrachtet werden. Hierzu sind Praxischecks und Erfahrungsaustausche mit Praktikerinnen und Praktikern ein erfolgreiches Instrument, das es in Zukunft noch stärker zu nutzen gilt, auch in der Zusammenarbeit der Länder sowie weiterhin mit der Bundesregierung, insbesondere dem BMW.

Table Briefings

Beschluss
der Wirtschaftsministerkonferenz
am 4./5. Juni 2025
in Stuttgart

Punkt 19 der Tagesordnung:

Reduzierung der Zustimmungsvorbehalte der Bundesagentur für Arbeit bei der Erteilung und Verlängerung von Aufenthaltstiteln zum Zweck der Erwerbstätigkeit

1. Die Wirtschaftsministerkonferenz begrüßt, dass mit dem Gesetz und der Verordnung zur Weiterentwicklung der Fachkräfteeinwanderung vom 16. August 2023 eine Vielzahl neuer und erweiterter Aufenthaltstitel bestehen, die den Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt für ausländische Arbeits- und Fachkräfte einschließlich Auszubildender erleichtern.
2. Die Wirtschaftsministerkonferenz stellt fest, dass komplizierte und langwierige Verwaltungsverfahren über mehrere Verwaltungsebenen hinweg ein großes Hemmnis für eine erfolgreiche Erwerbsmigration darstellen. Ohne spürbare Verbesserungen im Bereich der Migrationsverwaltung wird die Weiterentwicklung des Rechtsrahmens nicht die gewünschte Wirkung entfalten können. Es ist daher notwendig, durch entsprechend schlank gestaltete, unbürokratische Verfahren kurze Bearbeitungszeiten sicherzustellen und, soweit sinnvoll, in diesem Zusammenhang auch eine weitere Verwaltungs-zentralisierung zugunsten der Erwerbsmigration zu prüfen.
3. Die Wirtschaftsministerkonferenz ist der Auffassung, dass das Zustimmungserfordernis der Bundesagentur für Arbeit (BA) bei der Erteilung und Verlängerung von Aufenthaltstiteln insbesondere an Fachkräfte im Sinne des § 18 Absatz 3 Aufenthaltsgesetz (AufenthG) im Sinne einer Reduzierung des aufenthaltsrechtlichen

Verfahrensaufwands und einer einfacheren und schnelleren Verfahrensgestaltung auf den Prüfstand gestellt werden sollte. Ein Wegfall des Zustimmungserfordernisses würde zum Bürokratieabbau und zur Entlastung der Bundesagentur für Arbeit beitragen.

4. Die Wirtschaftsministerkonferenz bittet die Bundesregierung, zu prüfen, ob in den folgenden Fallgestaltungen, bei denen aus Sicht der Wirtschaftsministerkonferenz fraglich ist, ob der Schutzzweck der Norm (§ 39 AufenthG) noch erfüllt wird bzw. erfüllt werden muss, auf die Zustimmung der BA verzichtet werden kann. Bei all diesen Fallkonstellationen bliebe es der Ausländerbehörde bei Abschaffung des Zustimmungserfordernisses unbenommen, in Zweifelsfällen die Bundesagentur für Arbeit fakultativ zu beteiligen (§ 72 Absatz 7 AufenthG):

- a) Bildungsinländer

Bei Personen, die in Deutschland bereits ein Studium oder eine qualifizierte Berufsausbildung absolviert haben, und im Anschluss eine Beschäftigung in Deutschland (oftmals sogar im gleichen Ausbildungsbetrieb) anstreben, wird der Schutzzweck des Zustimmungserfordernisses als äußerst gering eingeschätzt, unter anderem da diese Personengruppe zu einem überdurchschnittlich hohen Anteil Bildungsgänge durchläuft, die sich Engpassberufen zuordnen lassen. Angesichts des zunehmenden Fachkräftemangels ist eine Beschäftigung zu Bedingungen, die nicht dem individuellen Qualifikationslevel entsprechen, unwahrscheinlich. Angesichts dessen, dass Befragungen von Bildungsinländern ergeben haben, dass sie sich zum deutschen Arbeitsmarkt mehr Informationen wünschen, wäre es wichtiger, die Beratungsfunktion der Arbeitsverwaltung zu stärken, statt diese für Deutschland wichtige Personengruppe mit einer weiteren bürokratischen Hürde zu konfrontieren.

- b) Blaue Karte EU nach § 18g Absatz 1 Satz 2 AufenthG

Im Rahmen der Regelung zur Blauen Karte EU entscheidet allein das Kriterium der Mindestgehaltsschwelle, ob eine Zustimmung der BA erforderlich ist oder nicht. Der Unterschied der Mindestgehaltsschwellen zwischen einer zustimmungsfreien und einer zustimmungspflichtigen Blauen Karte EU beträgt derzeit 4 258,20 Euro. Die Prüfung der Voraussetzungen für eine Blaue Karte EU nach § 18g Absatz 1 Satz 2 AufenthG kann ohne weiteres durch die titelerteilende Stelle erfolgen.

c) Berufsausbildung § 16a AufenthG

Die BA prüft im Rahmen der Zustimmung den Ausbildungsvertrag. Im Rahmen der verpflichtenden Eintragung jedes einzelnen Ausbildungsverhältnisses in das Verzeichnis der Berufsausbildungsverhältnisse findet jedoch bereits eine Prüfung des Ausbildungsverhältnisses durch die zuständige Stelle gemäß § 71 Berufsbildungsgesetz (BBiG) statt. Ihnen obliegt die Prüfung des Ausbildungsvertrags (Abschnitt 2 BBiG), die Prüfung der Eignung der Ausbildungsstätte und des Ausbildungspersonals (Abschnitt 3 BBiG) sowie die Überwachung der Berufsbildung (§ 76 BBiG). Auszubildende jeglicher Nationalität sind daher bereits ausreichend durch andere Rechtsnormen geschützt. Ein Wegfall des Zustimmungserfordernisses bedingt daneben zusätzlich einen dauerhaften Wegfall der Vorrangprüfung, welche derzeit nur ausgesetzt ist.

d) Verlängerung von Aufenthaltstiteln zur Beschäftigung (insbesondere beim gleichen Arbeitgeber)

Mit der Erteilung des Aufenthaltstitels wurde bereits über den Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt entschieden. Bei einer Entfristung/Verlängerung von ursprünglich befristeten Arbeitsverträgen insbesondere beim selben Arbeitgeber und zu den gleichen Konditionen erschließt sich der Schutzzweck eines erneuten Prüfungsverfahrens durch die BA nicht. Dasselbe gilt, wenn der Arbeitnehmer den Arbeitsplatz beim bisherigen Arbeitgeber wechselt.

e) Arbeitgeberwechsel

Im Rahmen der Blauen Karte EU wurde im Zuge des Gesetzes zur Weiterentwicklung der Fachkräfteeinwanderung auf ein Anzeigeverfahren umgestellt. Der Arbeitnehmer muss innerhalb der ersten zwölf Monate ab Beschäftigungsbeginn bei der Ausländerbehörde den Arbeitgeberwechsel anzeigen. Diese hat die Möglichkeit, bei Zweifeln am Vorliegen der Voraussetzungen für den Fortbestand der Blauen Karte EU den Arbeitgeberwechsel auszusetzen und die Bundesagentur für Arbeit zu beteiligen. Das Anzeigeverfahren sollte aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung auch bei den übrigen Fachkrafttiteln (§§ 18a, b AufenthG) Anwendung finden.

- f) Nebenbeschäftigung von Fachkräften mit einer Aufenthaltserlaubnis nach §§ 18 ff. AufenthG

Gemäß § 4a Absatz 3 Satz 4 AufenthG ist, sofern ein Aufenthaltstitel zum Zweck der Ausübung einer bestimmten Beschäftigung erteilt wurde, die Ausübung einer anderen Erwerbstätigkeit verboten, solange und soweit die zuständige Behörde die Ausübung der anderen Erwerbstätigkeit nicht erlaubt hat. Dies gilt auch bei einer lediglich zusätzlichen Nebenbeschäftigung. Da der Ausländer hier bereits zum Arbeitsmarkt zugelassen wurde, wird kein tragender Grund gesehen, weshalb die Ausübung einer Nebentätigkeit nicht zustimmungsfrei möglich sein soll.

Beschluss
der Wirtschaftsministerkonferenz
am 4./5. Juni 2025
in Stuttgart

Punkt 20 der Tagesordnung:

Kofinanzierungen der Länder für künftige Bundesförderungen

1. Die Wirtschaftsministerkonferenz begrüßt grundsätzlich die in den letzten Jahren vom Bund aufgelegten Förderprogramme für großvolumige Industrieinvestitionen. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zur notwendigen Transformation und zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit insbesondere heimischer Industriebetriebe.
2. Die Wirtschaftsministerkonferenz verweist allerdings mit Nachdruck auf die Probleme der Länder mit der erwarteten Kofinanzierung dieser Programme. Sie bedeuten erhebliche Mehrbelastungen für die Länderhaushalte, sodass angesichts massiver haushalterischer Konsolidierungsherausforderungen fast aller Länder sowohl unterjährig als auch planerisch eine entsprechende Vorsorge nicht geleistet werden kann.
3. Die Wirtschaftsministerkonferenz betont, dass eine Kofinanzierung bei nur geringem Einfluss der Länder auf die Ausgestaltung der Programme und Förderaufrufe und ohne ihre Mitwirkung an der Projektauswahl nicht erfolgen kann.
4. Die Wirtschaftsministerkonferenz fordert die Bundesregierung auf, eine vollständige Deckung aller zuwendungsfähigen Projektkosten im Rahmen der beihilferechtlich genehmigten Förderquoten sicherzustellen.

5. Die Wirtschaftsministerkonferenz bekräftigt erneut, dass solche Initiativen für die betroffenen Länder planbar sein müssen und die Möglichkeit eines wirtschaftspolitischen Mitwirkens bestehen muss. Sie bekräftigt in diesem Zusammenhang auch ihre Beschlüsse vom 22. November 2023 und vom 12./13. Juni 2024.

Table-Briefings

Beschluss
der Wirtschaftsministerkonferenz
am 4./5. Juni 2025
in Stuttgart

Punkt 21 der Tagesordnung:

Umsetzung der Anforderung „Digital Only“ gem. § 1a Abs. 1 Satz 2 OZG

1. Die Wirtschaftsministerkonferenz bekräftigt, dass das sogenannte „Digital Only“-Prinzip dazu beitragen kann, Verwaltungsaufwände in Wirtschaft und Verwaltung deutlich zu verringern. Die neue Regelung im OZG sollte daher ambitioniert und effizient umgesetzt werden. Dafür wird die Wirtschaftsministerkonferenz bis zu fünf unternehmensbezogene Verwaltungsleistungen identifizieren, die sich bereits heute durch eine hohe digitale Nutzung auszeichnen. Diese Leistungen sollen länderübergreifend spätestens bis zum 1. Januar 2027 nur noch digital angeboten werden. Der Bund-Länder-Ausschuss E-Government Wirtschaft wird gebeten, bis zur nächsten Wirtschaftsministerkonferenz einen entsprechenden beschlussreifen Vorschlag vorzulegen. Aus den Erfahrungen sollen Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen für die vollständige Umsetzung von „Digital Only“ bis Ende 2029 abgeleitet werden.
2. Die Wirtschaftsministerkonferenz begrüßt, dass der IT-Planungsrat aktuell die Grundlagen schafft, damit unternehmensbezogene Verwaltungsleistungen bis Ende 2029 nur noch digital angeboten werden. Er bittet den IT-Planungsrat, als Datengrundlage den Leistungskatalog der Verwaltung (LeiKa) zu nutzen und darauf hinzuwirken, dass fehlende Informationen zu Leistungsadressaten dort bis spätestens 31. Dezember 2025 ergänzt werden.
3. Die Wirtschaftsministerkonferenz bittet das Bundesministerium für Justiz und für Verbraucherschutz wegen der besonderen Bedeutung des Bundeszentralregisters und des Gewerbezentralregisters für den Wirtschaftsverwaltungsvollzug, beide Bundesregister

medienbruchfrei und maschinenlesbar weiterzuentwickeln und an das Nationale-Once-Only-Technical-System (NOOTS) anzuschließen, damit zentrale Erleichterungen für den Wirtschaftsstandort Deutschland erreicht werden können. Die Justizministerkonferenz wird gebeten, den geschilderten Bedarf des Wirtschaftsverwaltungsvollzugs im gemeinsamen Interesse des Bundes und der Länder ebenfalls zur Kenntnis zu nehmen und auf o. g. Weiterentwicklung der Datenbestände hinzuwirken.

4. Die Wirtschaftsministerkonferenz bittet den BLA E-Government für die Wirtschaft, alle übrigen Register im Verantwortungsbereich anderer Fachministerkonferenzen zu identifizieren, welche die zentralen Nachweisbedarfe des Wirtschaftsverwaltungsvollzugs in einem digitalen Ende-zu-Ende-Verfahren abdecken.
5. Die Wirtschaftsministerkonferenz bittet das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, einen Vorschlag zu erarbeiten, dass alle öffentlich-rechtlichen Qualifikationsnachweise elektronisch in passenden, schon existierenden Registern oder in einem neu zu erstellenden Register aufgenommen werden.

Beschluss
der Wirtschaftsministerkonferenz
am 4./5. Juni 2025
in Stuttgart

Punkt 22 der Tagesordnung:

Gemeinwohlorientiertes Unternehmertum

1. Die Wirtschaftsministerkonferenz nimmt den Bericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWE) zur Kenntnis.
2. Die Wirtschaftsministerkonferenz stellt fest, dass in der deutschen Wirtschaftsordnung, der Sozialen Marktwirtschaft, soziale Belange auf vielen Wegen gut adressiert werden. Dabei nehmen gemeinwohlorientierte Unternehmen eine wichtige Rolle ein, da sie soziale und ökologische Anliegen intensiv berücksichtigen und das Vertrauen in die Wirtschaft stärken. Gemeinwohlorientiertes Unternehmertum leistet einen bedeutenden Beitrag zur Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen, und fungiert auch als wichtiger Treiber sozialer Innovationen und als Impulsgeber für neue unternehmerische Lösungsansätze.
3. Die Wirtschaftsministerkonferenz begrüßt den Beschluss durch das Bundeskabinett und die Umsetzung der Nationalen Strategie für Soziale Innovationen und Gemeinwohlorientierte Unternehmen (SIGU) sowie das Bundesförderprogramm „Nachhaltig Wirken“.
4. Die Wirtschaftsministerkonferenz spricht sich für eine Fortführung und regional ausgewogene Weiterentwicklung des Förderprogramms zur Stärkung Gemeinwohlorientierter Unternehmen „Nachhaltig Wirken“ im Rahmen der SIGU-Strategie sowie für

eine weitere Umsetzung der SIGU-Strategie aus. Die Wirtschaftsministerkonferenz fordert den Bund auf, hierbei eine kontinuierliche und verbindliche Einbindung der Länder sicherzustellen.

5. Die Wirtschaftsministerkonferenz begrüßt die im Koalitionsvertrag der Bundesregierung angekündigte Einführung einer neuen Rechtsform „Gesellschaft mit gebundenem Vermögen“ und die geplante Modernisierung des Genossenschaftsrechts als wichtige strukturelle Maßnahmen zur Stärkung gemeinwohlorientierten Unternehmertums.
6. Die Wirtschaftsministerkonferenz begrüßt ebenso die geplante Förderung sozialer Innovationen über einen revolvingen Fonds aus Mitteln nachrichtenloser Konten. Die Wirtschaftsministerkonferenz regt an, die erforderliche gesetzliche Grundlage zügig zu schaffen und eine zeitnahe Umsetzung sicherzustellen. Dabei sollte der Fonds gezielt auch für gemeinwohlorientierte Gründungen und Unternehmen geöffnet werden, da diese entscheidend zur Entwicklung und Skalierung sozialer Innovationen beitragen.
7. Die Wirtschaftsministerkonferenz stellt fest, dass gemeinwohlorientierte Unternehmen häufig erschwerten Zugang zu klassischen Finanzierungsinstrumenten wie Bankkrediten oder Beteiligungsfinanzierungen haben, da ihre Geschäftsmodelle nicht primär auf Gewinnmaximierung ausgerichtet sind. Sie spricht sich dafür aus, auch diese Zielgruppe in bestehenden und künftigen Finanzierungs- bzw. Förderprogrammen des Bundes zu berücksichtigen.
8. Die Wirtschaftsministerkonferenz bittet das BMWK, zur Umsetzung und Weiterentwicklung der Nationalen Strategie für Soziale Innovationen und Gemeinwohlorientierte Unternehmen, zum Bundesförderprogramm „Nachhaltig Wirken“ sowie zu weiteren Maßnahmen zur Förderung gemeinwohlorientierter Unternehmen zur nächsten Amtschefskonferenz im November 2025 zu berichten.

Beschluss
der Wirtschaftsministerkonferenz
am 4./5. Juni 2025
in Stuttgart

Punkt 23 der Tagesordnung:

Handlungsfähigkeit der Innovationsförderung für den Mittelstand sichern

1. Die Wirtschaftsministerkonferenz unterstreicht die große Bedeutung der Programme Zentrales Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM), Förderung der Innovationskompetenz mit gemeinnützigen Industrieforschungseinrichtungen (INNO-KOM) und Industrielle Gemeinschaftsforschung (IGF) für die Innovationskraft der mittelständischen Wirtschaft und die Leistungsfähigkeit der wirtschaftsnahen Forschungsinfrastrukturen in den Ländern. Die Programme sollten im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie fortgesetzt werden.
2. Die Wirtschaftsministerkonferenz stellt mit Sorge fest, dass aufgrund des bislang nicht verabschiedeten Bundeshaushalts 2025 derzeit keine Bewilligungsbescheide für neue Vorhaben in diesen Programmen erlassen werden. Diese faktische Förderpause betrifft alle Projekte, die im Jahr 2025 neu bewilligt werden müssten. Zwar werden bestehende, bereits vor dem 31. Dezember 2024 bewilligte Vorhaben mit Mitteln weiter zugewendet, doch mit fortschreitendem Jahr laufen zunehmend Projekte aus, ohne dass neue Vorhaben nachfolgen können. Dadurch entstehen erhebliche Verzögerungen in der Projektumsetzung, die das Innovationsgeschehen der kleinen und mittleren Unternehmen spürbar bremsen.

3. Die Wirtschaftsministerkonferenz weist darauf hin, dass sich die Situation insbesondere für gemeinnützige außeruniversitäre Forschungseinrichtungen in freier Trägerschaft als existenzielle Belastung darstellen kann. Zwar besteht formal die Möglichkeit eines Vorhabensbeginns auf eigenes Risiko, jedoch ist diese Lösung praktisch nur eingeschränkt tragfähig. Die Einrichtungen tragen sowohl das vollständige Kostenrisiko – insbesondere der auflaufenden Personalkosten – als auch ein erhebliches Liquiditätsrisiko, selbst wenn eine rückwirkende Bewilligung mit Verabschiedung des Bundeshaushalts zustande kommt. Rücklagen zur Vorfinanzierung sind in gemeinnützigen Einrichtungen erfahrungsgemäß nur eingeschränkt vorhanden.
4. Die Wirtschaftsministerkonferenz warnt davor, dass sich bei einer weiteren Verzögerung in der Förderbewilligung nicht nur bestehende Kooperationen mit Unternehmen auflösen, sondern auch qualifiziertes wissenschaftliches Personal verloren gehen kann. Dies betrifft insbesondere Schlüsselakteure im Innovations- und Technologietransfer, deren Bindung an die Einrichtungen durch Planungsunsicherheit und Projektlücken erheblich erschwert wird.
5. Die Wirtschaftsministerkonferenz appelliert an die Bundesregierung, kurzfristig haushaltsrechtliche Übergangslösungen zu schaffen, um eine Fortführung der Projektbewilligungen sicherzustellen. In Betracht gezogen werden sollte dabei insbesondere die Möglichkeit überplanmäßiger Verpflichtungsermächtigungen. Überplanmäßigen Verpflichtungsermächtigungen wurde beispielsweise zur Sicherstellung der Kofinanzierung von zwei neuen „AI-Factories“, die im Rahmen der europäischen Initiative EuroHPC errichtet werden sollen, durch das Bundesministerium der Finanzen zugestimmt.

Beschluss
der Wirtschaftsministerkonferenz
am 4./5. Juni 2025
in Stuttgart

Punkt 25 der Tagesordnung:

Schwerpunktthema der WMK für das Jahr 2026

Frau Ministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut schlägt für das Land Baden-Württemberg als Schwerpunkt der Beratungen der Wirtschaftsministerkonferenz im Jahr 2026 das Thema „Mit Wettbewerb und Innovationen den Wirtschaftsstandort Deutschland stärken“ vor.